Landeshaushaltsplan
Schleswig-Holstein

Haushaltsjahr 2018

Einzelplan 10

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Inhalt

		Seite
Vorwort		2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten		5
Kap. 10 01	Ministerium	6
Kap. 10 02	Gesundheit	12
Kap. 10 03	Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht	42
Kap. 10 04	Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)	54
Kap. 10 05	Soziale Hilfen und Behindertenpolitik	66
Kap. 10 07	Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	78
Kap. 10 08	Förderung der Gleichstellung	84
Kap. 10 12	Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt	88
Anlage zu den Kapiteln 1013 - 1015		116
Einnahmen und Ausgaben 2018		118
VE-Abschluss 2018		120
Einnahmen MG/TG 2018		121
Ausgaben MG/TG 2018		122
Übersicht über den Wirtschaftsplan des Sondervermögens Ausgleichsabgabe (zu Kapitel 10 03)		126
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten		127

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren (MSGJFS) gehören folgende Aufgabengebiete:

Öffentliches Gesundheitswesen,
Kriegsopferversorgung und sonstige soziale Entschädigung, Kriegsopferfürsorge,
Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus einschließlich der Wiedergutmachung,
Sozialversicherung,
Teilhabe am Arbeitsleben, Integrationsamt, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen,
Arbeitsschutz,
sozialgesetzliche Leistungen, Wohlfahrtswesen,
Kinder, Jugend und Familie einschließlich Landesjugendamt,
Seniorenpolitik,
Stärkung des Ehrenamtes,

Sie enthalten im Wesentlichen:

Angelegenheiten der Gesundheitsberufe, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, des allgemeinen Krankenhauswesens einschl. Krankenhausplanung und -finanzierung sowie baufachliche (Beratung) und fachtechnische Prüfung von Krankenhausbaumaßnahmen, der Hygiene, der Seuchenbekämpfung, der psychiatrischen Versorgung einschl. Maßregelvollzug, der Gesundheitsförderung und Prävention, der Biomedizin, der Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs, der Maßnahmen gegen AIDS, des Krebsregisters, der Gesundheitsberichterstattung, des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes, des Arzneimittel- und Medizinprodukterechts, der Apotheken, der Notfallmedizin sowie des Norddeutschen Zentrums zur Weiterentwicklung der Pflege; der Gesundheitsinitiative des Landes Schleswig-Holstein;

Kriegsopferversorgung, Kriegsgefangenenentschädigung und Hilfsmaßnahmen für ehemalige politische Häftlinge, sonstige soziale Entschädigungsleistungen, Kriegsopferfürsorge;

Entschädigung und Wiedergutmachung für Opfer des Nationalsozialismus;

Kranken-, Renten- und Unfallversicherung, Pflegeversicherung;

sozialer Arbeitsschutz, Jugendarbeitsschutz, Mutterschutz;

technischer Arbeitsschutz einschließlich des Gefahrstoffrechts;

gesundheitlicher Arbeitnehmerschutz, Landesgewerbearzt;

allgemeine seniorenpolitische Fragen, Seniorenbildung, seniorenfreundliches Wohnen, Seniorenaktivitäten, Förderung und Durchführung seniorenpolitischer und generationsübergreifender Maßnahmen;

Verbesserung der Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement, Entwicklung von Fortbildungsprogrammen für ehrenamtlich Engagierte;

Sozialhilfe, Hilfe für schwerbehinderte Menschen, Förderung der freien und kommunalen Wohlfahrtspflege; soziale Infrastrukturplanung, insbesondere Planung und Förderung von sozialen Diensten und Einrichtungen für alte Menschen, Menschen mit Behinderung und besonderen sozialen Schwierigkeiten;

Koordinierung der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen;

Grundsatzangelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe, Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, vorschulische Sprachförderung, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz, Hilfen zur Erziehung, Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen, Jugendhilfeplanung, Adoptionsangelegenheiten, Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes, allgemeine Familienfragen, Familienbildung, Familienerholung, Durchführung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes;

besondere Familienhilfen;

Angelegenheiten der Verbraucherinsolvenzberatung;

Das Ministerium gliedert sich in vier Abteilungen:

1. Allgemeine Abteilung (VIII 1)
2. Soziales (VIII 2)
3. Kinder, Jugend und Familie / Landesjugendamt (VIII 3)
4. Gesundheit (VIII 4)

Dem Ministerium unmittelbar unterstellt sind:

Das Landesamt für soziale Dienste des Landes Schleswig-Holstein in Neumünster als Landesoberbehörde
einschl. der Aufgaben der
Orthopädischen Versorgungsstelle, Versorgungsärztlichen Untersuchungsstelle
und Hauptfürsorgestelle
mit vier Standorten in Heide, Kiel, Lübeck und Schleswig
- § 1 der Landesverordnung über die Errichtung des Landesamtes für soziale Dienste des Landes Schleswig-Holstein vom 9. Dezember 1997 (GVOBl. Schl.-H. S. 505) -;

die Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord
- § 1 des Gesetzes über die Errichtung einer unteren Landesbehörde bei der Unfallkasse Schleswig-Holstein zum Vollzug der Aufgaben des staatlichen Arbeitsschutzes vom 10. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 478) –

Der Aufsicht des Ministeriums unterstehen u.a.:

Ärztekammer Schleswig-Holstein,
Zahnärztekammer Schleswig-Holstein,
Apothekerkammer Schleswig-Holstein,
Deutsche Rentenversicherung Nord,
Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein,
Kassenzahnärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein,
Unfallkasse Nord,
Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord,
AMEOS Klinik für forensische Psychiatrie und Psychotherapie, Neustadt,
HELIOS Klinik für forensische Psychiatrie, Schleswig,
Versorgungseinrichtungen der Heilberufekammern,
Psychotherapeutenkammer,
Pflegeberufekammer,
Krebsregister Schleswig-Holstein,

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber den Vorjahren:

Die Geschäftsverteilung der Landesregierung ist mit der Bekanntmachung des Ministerpräsidenten vom 28. Juni 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 422) geändert worden. Danach sind aus dem Geschäftsbereich des MSGJFS (ehemals MSGWG) in den Geschäftsbereich des MBWK (ehemals MSB) die Angelegenheit der Wissenschaft und in den Geschäftsbereich des MJEVG (ehemals MJKE) die Angelegenheiten der Gleichstellung der Geschlechter und der Schutz von Frauen vor häuslicher und sonstiger Gewalt übergegangen.

C. Wesentliche veranschlagungstechnische (kapitelübergreifende) Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Durch die Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung sind die Mittel für die Hochschulen vom Kapitel 1013 in das Kapitel 0720, die Mittel für die Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung vom Kapitel 1014 in das Kapitel 0723 und die Mittel für die Leistungen für Schüler und Studierende vom Kapitel 1015 in das Kapitel 0724 übertragen worden. Des Weiteren wurden Die Titel vom Kapitel 1008 in das Kapitel 0901 übertragen, die im Zusammenhang der Aufgabenübertragung vom MSGJFS in das MJEVG stehen.

D. Leerstellen

Leerstellen (ohne kostenwirksame Stellen)	
Kapitel	1.2.2017
1001 1003	5 0
Gesamt	5

Diese Leerstellen sind in den Kapitel- bzw. Einzelplanabschlüssen nicht enthalten.

E Personalbudget nach Haushaltsjahren

Haushaltsjahr	Betrag (in T€)
2017	32.037,0
2018	32.370,4

Nachrichtlich:
Anzahl Vollzeitäquivalente im Jahr

2015	567,52
2016	550,89

Nachrichtlich:

1. Versorgungsempfängerinnen/ Versorgungsempfänger

			MSGJFS
	a)	Anzahl Stand 01.01.2016:	508
		Stand 01.01.2017:	504
	b)	Ist 2016 - in T€ -:	18.152,5
		Ansatz 2017 - in T€ -:	18.968,2
		Ansatz 2018 - in T€ -:	19.489,7

2. Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
   a) Anzahl in 2016: 6
   b) durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze: 1,5 Jahre

3. Schwerbehinderte Beschäftigte (Stand 31.12.2016)

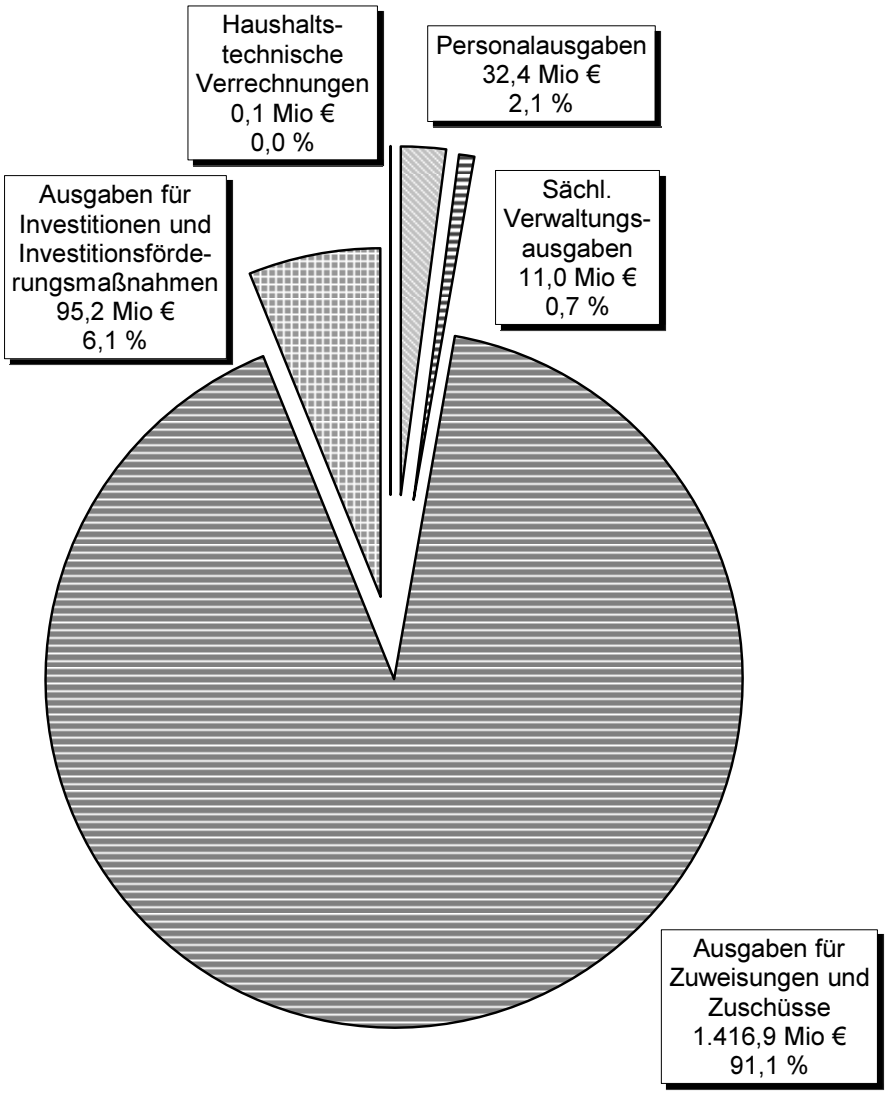
   Arbeitsplätze nach dem SGB IX: 8.224
   Pflichtquote (5 %): 411

   durch schwerbehinderte Menschen besetzte Arbeitsplätze: 404

4.

	2017	2018
	- in T€ -	
Budget I	40.576,0	43.417,3
Budget II	1.456.870,6	1.512.216,2

Einzelplan 10
Nettoausgaben nach Ausgabearten 2018



10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Die Einnahmen bei Tit. 1001 - 359 01 können für Mehrausgaben der Obergruppe 42 des Einzelplans 10 verwendet werden.
Die Einnahmen bei Tit. 359 02 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei allen Titeln der Hauptgruppen 4 bis 8 verwendet werden.

Einnahmen

111 51	011	**Erstattung von Prozesskosten**	**2,0** 2,0	**2,0**
119 02	011	**Erstattung von Fortbildungsausgaben**	**0,0** 3,9	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
119 99	011	**Vermischte Einnahmen**	**3,0** 0,1	**3,0**
359 01	851	**Entnahme aus der Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 919 01.		
359 02	851	**Entnahme aus der Rücklage Kap. 1001**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 919 02.		
389 01	011	**Erstattung sächlicher Verwaltungsausgaben**	**0,0** 55,6	**0,0**
		Weggefallen.		
		Erläuterungen: Veranschlagt war die Kostenerstattung durch das MWAVT für die gemeinsame Durchführung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2016. Vgl. Tit. 534 03.		
		Summe der Einnahmen	**5,0** 61,6	**5,0**

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Ausgaben

421 01 011 **Bezüge des Ministers** **138,2** **138,2**
150,3

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** **1.401,4** **1.152,7**
1.699,1

351,6 T€ übertragen nach 0701-422 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung
20,0 T€ übertragen von 0601-422 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

Erläuterungen:

Erhöhung um 29,5 T€ im Rahmen der Umsetzung eines Beförderungspakets.

427 01 011 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** **20,5** **20,5**
0,1

427 05 011 **Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten** **70,2** **70,2**
76,6

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Beschäftigung von Praktikanten/innen, die die staatliche Anerkennung als Sozialarbeiter/in bzw. Sozialpädagoge/in erwerben wollen. Voraussetzung hierfür ist eine entsprechende einjährige Beschäftigung.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **1.727,7** **1.736,5**
2.181,4

242,1 T€ übertragen nach 0701-428 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

429 01 011 **Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen** **4.060,1** **3.739,1**
0,0

Erläuterungen:

Seit dem Haushaltsjahr 2013 werden die aus dem Einzelplan 11 (vgl. Titel 1111-461 01) in die Ressorteinzelpläne umgesetzten Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen auf einem gesonderten Titel der Gruppe 429 im Kapitel 01 der Einzelpläne ausgewiesen. Weitere Mittel werden ggf. bedarfsgerecht im Haushaltsvollzug umgesetzt

453 02 011 **Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** **10,9** **10,9**
1,7

Gegenseitig deckungsfähig mit dem Titel 1003 - 453 01.

511 01 011 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** **283,6** **254,3**
266,4

33,5 T€ übertragen nach 0701-511 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung
7,0 T€ übertragen nach 0901-511 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Büromaterial	120.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	82.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	6.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	40.200
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	1.000
7.	Unterhaltung von Geräten	4.100
8.	Sonstiges	1.000
	Summe	**254.300**

514 01 011 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** **1,3** **1,3**
0,3

517 01 011 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **59,0** **59,0**
64,6

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 517 01

Erläuterungen:

In Betracht kommt:
1 Gebäude mit insgesamt 14.450 qm Nutz- und Nebenraumfläche.

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Pförtnerdienste	44.000
2.	Überprüfung der elektrischen Betriebsmittel	10.000
3.	Sondermüll	2.000
4.	Reinigungsmittel	1.500
5.	Elektroartikel	1.500
	Summe	**59.000**

518 02 011 **Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge** **64,9** **60,6**
36,7

6,5 T€ übertragen nach 0701-518 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

Erläuterungen:

Veranschlagt für 9 digitale netzwerkfähige Kopierer, die an das IT-Hausnetz angeschlossen sind.

525 02 011 **Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten** **100,7** **80,8**
98,6

26,7 T€ übertragen nach 0701-525 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung
3,1 T€ übertragen nach 0901-525 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Ausbildung und Umschulung	0
2.	Fortbildung	80.800
3.	Prüfungsvergütungen	0
	Summe	**80.800**

526 01 011 **Gerichts- und ähnliche Kosten** **107,7** **101,0**
338,3

Übertragbar

10,0 T€ übertragen nach 0701-526 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die in den Gerichtsverfahren anfallenden Gerichtskosten und außergerichtlichen Kosten, hauptsächlich für Rechtsanwälte/innen und Sachverständige.

1,0 T€ übertragen von Tit. 1004 - 526 01.

526 05 011 **Ärztliche Untersuchungen, Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements** **3,0** **8,2**
0,4

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Kosten für amts- und augenärztliche Untersuchungen	3.000
2.	Kosten für 4 Tagesveranstaltungen á 1.300 €	5.200
	Summe	**8.200**

Mehr wegen Nr. 2

526 06 011 **Sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelgenheiten für den Hauptpersonalrat (Wissenschaft)** **0,0** **0,0**
0,0

Übertragen nach 07 01 - 526 06 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

526 10 011 **Kosten der Einigungsstelle gemäß § 53 Abs. 6 und 7 Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein**

0,6 0,1 | **0,6**

526 99 011 **Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.**

0,0 5,4 | **0,0**

10,0 T€ übertragen nach 0701-526 99 infolge der Geschäftsverteilung

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

527 01 011 **Dienstreisen**

170,5 155,8 | **147,1**

30,0 T€ übertragen nach 0701-527 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung
5,1 T€ übertragen nach 0901-527 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	135.100
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	8.000
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	4.000
	Summe	**147.100**

529 10 011 **Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben**

13,5 5,8 | **13,5**

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen.
Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen.
Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.
Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

531 02 011 **Öffentlichkeitsarbeit**

56,5 12,1 | **55,4**

1,6 T€ übertragen nach 0901-531 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

Erläuterungen:

Zentral veranschlagt für den gesamten Einzelplan.
Hiervon ausgenommen sind jedoch folgende fachspezifischen Bereiche: Seniorenpolitik (Tit. 1012-531 03 MG 11) und Landesinitiative Bürgergesellschaft (Tit. 1012-531 05 MG 14).

533 01 011 **Arbeitsmedizinische Betreuung**

34,2 45,8 | **34,2**

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Sicherstellung einer arbeitsmedizinischen Betreuung für die Beschäftigten im Bereich des MSGJFS.

533 99 011 **Leistungsentgelte an die GMSH**

0,0 0,0 | **0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

534 01 011 **Sächliche Verwaltungsausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen**

118,7 54,7 | **115,4**

5,0 T€ übertragen nach 0701-534 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für ressortspezifische Veranstaltungen (z.B. Auftaktveranstaltung zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung) und andere Aktivitäten insbesondere aus den Geschäftsbereichen Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren. Einzelprojekte werden wegen der erforderlichen Aktualität teilweise erst nach Verabschiedung des Haushalts entschieden.

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
534 02	011	**Sächliche Verwaltungsausgaben für die Durchführung von Personalauswahlverfahren** **Erläuterungen:** Veranschlagt für 5 - 6 Auswahlverfahren.	**16,0** 23,2	**16,0**
534 03	011	**Geschäftsführung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) 2016** Weggefallen.	**0,0** 111,2	**0,0**
534 04	011	**Geschäftsführung der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) 2018** **Erläuterungen:** Kosten für die Wahrnehmung des Vorsitzes der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK), der turnusmäßig in 2018 auf Schleswig-Holstein übergeht. Im Rahmen des Vorsitzes ist eine zweitägige Konferenzsitzung der Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren im Juni 2018 vorgesehen. Außerdem ist ganzjährig eine Geschäftsstelle für die JFMK vorzuhalten.	**0,0** 0,0	**75,0**
535 01	011	**Maßnahmen der Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein** Übertragen von 0601-535 01 infolge Änderung der Geschäftsverteilung **Erläuterungen:** Unterstützung von innnovativen Projekten in der Gesundheitsversorgung. (Teil)Finanzierung des Kongresses Vernetzte Gesundheit.	**50,0** 29,3	**50,0**
546 99	011	**Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge** 2,1 T€ übertragen nach 0701-546 99 infolge Änderung der Geschäftsverteilung **Erläuterungen:** Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.	**27,3** 39,0	**25,9**
812 01	011	**Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen** **Erläuterungen:** Die Mittel sind veranschlagt für die Ausstattung von 15 Büroräumen mit Steh-Sitztischen.	**13,0** 7,9	**13,0**
919 01	851	**Zuführung an die Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen** Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln der Obergruppe 42 des Epl. 10 geleistet werden. **Erläuterungen:** Zuführung nicht verbrauchter Mittel aus dem Personalkostenbudget an die Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen. Vgl. Tit. 359 01.	**0,0** 0,0	**0,0**
919 02	851	**Zuführung an die Rücklage Kap. 1001** Ausgaben dürfen bis zur Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 des Kapitels 1001 geleistet werden.	**0,0** 0,0	**0,0**
		Summe der Ausgaben	**8.549,5** 5.404,8	**7.979,4**

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Abschluss		
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	**5,0** 6,0	**5,0**
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	**0,0** 55,6	**0,0**
		Gesamteinnahmen	**5,0** 61,6	**5,0**
41 - 49		Personalausgaben	**7.429,0** 4.109,2	**6.868,1**
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	**1.107,5** 1.287,7	**1.098,3**
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	**13,0** 7,9	**13,0**
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	**0,0** 0,0	**0,0**
		Gesamtausgaben	**8.549,5** 5.404,8	**7.979,4**
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	**-8.544,5** -5.343,2	**-7.974,4**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Das Kapitel 10 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

04 Gesundheitsförderung und Prävention

65 Verletztenversorgung auf See

Ausgaben

01 Gemeinschaftseinrichtungen der Länder im Bereich des Gesundheitswesens

02 Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege

03 Krankenhausfinanzierung

04 Gesundheitsförderung und Prävention

06 Maßnahmen zur Abwehr von Bioterrorismus und Bekämpfung hochansteckender, gefährlicher Krankheiten

08 Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholabhängigen Straftätern/innen

61 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs und Maßnahmen im Bereich der dezentralen Psychiatrie

62 Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßnahmen

63 Wirkungsuntersuchungen von Umweltchemikalien

64 Sanierungsuntersuchungen

65 Verletztenversorgung auf See

66 Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften

67 Krebsregister

68 Gesundheitsberichterstattung

69 Umweltmedizin, umweltbezogener Gesundheitsschutz, Bade- und Trinkwasserhygiene

70 Klinisches Krebsregister

Die Einnahmen bei Tit. 359 01 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei allen Titeln der Hauptgruppen 4 bis 8 verwendet werden.

Einnahmen

111 01	311	**Gebühren und tarifliche Entgelte**	**700,0** 819,6	**772,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind
a) Verwaltungsgebühren für Genehmigungen, Anerkennungen und Festsetzungen in gesundheitsrechtlichen Angelegenheiten,
b) Erstattung von Kosten durch Krankenhausträger für Wirtschaftlichkeitsprüfungen anlässlich von Pflegesatzgenehmigungen gem. § 17 Abs. 6 der Bundespflegesatzverordnung vom 26.9.1994 (BGBl. I S. 2750), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1613) - vgl. Tit. 526 08 -,
c) Entgelte für die vom Norddeutschen Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege erbrachten Leistungen - die tatsächlichen Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei der Maßnahmegruppe 02 zu verwenden -,
d) Gebühren aus den Bereichen Arzneimittel- und Apothekengesetz, Medizinproduktegesetz, Gesundheitsberufe sowie Entgelte von der Pharmaindustrie.

111 02	314	**Verwaltungsgebühren für Prüfungen und Genehmigungen von Sozialkonzepten gemäß Spielhallengesetz**	**50,0** 45,9	**7,0**

Erläuterungen:

Gemäß § 5 Abs.1 des Spielhallengesetzes (GVOBl. 2014 vom 26.06.2014) sind Sozialkonzepte dem für Gesundheit zuständigen Ministerium anzuzeigen, das deren Vereinbarkeit mit den Vorgaben prüft und bestätigt.
Für die Prüfung des Sozialkonzeptes und Bestätigung der Vereinbarkeit werden gemäß Ziffer 9.21.1 des Allgemeinen Gebührentarifes der Landesverordnung über die Verwaltungsgebühren in der z.Zt. geltenden Fassung Verwaltungsgebühren in Höhe von 220 bis 300 € erhoben. Die Gebührenpflicht umfasst auch die Ablehnung der beantragten Amtshandlung.
Da ein Großteil der Spielhallen bereits in den vergangenen Jahren ihre Sozialkonzepte eingereicht haben, sind nunmehr nur noch die Gebühren für die Prüfung und Bestätigung von max. 25 Sozialkonzepten veranschlagt.
Siehe auch Tit. 534 03.

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

112 02 314 **Geldbußen im Rahmen des Gesundheitsschutzes** **35,0** **15,0**
10,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Geldbußen bei Verstößen gegen das Apotheken- und Arzneimittelgesetz im Rahmen des Gesundheitsschutzes.

Weniger wegen Anpassung an das Ist 2016.

119 02 314 **Einnahmen aus Aufträgen Dritter für Sanierungsuntersuchungen** **0,0** **0,0**
0,0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Entgelte für von Dritten beantragte durchzuführende Sanierungsuntersuchungen durch den Umweltbezogenen Gesundheitsschutz (UGS).
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 64 zu verwenden.

119 99 311 **Vermischte Einnahmen** **10,0** **10,0**
13,8

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Rückzahlungen nicht verbrauchter oder nicht zweckentsprechend verwendeter Zuwendungen.

121 01 312 **Einnahmen aus Überschüssen der IB SH** **0,0** **0,0**
3.000,0

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 1002-623 03 zu verwenden.

232 01 314 **Zuweisungen der Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zum Norddeutschen Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege** **111,5** **111,5**
111,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuweisungen der Länder

		2018 EUR
1.	Bremen	6.923
2.	Hamburg	18.773
3.	Niedersachsen	69.850
4.	Mecklenburg-Vorpommern	15.944
	Summe	**111.490**

Vgl. Maßnahmegruppe 02.

233 01 314 **Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden** **2,6** **0,0**
0,0

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Fachinformationssystem für Umwelt und Allergien (UMINFO)	0
2.	Internetauftritt “MRSA-Netzwerk“	0
	Summe	**0**

Aufgrund der Änderung des Finanzierungsverfahrens von UMINFO entfällt der Teilansatz zu Nr. 1.
Aus verwaltungsvereinfachenden Gründen verzichtet das Land auf den Einzug der Einzelbeträge und hat hierzu mit den Kreisen und kreisfreien Städten eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Damit entfällt auch der Teilansatz zu Nr. 2.

233 02 312 **Erstattungen von Kreisen und kreisfreien Städten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)** **20.099,8** **20.140,9**
20.046,1

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag der Kreise und kreisfreien Städte nach § 21 Abs. 1 AG-KHG für den Schuldendienst im Rahmen der Krankenhausbaumaßnahmen (Tit. 1002 - 623 02 MG 03).

Siehe auch Tit. 333 01.

235 01 314 **Finanzierungsanteil der GKV zu den Betriebskosten der klinischen Krebsregistrierung** **2.196,4** **2.222,5**
125,3

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 235 01

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 70 zu verwenden.

261 01	314	**Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland**	**0,0** 1,1	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Erstattungen von deutschen Forschungsträgern zur Erforschung von PCB-Belastungen und anderen Umweltchemikalien.
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 63 zu verwenden.

266 01	314	**Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Ausland**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Erstattungen vom Ausland zur Erforschung von PCB-Belastungen und anderen Umweltchemikalien.
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 63 zu verwenden.

282 02	314	**Zuschuss der Deutschen Krebshilfe e.V. für Investitionen zum Aufbau der klinischen Krebsregistrierung**	**0,0** 365,8	**0,0**

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 70 zu verwenden.

331 01	314	**Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen aus dem Krankenhausstrukturfonds**	**1.000,0** 0,0	**2.000,0**

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 1002 - 892 02.

333 01	312	**Von Kreisen und kreisfreien Städten im Rahmen der Krankenhausfinanzierung**	**22.725,4** 21.658,4	**22.687,4**

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil der Kreise und kreisfreien Städte nach § 21 Abs. 1 AG-KHG an den Investitionskosten für Krankenhäuser (Tit. 1002 - 883 02 MG 03).
Siehe auch Tit. 233 02.

334 01	813	**Entnahme für besondere Landeszuschüsse für Investitionen an Krankenhausträger aus dem Sondervermögen IMPULS 2030**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Siehe Tit. 1002 - 892 03.

334 02	813	**Entnahme für gesetzliche Ansprüche gemäß Krankenhausfinanzierungsgesetz an Kreise und kreisfreie Städte für verschiedene Krankenhausträger aus dem Sondervermögen IMPULS 2030**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Siehe Tit. 1002 - 883 02 (MG 03).

356 05	851	**Entnahme aus der Rücklage “Sabbatjahr“**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	**Entnahme aus der Rücklage Kap. 1002**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 919 01.

381 01	891	**Umsetzung des Glücksspielgesetzes**	**300,0** 300,0	**300,0**

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 61 zu verwenden.
Vgl. Tit. 1101 - 981 02 und 1111 - 981 05 MG 02.

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		04 Gesundheitsförderung und Prävention		
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Maßnahmegruppe 04 zu verwenden.		
119 04 (MG 04)	314	**Vermischte Einnahmen**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
231 01 (MG 04)	314	**Zuweisungen des Bundes**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
232 02 (MG 04)	314	**Zuweisungen der Länder**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
233 03 (MG 04)	314	**Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
282 01 (MG 04)	314	**Zuschüsse Dritter**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
		Summe der Maßnahmegruppe 04	**0,0** 0,0	**0,0**
		65 Verletztenversorgung auf See		
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 65 zu verwenden.		
119 65 (TG 65)	314	**Vermischte Einnahmen**	**0,0** 0,0	**0,0**
231 65 (TG 65)	314	**Zuweisungen des Bundes**	**153,1** 386,7	**153,1**
232 65 (TG 65)	314	**Zuweisungen von Ländern**	**0,0** 0,0	**0,0**
233 65 (TG 65)	314	**Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden**	**0,0** 0,0	**0,0**
359 65 (TG 65)	851	**Entnahme aus der Rücklage**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Summe der Titelgruppe 65	**153,1** 386,7	**153,1**
		Summe der Einnahmen	**47.383,8** 46.884,7	**48.419,4**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **1.449,7** / 1.770,8 — **1.501,5**

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 356 05 verstärkt werden.

Erläuterungen:

Bei Tit. 422 01 und 428 01 sind mitveranschlagt die Bezüge bzw. Entgelte für vier Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, die im Bereich der Krankenhausbaumaßnahmen tätig sind und aus den hierfür vorgesehenen Mitteln finanziert werden.
Vgl. Erläuterungen zu MG 1002 - 03.

427 03 311 **Prüfungsvergütungen** — **55,0** / 43,8 — **55,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	für die Prüfungen in den Fachberufen des Gesundheitswesens	45.000
2.	für pharmazeutische, ärztliche und psychotherapeutische Prüfungen	10.000
	Summe	**55.000**

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **1.223,4** / 1.213,8 — **1.136,0**

526 06 314 **An die Landespharmazieräte für Apothekenbesichtigungen** — **52,0** / 70,2 — **52,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt für amtliche Besichtigungen der Apotheken durch beigezogene Vertreter/innen aus Fachkreisen (§ 64 Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3399), zuletzt geändert durch Art. 2a des Gesetzes vom 27. März 2014 (BGBl. I S. 261), § 6 ApoG).
Die Auszahlungen werden zur Jahresmitte und zum Jahresende geleistet.

526 08 312 **Prüfung von Krankenhäusern durch Prüfungsunternehmen** — **0,0** / 0,0 — **0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Wirtschaftlichkeitsprüfungen anlässlich der Genehmigung von Pflegesätzen und für Krankenhausprüfungen im Zusammenhang mit Anträgen auf Erhöhung pauschaler Fördermittel (§ 8 Abs. 2 Satz 2 AG-KHG).
Vgl. Tit. 111 01.

526 99 311 **Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** — **119,5** / 21,9 — **274,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	470
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	470
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 526 99

Erläuterungen:

			2018 EUR
1.		Kosten der Feststellung von Ursachen bei Impfkomplikationen	1.000
2.		Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten der Untersuchung über die Weiterentwicklung der Luftrettung in Deutschland	1.000
3.		Aufbereitung der Daten nach § 21 Abs. 3 KHEntG für KH-Planung	2.000
4.		Erfassung und Auswertung des Kerndatensatzes Maßregelvollzug	5.000
5.		Gutachten zur Standortfestlegung für die Luftrettung	30.000
6.		Gutachten der forensischen Kliniken Schleswig und Neustadt durch eine Expertenkommission	50.000
7.		Kosten für Sachverständige bei Inspektionen im Rahmen der Arzneimittelüberwachung	10.000
8.		Kosten für die Ausbildungsanerkennung ausländischer nicht- bzw. akademischer Abschlüsse	5.000
9.		Kosten für die wissenschaftliche Aufarbeitung von Medikamentenversuchen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und in den Heimen der Behindertenhilfe	70.000
10.		Gutachten zur Überprüfung des medizinischen Versorgungsbedarfs, insbesondere im Zusammenspiel mit den ambulanten, stationären und intersektoralen Versorgungsangeboten	50.000
11.		Gutachten zur Vorbereitung eines Landeskrankenhausgesetzes	50.000
		Summe	**274.000**

Mehr insbesondere wegen Ziff. 9, 10 und 11.

533 03 314 **Arzneimittelinformationssystem (AMIS)** **4,2** **4,2**
4,2

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Nutzung des Arzneimittelinformationssystems (AMIS) beim Bundesgesundheitsamt.

533 04 314 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen** **43,5** **43,5**
36,5

Erläuterungen:

			2018 EUR
1.		Kosten für die Bearbeitung der Meldungen von übertragbaren Krankheiten gem. §§ 11 und 12 Infektionsschutzgesetz (IfSG)	39.000
2.		Kosten für die Inanspruchnahme von Sachverständigen - einschließlich des Erwerbs von Prüfobjekten - im Rahmen der Marktüberwachung, die im Auftrage des Umweltbezogenen Gesundheitsschutzes (UGS) umwelttoxikologische Sonderprogramme, Analysen, Gutachten und Untersuchungen zur mikrobiologisch-hygienischen Trink- und Badegewässerbewertung durchführen	4.500
		Summe	**43.500**

534 01 314 **Arbeitstagung der pharmazeutischen und veterinärmedizinischen Überwachungskräfte sowie der wissenschaftlichen Beschäftigten der Arzneimitteluntersuchungsstellen der Länder** **0,0** **50,0**
0,0

Erläuterungen:

Die Ausrichtung der Arbeitstagung wechselt jährlich. Im September 2018 hat Schleswig-Holstein turnusgemäß die Tagung auszurichten.

534 03 314 **Kosten für die Prüfung von Sozialkonzepten gemäß Spielhallengesetz** **50,0** **0,0**
32,2

Künftig wegfallend.

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 534 03

Erläuterungen:

Gemäß §5 Abs.1 des Spielhallengesetzes (GVOBl. 2014 vom 26.06.2014) sind Sozialkonzepte dem für Gesundheit zuständigen Ministerium anzuzeigen, dass deren Vereinbarkeit mit den Vorgaben prüft und bestätigt.
Das Prüfverfahren wurde systematisiert, so dass eine Einbindung der LSSH gemäß § 5 Spielhallengesetz aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht mehr erfolgt.

534 04	314	**Kosten der Beschaffung und Beseitigung von Proben bei der Arzneimittel- und Medizinprodukteüberwachung**	**52,0** 12,8	**52,0**

Erläuterungen:

Mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Medizinproduktegesetzes (MPGVwV) ist ein verbindlicher Rahmen für eine bundeseinheitliche qualitätsgesicherte Überwachung durch die Länder vorgegeben. In Schleswig-Holstein sollen 50 Proben pro Jahr untersucht werden. Die durchschnittlichen Laborkosten pro Probe liegen bei 1.000 €. Für den Ankauf und die Beseitigung von Warenproben sowie die Vernichtung von Arzneimitteln sind weitere 2.000 € veranschlagt.

534 05	314	**Informationsveranstaltungen im Bereich des Gesundheitsschutzes**	**2,0** 0,1	**2,0**

Erläuterungen:

Informationsveranstaltungen an allen Standorten des LAsD zu aktuellen Themen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.

534 06	314	**Vorsitzführung der AG Suchthilfe**	**6,0** 0,0	**6,0**

Erläuterungen:

In den Jahren 2017 und 2018 führt Schleswig-Holstein den Vorsitz der AG Suchthilfe. Veranschlagt sind Mittel für die Ausrichtung von zwei Ausschusssitzungen pro Jahr. Die Sitzungen finden jeweils zweitägig statt. Kalkuliert sind Kosten für die technische Durchführung, Bewirtungskosten sowie Kosten eines fachlichen Rahmenprogramms.

623 03	312	**Schuldendiensthilfen aus den Überschüssen der IB**	**0,0** 3.000,0	**0,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1002-121 01 geleistet werden.

633 02	312	**Erstattungen an Kreise im Rahmen der Fachaufsicht über psychiatrische Fachkliniken**	**220,0** 207,2	**220,0**

Erläuterungen:

Aufgrund der Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach dem Heimrecht und aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Durchführung des § 13 PsychKG sind wegen der damit verbundenen Übertragung der Fachaufsicht über die AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein mbH und die HELIOS Fachklinik Schleswig GmbH an die Kreise Ostholstein, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg im Rahmen des Konnexitätsprinzips Erstattungsbeiträge zu leisten.

633 03	314	**Erstattung an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen der Zwangsbehandlung psychisch kranker Menschen bei öffentlich-rechtlicher Unterbringung**	**500,0** 0,0	**430,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit Maßnahmegruppe 08.

633 04	314	**Zuweisungen zur Verbesserung der telemedizinischen Versorgung im ländlichen Raum**	**150,0** 0,0	**150,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	300
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	150
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	150
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Die medizinische Versorgung der Bewohner im ländlichen Raum, besonders auf den Inseln und Halligen, stellt bereits heute eine Herausforderung dar. Durch die besondere geographische Lage und die demografische Entwicklung stehen die Verantwortlichen, mehr als in anderen Regionen, vor der Herausforderung, Synergien zu nutzen, um eine bedarfsgerechte, wirtschaftliche und dem aktuellen Stand der Medizin und Technik entsprechende Versorgung zu gewährleisten. Um die medizinische Versorgung auch in Zukunft sicherzustellen und sogar zu verbessern, sollen seit 2017 telemedizinische Anwendungen gefördert werden.

633 06	314	**Zuweisungen an Gemeinden zur Verbesserung der Geburtshilfe im ländlichen Raum**	**117,4** 61,2	**117,4**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 633 06

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Konzeptentwicklung insbesondere in den besonders betroffenen Kreisen Nordfriesland und Ostholstein.

636 01	314	**Erstattungen an Krankenkassen nach § 7a des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (GDG)**	**30,0** 21,0	**40,0**

Erläuterungen:

Kostenerstattung für die Durchführung von Früherkennungsuntersuchungen von Kindern nach Ablauf der Toleranzfristen (Erinnerungsverfahren).

Der Mehrbedarf ergibt sich aus steigenden Fallzahlen und steigenden ärztlichen Honorarkosten.

662 01	312	**Schuldendiensthilfe**	**22,5** 22,5	**22,5**

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	22.500
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	0
	Summe	**22.500**

Für ein Bundesdarlehen, das im Rahmen der Finanzierung der Umbaukosten für das Krankenhaus für Neurotraumatologie und Neurologie in Malente aufgenommen werden musste, hat das Land anteilige Schuldendienstverpflichtungen übernommen, die bis zum Jahr 2026 zu erbringen sind.

671 01	314	**An die Gutachterstelle für Kastration bei der Ärztekammer Schleswig-Holstein**	**0,5** 0,0	**0,5**

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gutachterstelle für freiwillige Kastration gem. § 20 des Gesetzes über die freiwillige Kastration vom 31. Oktober 1970 (GVOBl. Schl.-H. S. 297). Die Auszahlungen werden zum Jahresende geleistet.

671 04	314	**Erstattung von Verwaltungskosten an Krankenkassen nach § 7a des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (GDG)**	**2,4** 1,7	**3,2**

Erläuterungen:

Verwaltungskostenerstattung in Höhe von 8 % der Aufwendungen bei Tit. 636 01.

671 05	311	**An die Apothekerkammer Schleswig-Holstein für Unterrichtsveranstaltungen**	**26,7** 25,4	**26,7**

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterrichtsveranstaltungen gem. § 4 Abs. 4 der Approbationsordnung für Apotheker/innen, zuletzt geändert durch Gesetz vom 02. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2686).
Die Auszahlungen werden zum Jahresende geleistet.

681 01	314	**Förderung des Hebammenwesens**	**5,0** 5,0	**5,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt für Fortbildungsveranstaltungen.

682 02	235	**Kosten für die Errichtung einer Pflegeberufekammer**	**300,0** 0,0	**300,0**

Erläuterungen:

Deckung der Kosten der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein unmittelbar nach der Errichtungsphase 2017 bis zur Verabschiedung der Beitragssatzung.

682 04	314	**Zuschüsse an Krankenhäuser zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum (Versorgungssicherungsfonds)**	**0,0** 0,0	**2.000,0**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 682 04

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	18.500
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	3.500
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	5.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	5.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	5.000

Erläuterungen:

Die Landesregierung wird die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um in Zukunft versorgungspolitisch sinnvolle und politisch gewollte ambulante, stationäre und intersektorale Angebote finanziell zu unterstützen, die dazu beitragen, die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu stabilisieren und zu sichern.

683 03 312 **Zuschüsse an Krankenhäuser im Rahmen der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen** — **3.000,0** / 5.958,2 — **2.000,0**

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2018 findet keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für besondere Infrastrukturmaßnahmen in den Krankenhäusern aufgrund des Flüchtlingsaufkommens.

Weniger wegen rückläufiger Flüchtlingszahlen.

684 01 314 **Beiträge und Ähnliches an Vereine und Gesellschaften** — **4,0** / 2,1 — **4,0**

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung der Viruskrankheiten	2.000
2.	Schleswig-Holsteinische Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Lungenkrankheiten e.V.	1.000
3.	Verein Patientenombudsmann/-frau Schleswig-Holstein e.V.	1.000
	Summe	**4.000**

684 05 314 **Zuschüsse an Vereine und Verbände** — **3,0** / 0,0 — **3,0**

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für den Verein Patientenombudsmann/-frau Schleswig-Holstein e.V.

684 06 314 **Institutionelle Förderung der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Schleswig-Holstein e.V.** — **315,6** / 0,0 — **328,6**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

		2018 EUR
1.	Basisaufgaben	127.700
2.	Weiterleitungsaufgaben	58.500
3.	Koordinierungsstelle gesundheitliche Chancengleichheit	13.700
4.	Koordinierung HIV/AIDS	64.700
5.	Koordinierung “Impfkampagne“	15.000
6.	Zentrum für Bewegungsförderung	9.000
7.	Servicebüro KiTa und Schule	20.000
8.	Besondere Vorhaben	20.000
	Summe	**328.600**

698 01 314 **Länderanteil für das HIV-Hilfegesetz** — **0,0** / 0,0 — **57,7**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 698 01

Erläuterungen:

Mit dem HIV-Hilfegesetz vom 24.07.1995 wurde die Stiftung Humanitäre Hilfe für die durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen implementiert und die Finanzierung festgelegt, von der 20 % auf die Länder entfiel.
Nach zweimaliger Aufstockung der Mittel für die Stiftung sollte die Stiftung ursprünglich nur bis 2017 bestehen bleiben. Aufgrund der sich günstig entwickelnden Prognosen für HIV-Infizierte und AIDS-Erkrankte soll die Stiftung jedoch weiter geführt werden. Die Kosten hierfür werden vom Bund, dem Roten Kreuz und der Pharmaindustrie aufgebracht. Die entsprechende Gesetzesänderung greift aber erst ab dem 01.01.2019, so dass die Länder für 2018 Ihren Anteil von insgesamt 1.700.000 € erbringen müssen. Für Schleswig-Holstein bedeutet dies einen Anteil gem. Königssteiner Schlüssel 2016 in Höhe von 57.642,58 €.

812 01	314	**Erwerb von Geräten**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

892 02	314	**Zuschüsse für Investitionen an Krankenhausträger aus dem Krankenhausstrukturfonds**	**2.000,0** 0,0	**4.000,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	28.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	2.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	4.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	10.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	12.000

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 01 geleistet werden.

Minderausgaben dürfen bei Titel 1611-634 01 für Zuführungen zum Sondervermögen IMPULS 2030 verwendet werden.

Erläuterungen:

Im Krankenhausstrukturgesetz wurde ein Krankenhausstrukturfonds aufgelegt, aus dem eine Investitionsförderung für Krankenhäuser erfolgen soll. Für Schleswig-Holstein sind insgesamt bis zu 34 Mio. € vorgesehen. Der Bund beteiligt sich an den Kosten zu 50 %. Siehe Einnahmetitel 1002 - 331 01.

892 03	314	**Besondere Landeszuschüsse für Investitionen an Krankenhausträger**	**18.000,0** 6.376,0	**8.000,0**

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 334 01 überschritten werden.

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2018 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Minderausgaben dürfen bei Titel 1611-634 01 für Zuführungen zum Sondervermögen IMPULS 2030 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel sind als Sonderförderung vorgesehen. Gefördert wird die Durchführung dringendst notwendiger prioritärer Baumaßnahmen bei Plankrankenhäusern im stationären Bereich, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Darüber hinaus werden mit den Mitteln Baumaßnahmen finanziert, welche im Zusammenhang mit der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen stehen.

Weniger, da das 1. Landesprogramm in Höhe von insgesamt 30 Mio. € im Jahr 2017 ausläuft.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 **EUR**
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	14.300.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	0
	Summe	**14.300.000**

Der Differenzbetrag in Höhe von 6,3 Mio. € wird aus dem Sondervermögen IMPULS 2030 umgesetzt.

894 01	314	**Zuschüsse für Investitionen der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein**	**150,0** 0,0	**150,0**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 894 01

Erläuterungen:

Kosten für Investitionen der KVSH in innovative Telematik-Infrastruktur und die vollständige Digitalisierung aller Prozesse der qualitätsgesicherten Mammadiagnostik/Brustkrebsvorsorge.

916 05 851 **Zuführung an die Rücklage “Sabbatjahr“** **0,0** **0,0**
14,0

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Tit. 1002 - 422 01 geleistet werden.

919 01 851 **Zuführung an die Rücklage Kap. 1002** **0,0** **0,0**
0,0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 des Kapitels 1002 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 359 01.

01 Gemeinschaftseinrichtungen der Länder im Bereich des Gesundheitswesens

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

632 02 (MG 01) 314 **Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder für die Kooperation der norddeutschen Länder auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens** **175,9** **175,9**
168,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Landesanteile für folgende Einrichtungen:

Giftinformationszentrale Nord (GIZ Nord) an der Universität Göttingen (138,3 T€),
Beteiligung auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin beim Hamburg Port Health Center (HPHC) in Hamburg (37,6 T€).

682 01 (MG 01) 314 **Zuschüsse für laufende Zwecke an das Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik (InphA)** **250,4** **250,4**
234,9

Erläuterungen:

Das Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik (bis 2012: Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord GmbH) führt Untersuchungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten für ihre Gesellschafter im Zusammenhang mit der den Ländern obliegenden Arzneimittelüberwachung durch.

685 02 (MG 01) 165 **Beitrag für das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen** **250,0** **250,0**
195,1

Erläuterungen:

Das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz ist eine gemeinsame Einrichtung der Länder (Abkommen vom 14. Oktober 1970 und Änderungsabkommen vom 30. Mai 1974 und 17. Juni 1993). Es steht den Ländern für Fragen der medizinischen und pharmazeutischen Prüfungen zur Verfügung und widmet sich der angewandten Forschung auf dem Gebiet der Methodik des Prüfungswesens.
Zwei Drittel des Finanzbedarfs des Instituts werden nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen, ein Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder aufgebracht.
Rechtsgrundlage: Gesetz zu dem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2002 (GVOBl. Schl.-H. S. 162).

685 03 (MG 01) 165 **Beitrag für die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen** **229,0** **229,0**
193,6

Erläuterungen:

Die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf, die die Ausbildung der Ärztinnen, Ärzte und sonstigen Fachkräfte für den öffentlichen Gesundheitsdienst durchführt, ist eine gemeinsame Einrichtung mehrerer Länder.
Der auf diese Länder entfallende Anteil bemisst sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis ihrer Einwohner und nach der Zahl der aus den Ländern kommenden Lehrgangsteilnehmer/innen.
Rechtsgrundlage: Gesetz zu dem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf vom 4. Dezember 1971 (GVOBl. Schl.-H. S. 459).

685 05 (MG 01) 314 **Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten** **49,5** **49,5**
51,9

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 685 05

Erläuterungen:

Die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten (ZLG) ist eine Gemeinschaftseinrichtung der Länder mit Sitz in Bonn. Die nicht durch Gebühren gedeckten Kosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder aufgeteilt.
Rechtsgrundlage: Gesetz zum Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten vom 27. April 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 505).

685 06 (MG 01)	314	**Länderübergreifende Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe**	**48,0** 53,7	**48,0**

Erläuterungen:

Die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) mit Sitz in Berlin soll die zuständigen Behörden der Länder mit gutachterlichen Stellungnahmen bei der Feststellung der Gleichwertigkeit eines im Ausland erworbenen Ausbildungsnachweises in Bezug auf akademische Heilberufe und Gesundheitsfachberufe unterstützen. Sie wird seit dem 01.01.2016 zunächst in Form eines dreijährigen Projektes betrieben werden. Die Kostenverteilung erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

	Summe der Maßnahmegruppe 01	**1.002,8** 897,2	**1.002,8**

02 Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege

Darf bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden Mehreinnahmen bei 111 01 und der Mehreinnahmen bei 232 01 überschritten werden.
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Übertragbar.

Erläuterungen:

Beim MSGJFS wird im Rahmen der norddeutschen Kooperation auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege unterhalten. Das Zentrum fördert durch seine Aktivitäten die Überwindung der qualitativen Defizite im Bereich der stationären und ambulanten Alten- und Krankenpflege.
Wegen der Zuweisungen der Vertragsländer vgl. Tit. 232 01.
Der Anteil des Landes Schleswig-Holstein beträgt 24.799 €.

422 05 (MG 02)	314	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**47,0** 47,7	**47,0**
427 02 (MG 02)	314	**Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Vergütungen für Dozentinnen und Dozenten**	**13,4** 5,6	**13,4**
428 03 (MG 02)	314	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**39,1** 32,2	**39,1**
533 01 (MG 02)	314	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen**	**10,0** 16,2	**10,0**
547 01 (MG 02)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**26,8** 40,2	**26,8**
		Summe der Maßnahmegruppe 02	**136,3** 141,9	**136,3**

03 Krankenhausfinanzierung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Darüber hinaus darf der Ansatz bei Titel 883 02 bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 334 02 überschritten werden.
Übertragbar.

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Landesmittel	42.828.300
2.	Mittel der Kreise und kreisfreien Städte	42.828.300
	Summe	**85.656.600**

Darin enthalten sind die Bezüge bzw. Entgelte i.H.v. 281,0 T€ für 4 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, die im Bereich der Krankenhausbaumaßnahmen tätig sind.
Vgl. Tit. 1002 - 422 01 / 428 01.

623 02 (MG 03) 312 **Schuldendiensthilfen** — **40.000,0** / 40.000,0 — **40.000,0**

Erläuterungen:

Die Finanzierung der Krankenhausbaumaßnahmen erfolgte beginnend ab dem Jahr 1996, vollständig ab dem Jahr 2002, über Darlehensgewährungen der Investitionsbank Schleswig-Holstein mit entsprechenden Schuldendiensthilfen. Für das Jahr 2010 war letztmalig eine Darlehensaufnahme in Höhe von max. 50,4 Mio. € vorgesehen. Ab dem Jahr 2011 werden Darlehen über die Investitionsbank Schleswig-Holstein aus dem Zweckvermögen Wohnraumförderung / Krankenhausfinanzierung gezahlt. Hierfür stehen jährlich 40,0 Mio. € zur Verfügung.
Der veranschlagte Betrag von 40,0 Mio. € dient der Finanzierung des bis zum Jahr 2025 aufgelaufenen Schuldendienstes und damit der Abwicklung der Darlehensaufnahmen bis einschließlich 2010.
Ein verbleibender Restbetrag wird zur Tilgung der Finanzierung aus dem Zweckvermögen eingesetzt.

671 03 (MG 03) 312 **Verwaltungskostenerstattung an die I-Bank** — **0,8** / 0,8 — **0,8**

Erläuterungen:

Im Zusammenhang mit der Umstellung der Auszahlung der pauschalen Fördermittel nach § 8 AG-KHG auf die Investitionsbank wurde mit der IB ein Vertrag geschlossen, der auch eine Erstattung der anfallenden Verwaltungskosten vorsieht.

883 02 (MG 03) 312 **Gesetzliche Ansprüche gemäß Krankenhausfinanzierungsgesetz an Kreise und kreisfreie Städte für verschiedene Krankenhausträger** — **45.450,9** / 43.494,0 — **45.374,8**

Minderausgaben dürfen bei Titel 1611-634 01 für Zuführungen zum Sondervermögen IMPULS 2030 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die den Krankenhausträgern über die Kreise und kreisfreien Städte zufließenden Mittel (“Gesetzliche Verpflichtungen“) nach §§ 8 bis 13 AG-KHG:
- Pauschale Förderung für die Wiederbeschaffung kurz- und mittelfristiger Anlagegüter,
- Förderung der Nutzung von Anlagegütern,
- Förderung von Lasten aus Darlehen,
- Förderung der mit Eigenmitteln beschafften Anlagegüter,
- Förderung bei Schließung oder Umstellung auf andere Aufgaben.

Summe der Maßnahmegruppe 03 — **85.451,7** / 83.494,8 — **85.375,6**

04 Gesundheitsförderung und Prävention

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Maßnahmegruppe 04 überschritten werden.

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für Publikationen, Initiativen, den laufenden Betrieb des Themenportals Gesundheit, die Darstellung des Gesundheitslandes Schleswig-Holstein auf auswärtigen Veranstaltungen sowie die gezielte Unterstützung einzelner Projekte zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Land.

428 02 (MG 04) 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **0,0** / 0,0 — **0,0**

Übertragen nach 10 02 - 428 01

533 02 (MG 04) 314 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen** — **0,0** / 0,0 — **0,0**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 533 02

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

547 03 (MG 04)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**50,0** 107,5	**50,0**
633 05 (MG 04)	314	**Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

683 01 (MG 04)	314	**Zuschüsse an private Unternehmen**	**50,0** 0,0	**50,0**
684 04 (MG 04)	314	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**0,0** 30,0	**50,0**

Erläuterungen:
Veranschlagt für ein Strategieforum Prävention mit nachfolgenden Projektbeteiligungen.

	Summe der Maßnahmegruppe 04	**100,0** 137,5	**150,0**

06 Maßnahmen zur Abwehr von Bioterrorismus und Bekämpfung hochansteckender, gefährlicher Krankheiten

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:
Veranschlagt sind Ausgaben für Vorsorgemaßnahmen gegen bioterroristische Angriffe, insbesondere für die Lagerung von Impfstoffen und die Beschaffung nicht lagerfähiger Verbrauchsmittel sowie für die Schulung von Impfpersonal.

514 01 (MG 06)	314	**Beschaffung antiviraler Medikamente**	**0,0** 0,0	**0,0**
534 02 (MG 06)	314	**Bevorratung von Impfstoffen und Medikamenten, Vorbereitung und Sicherstellung von Schutzimpfungen und ähnlichem nach dem Infektionsschutzgesetz**	**40,0** 38,2	**40,0**

Erläuterungen:
Lagerkosten für die während der Influenza-Pandemie 2009/2010 beschafften Fertigarzneimittel und Wirkstoffpulver.

534 07 (MG 06)	314	**Beschaffung von Impfnadeln**	**0,0** 0,0	**1.100,0**

Erläuterungen:
Ersatzbeschaffung von Impfnadeln zum Einsatz im Pandemiefall (Pocken).

547 02 (MG 06)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**20,0** 0,0	**20,0**
633 01 (MG 06)	314	**Erstattung an Kreise und kreisfreie Städte**	**0,0** 0,0	**0,0**
684 02 (MG 06)	314	**An Hilfsorganisationen**	**0,0** 0,0	**0,0**
686 02 (MG 06)	314	**Erstattung an die Ärztekammer**	**2,0** 0,0	**2,0**
883 01 (MG 06)	314	**Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte**	**0,0** 0,0	**0,0**

	Summe der Maßnahmegruppe 06	**62,0** 38,2	**1.162,0**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

08 Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholabhängigen Straftätern/innen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit Tit. 633 03.

632 01 (MG 08) 312 **An andere Länder** — **1.379,1** / 1.112,1 — **1.330,3**

Erläuterungen:

Pflegekosten für die nach den Vorschriften der §§ 63, 64 StGB und § 64 StGB i.V.m. §§ 7, 93a JJG sowie nach § 65 StVollzG und Nr. 56 VVJug untergebrachten Personen.

662 02 (MG 08) 312 **Schuldendiensthilfen an die HELIOS Fachklinik Schleswig GmbH und die AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein mbH** — **3.203,9** / 3.102,3 — **3.078,2**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	3.229
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	57
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	164
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	235
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	2.773

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Für die Umsetzung des von der Landesregierung am 14. Dezember 2004 beschlossenen Investitionsprogramms können die beiden Einrichtungsträger Kredite in Höhe von insgesamt 2.174 T€ in 2018 aufnehmen, deren Schuldendienst vom Land getragen wird. Darüber hinaus sind Schuldendiensthilfen zu leisten für bereits ab 2002 aufgenommene Darlehen.

Ziel:

Erhöhung der baulich-technischen Sicherheit sowie Verbesserung der Unterbringung der Patientinnen und Patienten in den beiden forensischen Kliniken in Schleswig und Neustadt.

Kennzahlen:

329 Plätze

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	3.063.400
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	14.800
	Summe	**3.078.200**

683 02 (MG 08) 312 **An die HELIOS Fachklinik Schleswig GmbH und die AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein mbH** — **37.017,6** / 37.897,9 — **38.234,8**

Erläuterungen:

Pflegekosten für die nach den §§ 63 und 64 StGB sowie § 126 a StPO untergebrachten psychisch Kranken, Alkohol- und Drogenkranken in der Fachklinik

		2018 EUR
1.	HELIOS Fachklinik Schleswig GmbH	10.341.350
2.	AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein mbH	27.893.452
	Summe	**38.234.802**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 683 02

Leistungsentwicklung der forensischen Abteilungen in Schleswig-Holstein

AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein mbH	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**
a) Planbetten	240	240	240	240	240
b) belegte Betten	245	238	238	233,4	243,8
c) Auslastung in %	102,1	99,2	99,2	97,3	101,6
d) Pflegetage	89.425	86.870	86.870	85.200	89.000
e) Personal in VK	332,3	332,3	328,3	328,3	350,3

HELIOS Fachklinik Schleswig GmbH	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**
a) Planbetten	84	84	84	89	89
b) belegte Betten	102,2	108,2	99,5	83,8	79,0
c) Auslastung in %	121,7	128,8	118,5	94,1	88,8
d) Pflegetage	37.303	39.480	36.423	30.584	28.835
e) Personal in VK	109,9	110,6	132,2	121,4	121,4

S.-H. insgesamt	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**
a) Planbetten	324	324	324	329	329
b) belegte Betten	347,2	346,2	337,5	317,2	322,8
c) Auslastung in %	107,2	106,8	103,9	96,4	98,1
d) Pflegetage	126.728	126.350	123.293	115.784	117.835
e) Personal in VK	442,2	442,9	460,5	449,7	471,7

	2014	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**
Kosten pro Jahr pro bel. Bett in T€	92,3	101,7	111,5	116,7	118,4
Maßregelvollzugskosten in T€	32.045,4	35.199,3	37.640,3	37.017,6	38.829,4

Summe der Maßnahmegruppe 08	**41.600,6** 42.112,3	

61 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs und Maßnahmen im Bereich der dezentralen Psychiatrie

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 1002 - 381 01 und der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 1002 - 111 02 überschritten werden.
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

526 61 (TG 61)	314	**Sachverständige**	**30,0** 30,0	**30,0**

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die wissenschaftliche Begleitung der Zuwendungsverträge (Evaluation und Weiterentwicklung).

533 61 (TG 61)	314	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

534 61 (TG 61)	314	**Sachkosten im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs**	**14,6** 13,1	**14,6**

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil Schleswig-Holsteins am Substitutionsregister aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern vom 5.2. / 14.5.2002 sowie Sachkosten für Kampagnen.

633 61 (TG 61)	314	**Rahmenstrukturvertrag soziale Hilfen**	**2.375,0** 2.375,0	**2.875,0**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 633 61

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	11.500
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	2.875
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	2.875
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	2.875
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	2.875

Erläuterungen:
Zuwendungstitel

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 633 61

10 02 Gesundheit

Titel FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
		T€	

noch zu 633 61

Auf Grundlage der im Jahr 2014 abgeschlossenen Folgeverträge mit den Kommunalen Landesverbänden und den Kommunen (Vertragslaufzeit: 01.01.2015 bis 31.12.2018) werden regionale Angebote für die ambulante Suchtkrankenhilfe (incl. Glücksspielfachstellen und Frauensuchtberatung) pro Jahr mit 1.655.350 € und mit 719.650 € für die dezentrale Psychiatrie gefördert. Ab dem 01.01.2018 ist vor Ablauf der bisher vereinbarten Laufzeit ein weiterer Folgevertrag über 5 Jahre, d. h. bis zum 31.12.2022, mit den Kommunalen Landesverbänden und den Kommunen mit einem angepassten, d. h. um 500 T€ erhöhten Budget, in Vorbereitung.

Ambulante Suchtkrankenhilfe

Die Aufgabenfelder umfassen insbesondere:

Prävention:
Ziel der Prävention ist die Konsumvermeidung, -begrenzung und ‚Äìreduzierung.
Prävention soll auf Stärkung von Eigenverantwortung, Konfliktfähigkeit sowie auf soziale und Risikokompetenz zielen und die Fähigkeiten und Stärken, die jeder Mensch hat, fördern (salutogenetischer Ansatz). Sie soll des Weiteren zielgruppenbezogen und kontinuierlich angelegt sein.

Niedrigschwellige Kontaktmöglichkeit:
Arbeitsfelder sind hierbei insbesondere: Streetwork und (aktiv) aufsuchende Arbeit, Aufenthaltsmöglichkeit mit einem Mindestangebot an Information (z.B. Suchtberatung, Schuldnerberatung, Infektionsprophylaxe) und Service (z.B. Kleiderkammer, Spritzentausch, Kondomvergabe). Wichtig ist darüber hinaus ein schneller und niedrigschwelliger Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung ‚Äì ob direkt in einer Suchthilfeeinrichtung oder bei einer kooperierenden Praxis/Institution.

Beratung:
Beratung ist zielgerichtet, vom zeitlichen Umfang her begrenzt und schließt Nachsorgeaktivitäten mit ein, insbesondere:
•Information, Aufzeigen von Hilfen,
•Krisenintervention,
•Motivationsarbeit, Entwicklung von Veränderungsbereitschaft
•Anamnese,
•Indikationsstellung, Problemlagen und Hilfebedarf klären, (erste) Hilfeplanung,
•Erschließung und Vermittlung von Hilfen,

Betreuung:
Ein zentraler Schwerpunkt der Betreuung ist die psychosoziale Begleitung von Substituierten. Betreuung ist i.d.R. in besonderer Weise auf die Kontinuität der Beziehung zwischen Helferin bzw. Helfer und Klientin bzw. Klient angewiesen. Betreuung schließt Nachsorgeaktivitäten mit ein.
•Zielvereinbarung mit dem Klienten / der Klientin,
•Gewährung und Erschließung von weiteren (sozialen) Hilfen,

Geschlechtsspezifische Angebote:
Im Sinne des Gendermainstreamings sollen geschlechtsspezifische Angebote qualitätssichernd und -steigernd vorgehalten werden. Dabei spielen besondere Schutzaspekte häufig eine zentrale Rolle. Grundsätzlich sollte die ambulante Suchtberatung geschlechtsspezifische Aspekte in ihrer Arbeit berücksichtigen. Soweit dies möglich und sinnvoll ist, sollen besondere Angebote vorgehalten werden.

Glücksspielsuchtberatung:
Die Glücksspielsuchtberatung richtet sich an Menschen, die durch pathologisches Glücksspiel gefährdet oder bereits davon abhängig sind. Hierbei steht das Angebot auch Angehörigen zur Verfügung. Enge Kontakte mit Selbsthilfegruppen sind zu unterstützen.

Dezentrale Psychiatrie

Die Aufgabenfelder umfassen insbesondere:

Prävention:
Prävention soll auf Stärkung von Eigenverantwortung, Konfliktfähigkeit sowie auf soziale Kompetenz zielen und die Fähigkeiten und Stärken, die jeder Mensch hat, fördern (salutogenetischer Ansatz). Sie soll des Weiteren zielgruppenbezogen und kontinuierlich angelegt sein.

Beratung:
Beratung ist zielgerichtet und vom zeitlichen Umfang her begrenzt und schließt Nachsorgeaktivitäten mit ein:
•Information, Aufzeigen von Hilfen,
•Krisenintervention,
•Motivationsarbeit, Entwicklung von Veränderungsbereitschaft
•Problemlagen und Hilfebedarf klären, (erste) Hilfeplanung,

Begleitung und Vermittlung:
Das System der Hilfen für psychisch kranke Menschen ist sehr vielfältig und von unterschiedlichen Kostenträgern finanziert.

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 633 61

636 61 (TG 61)	314	**Erstattungen an Krankenkassen**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für eventuelle Regressansprüche aus der Fortführung der Drogenambulanz durch das ehemalige Fachkrankenhaus Bredstedt, jetzt Fachklinikum Nordfriesland.

684 61 (TG 61)	314	**An die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Schleswig-Holstein e.V.**	**1.134,0** 1.135,0	**1.119,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Die Mittel werden an die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Schleswig-Holstein e.V. gezahlt, die im Rahmen der jährlich mit dem MSGJFS abzuschließenden Zielvereinbarungen Maßnahmen und Projekte durchführt oder durch Dritte durchführen lässt.

Ziel:

Aufrechterhaltung landesweiter Präventionsangebote im Rahmen der Suchthilfeplanung sowie Hilfesysteme für Suchtgefährdete, Suchtkranke und deren Angehörige - unabhängig von Alter, Suchtmittel und Konsumstatus - (frühe Erreichung der Betroffenen zur Schadensminimierung, Heilung und Rehabilitation) und dezentrale Psychiatrie.

Gegenstand der Förderung:

- Prävention
- Landesverbände der Suchtselbsthilfe
- Wissenschaft
- Suchthilfeprojekte
- Dokumentation
- dezentrale psychiatrische Hilfen
- Landesstelle für Suchtfragen (LSSH)
- Modellprojekte
- Verwaltungskosten

Landesprogramme und Leuchtturmprojekte:

		2018 EUR
1.	Prävention	
1.1	KOSS	18.000
1.2	Präventionskampagne Nichtrauchen	20.000
1.3	Präventionspreis	0
1.4	Präventions-Partyprojekt (illegale Drogen)	85.000
1.5	Landesweite Frauen-Suchtberatung SH	80.000
2.	Suchtselbsthilfe	88.000
3.	Wissenschaft	
3.1	Forschungsprojekte Glücksspiel	116.000
4.	Suchthilfeprojekte	
4.1	Spezifische, befristete Projekte für Suchthilfe und dezentrale psychiatrische Hilfen	282.000
5.	Dokumentation	
5.1	Projektmanagement und wissenschaftliche Auswertung ISD/ LSSH/LVGF	68.000
6.	Dezentrale Psychiatrie	
6.1	DPWV/Beschwerdestelle/Essstörungen (Selbsthilfe)	12.000
7.	In Planung befindliche Modellprojekte	52.500
	Summe	**821.500**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 61

Landesstelle für Suchtfragen:

		2018 EUR
1.	Förderung gemäß Zielvereinbarung incl. Landesglücks-spielkoordinator (30.000 €)	246.000
2.	Kampagne Alkoholprävention	40.000
3.	Multiplikatoren	11.500
	Summe	**297.500**

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	400.000
	Summe	**400.000**

		Summe der Titelgruppe 61	**3.553,6** 3.553,1	**4.038,6**

62 Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßnahmen

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe und mit der Titelgruppe 68 mit Ausnahme des Titels 685 62 .

534 62 (TG 62)	314	**Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten**	**59,5** 47,5	**60,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für

		2018 EUR
1.	**Vorsorge für die Seuchenbekämpfung**	
1.1	Behandlung bestimmter Infektionskrankheiten	2.000
1.2	Sonstige mit der Seuchenbekämpfung im Zusammenhang stehende Ausgaben, z.B. Übernahme von Obduktionskosten zur Aufklärung von CJK-Fällen	1.000
1.3	Informationsmaterialien und Mediennutzung zur Aufklärung über impfpräventable Infektionserkrankungen im Rahmen der Impfkampagne Schleswig-Holstein	43.400
	Summe zu 1.	*46.400*
2.	**Deutsches Kinderkrebsregister**	
2.1	Anteil Schleswig-Holsteins an der Finanzierung des Deutschen Kinderkrebsregisters	8.500
	Summe zu 2.	*8.500*
3.	**MRSA-Netzwerk**	
3.1	Kosten für die Betreuung des Internetauftritts	600
	Summe zu 3.	*600*

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 534 62

4. Geschäftsstelle Nationaler Impfplan

4.1	Anteil Schleswig-Holsteins an der Geschäftsstelle Nationaler Impfplan	4.500
	Summe zu 4.	*4.500*
Zusammen		**60.000**

Zu Nr. 3.1: Die Kosten werden erstattet (vgl. Tit. 1002 - 233 01).

633 62 (TG 62) 314 **Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen außerhalb des Regelsystems** — **200,0** / 24,9 — **200,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für humanitäre Hilfen in medizinischen Notlagen. Der Schwerpunkt der Förderung bezieht sich auf Menschen, die sich illegal im Land aufhalten. Die Förderung erfolgt über vor Ort bestehende Hilfesysteme.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung humanitärer Hilfen in medizinischen Notlagen vom 02. September 2014 (Amtsbl. Schl.H. S. 690).

681 62 (TG 62) 314 **Schutzimpfungen** — **200,0** / 72,6 — **150,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Durchführung von unentgeltlichen Schutzimpfungen durch die Gesundheitsämter nach § 20 Abs. 5 Infektionsschutzgesetz in Verbindung mit § 2 des Gesetzes über die Kostenträger nach dem Infektionsschutzgesetz.

Weniger wegen rückläufiger Flüchtlingszahlen. In den Unterkünften für Flüchtlinge / Asylbewerber treten immer wieder Infektionskrankheiten auf, die Anlass für Riegelungsimpfungen durch den ÖGD zur Prävention von größeren Ausbruchsgeschehen geben.

682 62 (TG 62) 132 **Zuschüsse für laufende Zwecke an das UKSH** — **1.133,0** / 1.100,0 — **1.271,4**

1.133,0 T€ übertragen von 1013-682 28 (MG02) infolge Änderung der Geschäftsverteilung

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Vorhaltung eines Medizinaluntersuchungsamtes beim UKSH	1.161.400
2.	Zuschüsse für laufende Zwecke der AIDS-Ambulanz am UKSH	110.000
	Summe	**1.271.400**

Mehr wegen Nr. 2.

684 62 (TG 62) 314 **Bekämpfung von Volkskrankheiten und anderen Krankheiten - Gesundheitsaufklärung und Prävention** — **175,5** / 371,2 — **175,5**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Förderung der Prävention und Rehabilitation insbesondere im kardiologischen Bereich	30.700
2.	Gesundheitsförderung von Migrantinnen und Migranten	45.000
3.	Förderung der psychosozialen Krebsnachsorge	99.800
	Summe	**175.500**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 62

Zu 1.

Ziel:
Gesundheitsbewusstes Verhalten in der Bevölkerung entwickeln und fördern, um langfristig eine günstigere Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zu ermöglichen.
- Infarktpatienten nach der Akut-Versorgung im Krankenhaus ambulant unter ärztl. Betreuung einer Bewegungstherapie zuzuführen sowie Vermittlung eines adäquaten Lebensweisenkonzeptes, Förderung der Gesundheitsinitiative “Herz intakt“.
- Durchführung eigener Präventionsprojekte des MSGWG, Umsetzung der Gesundheitsziele u. Förderung von gesundheitsbezogenen Projekten von Selbsthilfegruppen.

Kennzahlen:
3000 Personen, die das Angebot der Koronarsportgruppen erreicht, 56 Übungseinheiten zur Fortbildung von Übungsleitern und Ärzten.
Einzelne Veranstaltungen wie Fortbildung für Ärzte, Ausbildung für Übungsleiter, Herz-Aktiv-Tag und landesweite Arbeitstagungen.

Zu 2.

Ziel:
Chancengleichheit für Migranten/tinnen beim Zugang zu Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Kennzahlen:
150 Opfer von Folter und Gewalt,
180 Angehörige der Gesundheitsfachberufe,
368 Menschen aus Osteuropa,
3 Veranstaltungen.

Zu 3.

Ziel:
Verbesserung der Situation von Menschen mit einer Krebserkrankung und ihrer Angehörigen durch Beratung und Unterstützung zu medizinischen, sozialrechtlichen, sozialen und psychischen Fragen.

Kennzahlen:
Förderung von 8 Maßnahmen/Projekten der Psychosozialen Krebsnachsorge, die regional und landesweit tätig sind.
Das Ist 2016 beinhaltet noch Teile der institutionellen Förderung der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Schleswig-Holstein e.V., die ab 2017 aus Tit. 1002 - 684 06 gezahlt wird.

685 62 (TG 62) 314 **Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen** — **500,0** / 300,0 — **500,0**

Eine Deckungsfähigkeit ist mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:
Veranschlagt zur Unterstützung von Institutionen, die im Arbeitsfeld “traumatisierte Flüchtlinge“ tätig sind.

686 62 (TG 62) 314 **Förderung von AIDS-Hilfen und -Selbsthilfegruppen** — **339,5** / 372,0 — **369,5**

Erläuterungen:
Zuwendungstitel
Die Mittel sind u.a. eingeplant für die Förderung der Personal- und Sachkosten bei den AIDS-Hilfen Kiel, Neumünster, Westküste und Lübeck sowie bei der AIDS-Beratung der Diakonie Flensburg und der SL-Veranstaltungen zur Förderung der Primärprävention e.V. (SLV) Flensburg.
Einmalige Bereitstellung von 30 T€ für die Umsetzung einer umfassenden Schwerpunktkampagne “Kein Aids mehr bis 2020“.
Ziel:
Psychosoziale Beratung und Betreuung von HIV-Positiven und deren An- und Zugehörigen
Kennzahlen:

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 686 62

	Datenbasis 2016	Anzahl Personen
1.	Präventive Maßnahmen im Bereich HIV / STI	25.731
2.	Individuelle Beratungen im Bereich der HIV / STI-Prävention	1.590
3.	Individuelle Beratungen für HIV-Positive / Angehörige	2.869
4.	Von den AIDS-Hilfen regelmäßig betreute HIV-Positive / Angehörige	454
5.	Für HIV-Positive / Angehörige durchgeführte Maßnahmen (z.B. offene Treffs, Vorträge, etc.)	794
Zusammen		**31.438**

		Summe der Titelgruppe 62	**2.607,5** 2.288,2	**2.726,4**

63 Wirkungsuntersuchungen von Umweltchemikalien

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 261 01 und 266 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachte Titelgruppe, da zu erwarten ist, dass die 1994 begonnenen Forschungsvorhaben zur PCB-Belastung fortgeführt und neue Vorhaben für andere Umweltchemikalien zusätzlich aufgenommen werden. Die Kosten werden von deutschen Forschungsträgern oder EU-Partnern erstattet (vgl. Tit. 261 01 und 266 01).

427 63 (TG 63)	314	**Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte**	**0,0** 1,1	**0,0**
533 63 (TG 63)	314	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**0,0** 0,0	**0,0**
547 63 (TG 63)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Summe der Titelgruppe 63	**0,0** 1,1	**0,0**

64 Sanierungsuntersuchungen

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 119 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachte Titelgruppe, da zu erwarten ist, dass weiterhin Untersuchungen zu Sanierungsmaßnahmen durchzuführen sind. Die Kosten werden von Dritten erstattet (vgl. Tit. 119 02).

533 64 (TG 64)	314	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen**	**0,0** 0,0	**0,0**
547 64 (TG 64)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Summe der Titelgruppe 64	**0,0** 0,0	**0,0**

65 Verletztenversorgung auf See

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe. Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 65 überschritten werden.

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Erläuterungen:

Zur Verbesserung der maritimen Notfallvorsorge haben die Küstenländer (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Niedersachsen) und der Bund eine zentrale Koordinierungs- und Führungseinrichtung “Havariekommando“ in Cuxhaven durch Vereinbarung geschaffen; vgl. Gesetz vom 12. Dezember 2002 (GVOBl. S. 246). Der Havariekommandant überträgt im Wege der Auftragstaktik im Havariefall die Aufgabenerfüllung an die zuständigen Stellen in den Ländern und des Bundes.
Die Länder sind für die Verletztenversorgung innerhalb der Küstengewässer (außerhalb des Rettungsdienstgesetzes) im Rahmen der allgemeinen Gefahrenabwehr zuständig. Da das Land nicht über einen eigenen Rettungsdienst verfügt, muss diese Aufgabe durch kommunale Rettungsdienste (Berufsfeuerwehren Flensburg, Kiel und Lübeck) ausgeführt werden. Dazu müssen Verträge zwischen dem Land und den (beteiligten) Kommunen abgeschlossen werden. Diese umfassen ebenfalls die Zusicherung, die notwendigen Ausbildungsmaßnahmen zu finanzieren sowie die Kosten der erforderlichen zusätzlichen Ausstattung zu übernehmen.

525 65 (TG 65)	314	**Aus- und Fortbildung**	**10,0** 0,0	**10,0**
547 65 (TG 65)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**2,5** 0,1	**2,5**
633 65 (TG 65)	314	**Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände**	**280,0** 241,8	**280,0**
671 65 (TG 65)	314	**Erstattungen an Forum Leitende Notärzte**	**15,0** 0,0	**15,0**
883 65 (TG 65)	314	**Zuschüsse für Investitionen**	**20,0** 6,6	**20,0**
919 65 (TG 65)	851	**Zuführung an die Rücklage**	**0,0** 0,0	**0,0**
981 65 (TG 65)	891	**Erstattung der Kosten für das Havariekommando (Verletztenversorgung)** **Erläuterungen:** Vgl. Tit. 0405 - 381 65 (TG 65).	**88,2** 60,7	**88,2**
		Summe der Titelgruppe 65	**415,7** 309,2	**415,7**

66 Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Mit Artikel 1 des Gesetzes zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) vom 23. Mai 2005 hat die Bundesrepublik Deutschland den Internationalen Gesundheitsvorschriften zugestimmt. Zweck und Anwendungsbereich der IGV bestehen darin, zum Schutz der Bevölkerung die grenzüberschreitende Ausbreitung von Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, entsprechende Kapazitäten zu schaffen, um Ereignisse festzustellen, zu bewerten, zu melden und zu berichten. In Anlage 1 der IGV sind entsprechende Kernkapazitäten definiert, die von designierten Grenzübergangsstellen zu erfüllen sind.
Gemäß § 13 Absatz 1 des Gesetzes zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften ist der Hafen Kiel als designierte Grenzübergangsstelle festgelegt. Gemäß § 13 Abs. 3 gibt das Robert Koch Institut (RKI) entsprechende Empfehlungen, welche Kapazitäten nach Anlage 1 Teil B IGV an den Häfen vorhanden sein sollen.
Sofern der Hafenbetreiber auf Verlangen des Landes entsprechende Einrichtungen und Leistungen vorzuhalten und zu erbringen hat, kann er vom Land dafür die Vergütung seiner Selbstkosten verlangen.
Gemäß den RKI-Empfehlungen ist medizinisches Personal 24 Stunden am Tag/7 Tage die Woche vorzuhalten. Hieraus entstehen ein personeller Mehraufwand und zusätzliche Sachkosten beim Hafenärztlichen Dienst der Stadt Kiel, die vom Land zu erstatten sind.

547 66 (TG 66)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten**	**0,0** 0,0	**0,0**
633 66 (TG 66)	314	**Erstattung der Personal- und Sachkosten an Kreise und kreisfreie Städte**	**148,0** 75,6	**148,0**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 633 66

Erläuterungen:

Kostenerstattung aufgrund von Konnexität für die von der Stadt Kiel vorgehaltenen 2 Gesundheitsaufseher (Tarif E9).

891 66 (TG 66)	314	**Zuschüsse für Investitionen**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Summe der Titelgruppe 66	**148,0** 75,6	**148,0**

67 Krebsregister

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Krebsregister bilden die Datengrundlage für die epidemiologische Krebsforschung. Zur Verbesserung dieser Datengrundlage verpflichtete das bis zum 31. Dezember 1999 geltende Krebsregistergesetz des Bundes vom 4. November 1994 (BGBl. I S. 3351) alle Länder, bis zum 1. Januar 1999 flächendeckend bevölkerungsbezogene Krebsregister einzurichten und zu führen. In Schleswig-Holstein gilt z. Zt. das Gesetz über das Krebsregister des Landes Schleswig-Holstein (Krebsregistergesetz - KRG SH) vom 04. November 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 372).
Das schleswig-holsteinische Krebsregister besteht aus der bei der Ärztekammer eingerichteten “Vertrauensstelle“, “Registerstelle“ und der Koordinierungsstelle. Bei der Vertrauensstelle gehen seit etwa Ende April/Anfang Mai 1997 die Meldungen der Krankheitsfälle ein. Dort werden die personenbezogenen Daten von den epidemiologischen Krankheitsdaten getrennt, die der “Registerstelle“ übermittelt und dort ausgewertet werden. Diese Daten stehen für Forschungszwecke zur Verfügung.
Die Aufgaben der Registerstelle wurden durch § 2 Abs. 3 KRG SH dem Institut für Krebsepidemiologie e.V. in Lübeck übertragen. Dem Verein ist nach § 119 des Hochschulgesetzes die Stellung einer wissenschaftlichen Einrichtung an der Medizinischen Universität zu Lübeck verliehen worden; er kooperiert eng mit dem dortigen Institut für Sozialmedizin.
Die Kosten für die Krebsregistrierung trägt das Land. Durch die Ansätze der TG 67 werden der Ärztekammer Schleswig-Holstein und dem Institut für Krebsepidemiologie e.V. die Mittel für die erforderlichen Personal- und Sachkosten einschließlich der Investitionen zur Verfügung gestellt. Die Einzelheiten sind durch Verträge vom November/Dezember 1999 geregelt, die an die aktuelle Rechtsgrundlage angepasst werden.

547 67 (TG 67)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**3,0** 0,0	**3,0**
671 67 (TG 67)	314	**Verwaltungsausgaben der Vertrauensstelle des Krebsregisters**	**1.043,0** 1.043,0	**852,7**

Erläuterungen:

Weniger aufgrund von Synergieeffekten zum klinischen Krebsregister (siehe TG 70).

686 67 (TG 67)	314	**An das Institut für Krebsepidemiologie e.V., Lübeck**	**507,7** 507,7	**507,7**
892 67 (TG 67)	314	**Für Investitionen des Instituts für Krebsepidemiologie e. V., Lübeck**	**10,0** 0,0	**0,0**
893 67 (TG 67)	314	**Für Investitionen der Vertrauensstelle des Krebsregisters**	**10,0** 0,0	**0,0**
		Summe der Titelgruppe 67	**1.573,7** 1.550,7	**1.363,4**

68 Gesundheitsberichterstattung

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe und mit der Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Nach § 6 Abs. 4 des Gesundheitsdienst-Gesetzes vom 14. Dezember 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 398), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 218), hat das MSGJFS zumindest einmal in der Legislaturperiode Landesgesundheitsberichte über einzelne Themen oder Bevölkerungsgruppen zu erstellen.

526 68 (TG 68)	314	**Ausgaben für Sachverständige, Gutachten u. ä.**	**74,7** 51,7	**97,7**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 526 68

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	99
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	23
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	23
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	53
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2018 EUR
1.	Heranziehung von Sachverständigenleistungen zur Vorbereitung/Anfertigung von Berichten	53.000
2.	Fortschreibung der Datenbank “Schulgesundheitsuntersuchungen in Schleswig-Holstein“ durch das Universitätsklinikum Lübeck aus Datenerhebungen der kommunalen Gesundheitsämter	40.000
3.	Externe Gutachten im Rahmen eines Einsatzes der epidemiologischen Task Force	4.700
	Summe	**97.700**

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	30.000
	Summe	**30.000**

547 68 (TG 68)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**2,0** 1,7	**2,0**
883 68 (TG 68)	314	**Zuweisungen für Systeme zur Datenerfassung**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

	Summe der Titelgruppe 68	**76,7** 53,4	**99,7**

69 Umweltmedizin, umweltbezogener Gesundheitsschutz, Bade- und Trinkwasserhygiene

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Aufklärung und Bekämpfung umweltbedingter Gesundheitsrisiken und Erkrankungen.

533 69 (TG 69)	314	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**70,0** 49,2	**160,0**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 533 69

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Umweltmedizin/Umweltbezogener Gesundheitsschutz	32.000
2.	Noxeninformationssystem (NIS)	8.000
3.	FH Lübeck zur Bearbeitung der Badegewässerprofile	30.000
4.	Überwachung von Einrichtungen in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ)	90.000
	Summe	**160.000**

Mehr wegen Nr. 4.

534 69 (TG 69)	314	**Sächliche Verwaltungsausgaben für Informationsveranstaltungen und -schriften**	**3,0** 0,0	**3,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt für Informationsveranstaltungen und -schriften im Bereich Umweltmedizin und umweltbezogenem Gesundheitsschutz einschließlich Trink- und Badewasser.

547 69 (TG 69)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**2,0** 0,2	**2,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Pflege, Sammlung und Auswertung von Daten zu Umweltmedizin und umweltbezogenem Gesundheitsschutz einschließlich Trink- und Badewasser.

633 69 (TG 69)	314	**Erstattung der Personal- und Sachkosten der Kreise und kreisfreien Städte**	**1.124,0** 836,1	**1.124,0**

Erläuterungen:

1. Erstattung der Kosten für die Erstellung, Überprüfung und Aktualisierung von Badegewässerprofilen nach der EG-Badegewässerrichtlinie 2006/7/EG.

2. Erstattung der Kosten für die rechtmäßige Umsetzung der Trinkwasserverordnung. Die Novellierung der VO ist zum 1. November 2011 in Kraft getreten und sieht als Neuregelung eine Untersuchungs- und Anzeigepflicht der Betreiber von Wasserversorgungsanlagen, die erwärmtes Wasser im Rahmen einer gewerblichen oder öffentlichen Tätigkeit abgeben, auf den Parameter Legionellen vor.

		Summe der Titelgruppe 69	**1.199,0** 885,5	**1.289,0**

70 Klinisches Krebsregister

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 235 01 und 282 02 überschritten werden.
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

In Schleswig-Holstein gibt es seit 1998 auf der Basis eines Landeskrebsregistergesetzes ein flächendeckendes epidemiologisches Krebsregister. Es gliedert sich in die Vertrauensstelle bei der Ärztekammer Schleswig-Holstein, die Registerstelle beim Institut für Krebsepidemiologie e.V. bei der Universität Lübeck und die Koordinierungsstelle im Geschäftsbereich des MSGJFS. Das epidemiologische Krebsregister soll nun zu einem integrierten klinisch-epidemiologischen Krebsregister ausgebaut werden. Die Aufgaben der klinischen Krebsregistrierung nach dem Krebsfrüherkennungs- und Registergesetz (KFRG) sind den beiden an der epidemiologischen Krebsregistrierung beteiligten Stellen durch das Gesetz über das Krebsregister des Landes Schleswig-Holstein (Krebsregistergesetz - KRG SH) vom 04. November 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 372) übertragen worden. Vorhandene Strukturen können somit genutzt werden und nach Ausbau zu einem zügigen Start der klinischen Krebsregistrierung beitragen. Das integrierte Krebsregister SH wird verschiedene Möglichkeiten für die Nutzung der dort gespeicherten Daten bieten und so zur Qualitätssicherung und -optimierung der onkologischen Behandlung beitragen.

422 70 (TG 70)	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**24,0** 0,0	**24,0**
428 70 (TG 70)	011	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**81,7** 51,7	**81,7**
547 70 (TG 70)	314	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**3,0** 0,0	**3,0**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
671 70 (TG 70)	314	**Verwaltungsausgaben der Vertrauensstelle des klinischen Krebsregisters** **Erläuterungen:** Mehr wegen gestiegener Personal- und Sachkosten.	**1.797,0** 1.123,0	**1.841,2**
686 70 (TG 70)	314	**An die Auswertungsstelle des klinischen Krebsregisters** **Erläuterungen:** Mehr wegen gestiegener Personal- und Sachkosten.	**885,9** 236,8	**907,7**
892 70 (TG 70)	314	**Für Investitionen der Auswertungsstelle des klinischen Krebsregisters**	**10,0** 0,0	**10,0**
893 70 (TG 70)	314	**Für Investitionen der Vertrauensstelle des klinischen Krebsregisters**	**10,0** 0,0	**10,0**
		Summe der Titelgruppe 70	**2.811,6** 1.411,5	**2.877,6**
		Summe der Ausgaben	**168.643,6** 155.850,8	**164.463,2**

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Abschluss		
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	**795,0** 3.889,8	**804,0**
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**22.563,4** 21.036,5	**22.628,0**
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	**23.725,4** 21.658,4	**24.687,4**
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	**300,0** 300,0	**300,0**
		Gesamteinnahmen	**47.383,8** 46.884,7	**48.419,4**
41 - 49		Personalausgaben	**2.933,3** 3.166,7	**2.897,7**
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	**750,3** 573,5	**2.118,3**
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**99.210,9** 102.159,3	**101.794,2**
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	**65.660,9** 49.876,6	**57.564,8**
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	**88,2** 74,7	**88,2**
		Gesamtausgaben	**168.643,6** 155.850,8	**164.463,2**
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	**-121.259,8** -108.966,1	**-116.043,8**

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Das Kapitel 10 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

01 Erstattungen zu den Leistungen für Opfer von Gewalttaten

Ausgaben

03 Leistungen nach Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG)

04 Entschädigungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)

05 Entschädigungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)

06 Durchführung der Wiedergutmachung

07 Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz

Die Einnahmen bei Tit. 359 01 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei allen Titeln der Hauptgruppen 4 bis 8 verwendet werden.

Einnahmen

119 99	219	**Vermischte Einnahmen**	**4,0** 2,2	**4,0**
182 01	241	**Darlehensrückflüsse**	**20,0** 28,0	**20,0**

Erläuterungen:

Tilgungseinnahmen für Darlehen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge, für Hilfen nach dem Infektionsschutzgesetz und für Hilfen nach dem Opferentschädigungsgesetz.
Vgl. Tit. 631 04 und 863 03.

231 02	244	**Erstattungen des Bundes im Rahmen der Verteilung der Entschädigungslast**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Erstattungen des Bundes im Rahmen der Lastenverteilung nach § 172 Bundesentschädigungsgesetz.
Vgl. Tit. 1003 - 631 06 MG 07.

231 03	244	**Erstattungen des Bundes**	**1.419,3** 2.062,6	**1.409,5**

Erläuterungen:

1. Für Leistungen der Kriegsopferfürsorge:

1.1 Gemäß dem Ersten Überleitungsgesetz, zuletzt geändert am 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2317), erstattet der Bund die Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge nach den §§ 25 bis 27 i des Bundesversorgungsgesetzes zu 80 v.H., für Empfänger von Leistungen der Kriegsopferfürsorge außerhalb des Geltungsbereiches des Überleitungsgesetzes zu 100 v.H. Für Berechtigte nach dem Zivildienstgesetz i.d.F. vom 17. Mai 2005 (BGBl. I S. 1346) trägt der Bund die Aufwendungen zu 100 v.H. (§§ 80, 88 SVG, § 51 ZDG).

		2018 **EUR**
1.2	Veranschlagt ist der Bundesanteil an den Ausgaben bei	
1.2.1	Tit. 1003 - 681 10 = 0 €	
1.2.2	Tit. 1003 - 863 03 = 20.000 €	20.000
1.2.3	abzüglich Ausland	0
1.2.4	abzüglich IfSG	-5.000
1.2.5	abzüglich OEG	-5.000
	Summe	**10.000**

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 231 03

Vom Bund zu erstatten:

		2018 EUR
1.3	Kriegsopferfürsorge 80 v.H. von 10.000 € =	8.000
1.4	OEG 22 v.H. von 5.000 € =	1.100
	Summe	**9.100**

Vgl. Tit. 633 04, 681 10, 863 03.

2. Nach § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes trägt der Bund 65 v. H. der Ausgaben, die den Ländern nach diesem Gesetz entstehen = 1.374.750 €.
Vgl. Maßnahmegruppe 04.

3. Nach § 17 des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes trägt der Bund 57 v.H. der Ausgaben, die den Ländern nach diesem Gesetz entstehen = 25.650 €.
Vgl. Maßnahmegruppe 05.

232 01	314	**Zuweisungen der Freien und Hansestadt Hamburg**	**76,7** 69,6	**76,7**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen der Freien und Hansestadt Hamburg im Rahmen des Verwaltungsabkommens zur Durchführung eines Erinnerungs- und Meldewesens für die Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U 6 und U 7.

281 02	244	**Einnahmen aus bundesrechtlichen Entschädigungsverfahren**	**5,0** 0,0	**5,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus zu Unrecht gezahlten Entschädigungsleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz.

359 01	851	**Entnahme aus der Rücklage Kap. 1003**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 919 01.

01 Erstattungen zu den Leistungen für Opfer von Gewalttaten

119 04 (MG 01)	291	**Aus gesetzlichen Schadensersatzansprüchen einschließlich Zinsen**	**190,0** 243,9	**240,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen Dritter aufgrund von Schadensersatzansprüchen, die auf das Land übergegangen sind (§ 5 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten) und die auf die Erstattung Dritter entfallenden Zinsen (§ 44 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Mehr wegen Anpassung an die Ist-Entwicklung.

231 01 (MG 01)	291	**Vom Bund einschließlich Zinsen**	**1.431,1** 1.157,3	**1.564,9**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Anteile des Bundes nach § 4 Abs. 3 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten, d.h. 22 v.H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach dem OEG entstehen (siehe Tit. 681 12), und die auf die Anteile des Bundes entfallenden Zinsen (§ 44 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

	Summe der Maßnahmegruppe 01	**1.621,1** 1.401,2	**1.804,9**
	Summe der Einnahmen	**3.146,1** 3.563,6	**3.320,1**

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Ausgaben

422 01 219 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**
5.113,8 6.070,7 **4.812,4**

427 01 219 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte**
10,3 0,0 **10,3**

428 01 219 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**
8.583,5 9.159,7 **8.738,1**

453 01 219 **Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**
20,5 2,8 **20,5**

Gegenseitig deckungsfähig mit dem Titel 1001 - 453 02.

511 01 219 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände**
951,9 891,4 **1.219,8**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Büromaterial	200.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	69.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	322.900
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	502.400
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	41.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	37.000
7.	Unterhaltung von Geräten	17.500
8.	Sonstiges	30.000
	Summe	**1.219.800**

Mehr wegen Nr. 3 (Druckkosten für die neuen Plastik-Schwerbehindertenausweise).

514 01 219 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.**
20,0 15,4 **20,0**

Erläuterungen:

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2018	Tatsächlicher Bestand am 1.2.2017
Personenkraftwagen	2	2
Anhänger	1	1
Zusammen	**3**	**3**

517 01 219 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume**
42,0 25,8 **42,0**

Erläuterungen:

In Betracht kommen:
4 Gebäude mit insgesamt 14.955 qm Nutz- und Nebenraumfläche *) sowie der Bereich UGS im Klinikum CAU, Brunswiker Str. 4.
*) ohne Boden- und Kellerraumfläche.

Veranschlagt für:

		2018 EUR
1.	Labor (UGS)	23.000
2.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	11.000
3.	Sonstiges	8.000
	Summe	**42.000**

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

518 02 219 **Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge** **112,0** **112,0**
121,1

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für insgesamt 36 Kopiergeräte, 5 Frankiermaschinen, 1 Kuvertiermaschine und 1 Risograph-Hochgeschwindigkeitsdrucker.

525 01 219 **Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten** **135,0** **135,0**
108,0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Ausbildung und Umschulung, Qualifizierungsfortbildung für Beschäftigte, Prüfungsvergütungen	12.000
2.	Fortbildung	123.000
	Summe	**135.000**

526 01 219 **Gerichts- und ähnliche Kosten** **180,0** **200,0**
200,1

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die in den Gerichtsverfahren anfallenden Gerichtskosten und außergerichtlichen Kosten, hauptsächlich für Rechtsanwälte/innen, Rentenberater/innen und sonstige Prozessbevollmächtigte sowie für die Kostenerstattung in Rechtsbehelfsverfahren. Insbesondere entstehen Kosten für Sozialgerichtsverfahren.

Mehr wegen Anstieg der Zahl der Klageverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht.

526 03 219 **Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse** **3,6** **2,0**
1,6

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Beirat der Hauptfürsorgestelle gem. Durchführungsgesetz zur Kriegsopferfürsorge	100
2.	Beirat bei der Entschädigungsbehörde aufgrund des Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein für Opfer nationalsozialistischer Gewalt- und Unrechtsmaßnahmen	100
3.	Beratender Ausschuss für behinderte Menschen und Widerspruchsausschuss beim Integrationsamt gemäß §§ 103 und 119 SGB IX	1.800
	Summe	**2.000**

526 05 219 **Ärztliche Untersuchungen** **2,9** **2,9**
3,2

Erläuterungen:

Veranschlagt z.B. für amtsärztliche und augenärztliche Gutachten.

526 99 219 **Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** **3,5** **3,5**
0,0

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Gutachten in Verfahren nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und dem Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein	2.000
2.	Gutachten in Kündigungsschutzangelegenheiten gem. SGB IX	1.500
	Summe	**3.500**

527 01 219 **Dienstreisen** **56,7** **56,7**
44,8

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2018 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	51.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	0
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	5.700
	Summe	**56.700**

533 02 241 **Beweiserhebung** **3.439,0** **3.434,0**
3.319,7

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2018 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Gutachten mit Untersuchungen, Fallgutachten nach Aktenlage und Befundberichte von Hausärzten im Zusammenhang mit Anerkennungsverfahren nach dem Sozialen Entschädigungsrecht und dem SGB IX.

		2018 EUR
1.	Einzelgutachten (Gutachten mit Untersuchungen)	390.000
2.	Fallgutachten nach Aktenlage	1.315.000
3.	Befundberichte	1.718.000
4.	Sonstiges	1.000
5.	Flüchtlingsbedingte Aufwendungen (25 Verfahren x 400 €)	10.000
	Summe	**3.434.000**

Die Kosten entstehen nach § 21 Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch und nach § 12 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung, zuletzt geändert am 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469). Die Entschädigung richtet sich nach dem Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz - JVEG - 2004 (BGBl. I S. 718 ff.), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586).

533 99 219 **Leistungsentgelte an die GMSH** **0,0** **0,0**
0,0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

534 01 241 **Reisekosten der zur ärztlichen Untersuchung vorgeladenen Versorgungsberechtigten und schwerbehinderten Menschen** **31,0** **31,0**
23,9

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2018 findet für flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen der im Rahmen der Beweiserhebung (vgl. Tit. 533 02) anfallenden Reisekosten und Verdienstausfälle nach § 65 a Erstes Buch Sozialgesetzbuch.

Im Ansatz enthalten sind flüchtlingsbedingte Kosten in Höhe von 3.000 € (120 Verfahren x 25 €).

534 02 314 **Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Ausführung des Prostituiertenschutzgesetzes** **56,5** **54,5**
0,0

Erläuterungen:

Zu den sächlichen Verwaltungsausgaben, die bei der Umsetzung des Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) anfallen, zählen u.a.
•die Kosten für SprachmittlerInnen , die gemäß ProstSchG bei den Informations- und Beratungsgesprächen anfallen
•die Kosten für Druck, Ausgestaltung, Übersetzung der notwendigen und gesetzlich vorgesehenen Informationsmaterialien
•die Kosten für Sicherheitsleistungen im Rahmen des Publikumsverkehrs.

546 99 219 **Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge** **6,0** **6,0**
12,9

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

631 04	241	**An den Bund für Erstattungen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge**	**14,6** 14,2	**14,6**

Der Ansatz darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 162 01 und 182 01 überschritten werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil des Bundes an den Einnahmen bei Tit. 162 01 und 182 01.
Berechnung:

		2018 **EUR**
1.	Tit. 162 01	0
2.	Tit. 182 01	20.000
3.1	abzüglich IfSG	-1.000
3.2	abzüglich OEG	-1.000
	Summe	**18.000**

Von der Summe werden veranschlagt:

		2018 **EUR**
1.	80 % von 18.000 € =	14.400
2.	22 % von 1.000 € für Berechtigte nach dem OEG =	220
	Summe	**14.620**

Die Abrechnung mit dem Bund erfolgt zum Jahresende. Die Mittel fließen daher erst im November / Dezember ab.

631 05	244	**Erstattungen an den Bund für Leistungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz**	**23,0** 21,9	**23,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil Schleswig-Holsteins an den Entschädigungsleistungen bei Hepatitis-C-Infizierten durch die Anti-D-Immunprophylaxe in der ehemaligen DDR.

632 01	241	**Erstattung von Verwaltungskosten**	**22,0** 15,5	**22,0**

Erläuterungen:

1. Das Niedersächsische Landesamt für Zentrale Soziale Dienste hat u.a. für Schleswig-Holstein die Betreuung der KOV-Programmentwicklung, Erstellung der Programmvorgaben, das Austesten der Programme, das Fehlermanagement und die Fehlerbehebung, die Anwenderbetreuung hinsichtlich Programmfragen und die organisatorische Betreuung der Produktionsausgaben durch Vertrag übernommen.

2. Das Landesversorgungsamt Hessen ist von den Landesversorgungsämtern der übrigen Bundesländer mit der Entrichtung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung für Versorgungskrankengeldbezieher/innen nach § 22 Bundesversorgungsgesetz beauftragt worden. Die dadurch entstehenden Verwaltungskosten (0,60 € pro Beitragsfall) sind dem Landesversorgungsamt Hessen nach § 91 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch zu erstatten.

633 04	241	**Landesanteil an den Ausgaben in der Kriegsopferfürsorge**	**1.060,0** 956,3	**900,0**

Erläuterungen:

Allgemeine Erläuterungen sind zu Tit. 231 03 abgedruckt. Veranschlagt sind die nicht vom Bund erstatteten Aufwendungen der Kriegsopferfürsorge, soweit die Aufgaben dem Land obliegen und die Kreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger mit den Aufwendungen in Vorlage treten.

Aufwand (geschätzt): 4.500 T€,
davon Bundesanteil 80 v.H.: 3.600 T€,
Landesanteil 20 v.H.: 900 T€.

Der Bundesanteil wird von der Landesabrechnungsstelle direkt aus dem Bundeshaushalt abgebucht.
Die Aufwendungen der Hauptfürsorgestelle (Landes- und Bundesanteile) als überörtlicher Träger sind bei Tit. 681 10 und 863 03 veranschlagt.

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

633 07 291 **Leistungen an Impfgeschädigte nach dem Infektionsschutzgesetz** **540,0** **565,0**
567,2

Erläuterungen:

a) An Impfgeschädigte nach dem Infektionsschutzgesetz zu gewährende Leistungen, die denen der Kriegsopferfürsorge gemäß §§ 25 bis 27 i Bundesversorgungsgesetz entsprechen, sind nach § 66 Abs. 2 Infektionsschutzgesetz in voller Höhe von dem Land zu erstatten, in dem der Impfschaden verursacht worden ist.
Es werden folgende Hilfen gewährt: Hilfen in besonderen Lebenslagen (vor allem Hilfe zur Pflege), berufsfördernde Leistungen, Erholungshilfe, Erziehungsbeihilfe, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Aufgaben werden von den Kreisen und kreisfreien Städten sowie der Hauptfürsorgestelle wahrgenommen.
Veranschlagt sind die den Kreisen und kreisfreien Städten als örtlichen Trägern zu erstattenden Aufwendungen, mit denen diese in Vorlage treten.
Die Mittel fließen im November/Dezember ab.
Die Aufwendungen der Hauptfürsorgestelle als überörtlicher Träger sind bei Tit. 863 03 veranschlagt.
b) Versorgungsleistungen auf Grund von Impfschädigungen gem. § 60 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz sind bei Tit. 681 01 veranschlagt.

Mehr wegen Anpassung an die Ist-Entwicklung.

633 08 241 **Entschädigung für Opfer von Gewalttaten - Landesanteil -** **1.000,0** **1.100,0**
1.567,5

Erläuterungen:

a) Veranschlagt ist der Landesanteil an den Aufwendungen für Opfer von Gewalttaten, die den Hilfen der Kriegsopferfürsorge gem. §§ 25 - 27 i Bundesversorgungsgesetz entsprechen:

Aufwand (geschätzt): 1.410,3 T€,
davon Bundesanteil 22 v.H.: 310,3 T€,
Landesanteil 78 v.H.: 1.100,0 T€.

b) Versorgungsleistungen gemäß §§ 1 und 4 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten sind bei Tit. 681 12 veranschlagt.

Mehr wegen Zunahme der Anerkennungsverfahren nach dem OEG.

636 01 241 **Verwaltungskostenerstattung nach § 20 Bundesversorgungsgesetz und § 11 Bundesvertriebenengesetz** **100,0** **90,0**
64,4

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die den Krankenkassen nach § 20 des Bundesversorgungsgesetzes und Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 17 Abs. 1 Satz 1 des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426) und § 11 Bundesvertriebenengesetzes zu erstattenden Verwaltungskosten.

Weniger wegen Anpassung an die Ist-Entwicklung.

671 03 241 **Verwaltungskostenerstattung an den Rehabilitations- und Behinderten-Sportverband Schleswig-Holstein e. V.** **8,0** **0,7**
0,8

Erläuterungen:

Gemäß § 11 a des Bundesversorgungsgesetzes werden im Land Schleswig-Holstein Versehrtenleibesübungen vom Rehabilitations- und Behinderten-Sportverband Schleswig-Holstein e.V. im Landessportbund durchgeführt. Die hierbei entstehenden Verwaltungskosten sind dem Verein gemäß § 11 a Abs. 4 in angemessenem Umfang zu ersetzen. Der Bund leistet ebenfalls Zuschüsse.

Weniger wegen des altersbedingten Rückgangs des teilnahmeberechtigten Personenkreises.

681 01 291 **Impfschäden** **3.685,0** **3.458,5**
3.440,8

Erläuterungen:

a) Gemäß § 60 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Art. 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868), wird Versorgung unter entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes gewährt.

Veranschlagt für:

		2018 EUR
1.	Rentenleistungen	2.066.000
2.	Heilbehandlung	100.000
3.	Pauschale § 20 BVG	190.000
4.	Sachleistungen	1.100.000
5.	Beweiserhebung / Zinsen	2.500
	Summe	**3.458.500**

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 681 01

b) Die Aufwendungen für Impfgeschädigte, die den Hilfen der Kriegsopferfürsorge gemäß §§ 25 - 27 i Bundesversorgungsgesetz entsprechen, sind bei Tit. 633 07 veranschlagt.

681 06 314 **Entschädigungen bei Berufsausübungsverboten und Absonderungen sowie Entseuchungsmaßnahmen** — **15,0** / 11,3 — **15,0**

Erläuterungen:

Entschädigungszahlungen an Ausscheider, Ausscheidungsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Abgesonderte gem. § 58 Infektionsschutzgesetz sowie Entschädigungen gem. § 65 Infektionsschutzgesetz im Rahmen von Entseuchungsmaßnahmen vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Art. 2 a des Gesetzes vom 17. Juli 2009 (BGBl. I S. 2091).

681 07 244 **Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein für vergessene NS-Opfer und Sonderfürsorge für Verfolgte des Naziregimes** — **33,0** / 27,7 — **28,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Leistungen aus dem Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein an vergessene Opfer nationalsozialistischer Gewalt- und Unrechtsmaßnahmen nach den Anerkennungs- und Bewilligungsrichtlinien für Entschädigungsleistungen aus dem "Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein" für Opfer nationalsozialistischer Gewalt- und Unrechtsmaßnahmen vom 10. April 1989 (Amtsbl. Schl.-H., S. 160), zuletzt geändert am 24. März 2014 (Amtsbl. Schl.-H., S. 246).

Weniger wegen Rückgang der Fallzahlen.

681 10 241 **Kriegsopferfürsorge an Berechtigte im Ausland** — **0,0** / 0,0 — **0,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 863 03.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

681 12 291 **Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG)** — **6.505,0** / 6.051,2 — **7.113,0**

Erläuterungen:

a) Veranschlagt sind Entschädigungsleistungen gemäß § 4 OEG:

		2018 EUR
1.	Rentenleistungen	4.453.000
2.	Sachleistungen	460.000
3.	Heilbehandlung	2.030.000
4.	Beweiserhebungskosten / Zinsen	170.000
	Summe	**7.113.000**

Vgl. Tit. 231 01 MG 01.

b) Die Aufwendungen für Opfer von Gewalttaten, die den Hilfen der Kriegsopferfürsorge gemäß §§ 25 - 27 i Bundesversorgungsgesetz entsprechen, sind bei Tit. 633 08 veranschlagt.

Mehr wegen einer Versorgungsrentenerhöhung von 3 % und wegen gestiegenen Heilbehandlungskosten.

685 04 244 **Zuschüsse an Verfolgtenorganisationen im Inland** — **1,9** / 1,8 — **1,9**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Veranschlagt sind Zuschüsse zur Unterstützung der Betreuungs- und Beratungstätigkeiten der Verfolgtenorganisationen in Schleswig-Holstein.

Ziel:
Aufrechterhaltung der Beratungs- und Betreuungsangebote für Verfolgte des Nationalsozialismus.

Kennzahlen:
2 Verfolgtenverbände

811 01 219 **Erwerb von Dienstfahrzeugen** — **0,0** / 0,0 — **0,0**

863 03 241 **Darlehen im Rahmen der Kriegsopferfürsorge und aus dem Bereich der Nebengesetze** — **20,0** / 6,9 — **20,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 681 10.

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 863 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Aufwendungen der Hauptfürsorgestelle im Rahmen der Kriegsopferfürsorge für:

		2018 EUR
1.	Berechtigte nach dem BVG	10.000
2.	Berechtigte nach dem IfSG	5.000
3.	Berechtigte nach dem OEG	5.000
	Summe	**20.000**

Vgl. Tit. 182 01 und 231 03.

919 01	851	**Zuführung an die Rücklage Kap. 1003**	**0,0** 0,0	**0,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 des Kapitels 1003 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 359 01.

03 Leistungen nach Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG)

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Landesanteil (40 v.H.) an den Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz - BerRehaG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 01. Juli 1997 (BGBl. I S. 1625), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2010), die ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein haben.

633 01 (MG 03)	244	**Landesanteil an den Ausgleichsleistungen nach § 7 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes**	**16,4** 13,5	**16,4**
633 05 (MG 03)	244	**Landesanteil am Unterhaltsgeld nach § 6 und § 7 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 03	**16,4** 13,5	**16,4**

04 Entschädigungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die nach §§ 17, 17a und 21 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) i.d.F. vom 17. Dezember 1999, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21. August 2007 (BGBl. I S. 2118) für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vorgesehenen Kapitalentschädigungen und laufenden Versorgungsleistungen.
Der Bund trägt 65 v.H. der von den Ländern aufgewendeten Leistungen (vgl. Tit. 231 03).
Durch Artikel 1 des Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR ist u.a. der § 17 dahingehend geändert worden, dass die Kapitalentschädigung auf 300 € pro Haftmonat angehoben wurde. Für Zeiträume, die bereits entschädigt wurden, kann auf Antrag eine Nachzahlung gewährt werden.
Durch Gesetzesänderung vom 02. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1744) ist die Frist zur Antragstellung vom 31. Dezember 2011 auf den 31. Dezember 2019 verlängert worden.
Gem. § 17a StrRehaG erhalten Haftopfer eine besondere monatliche Zuwendung in Höhe von höchstens 300,- Euro.

681 03 (MG 04)	244	**Kapitalentschädigungen**	**20,0** 10,8	**15,0**

Erläuterungen:

Weniger wegen Anpassung an die Ist-Entwicklung.

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
681 04 (MG 04)	244	**Versorgung**	**2.110,0** 1.968,6	**2.110,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 04	**2.130,0** 1.979,4	**2.125,0**

05 Entschädigungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die nach § 3 des VwRehaG i.d.F.d.B. vom 22. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2834), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1580), vorgesehenen Versorgungs- und Sachleistungen in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes.

636 02 (MG 05)	244	**Sachleistungen**	**2,0** 6,6	**2,0**
681 05 (MG 05)	244	**Versorgung (Geldleistungen)**	**43,0** 22,0	**43,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 05	**45,0** 28,6	**45,0**

06 Durchführung der Wiedergutmachung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

526 07 (MG 06)	244	**Verfahrenskosten**	**2,0** 0,0	**2,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zeugengebühren (Verdienstausfall, Fahrkosten), Kosten für Übersetzungen u. ä.
Die Verfahrenskosten entstehen bei der Durchführung der Wiedergutmachung nach dem BEG.

632 02 (MG 06)	244	**Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Nordrhein-Westfalen -Bundeszentralkartei-**	**2,0** 2,0	**5,0**

Erläuterungen:

Wegen der Digitalisierung der Bundeszentralkartei entstehen in 2018 einmalige Mehrkosten für Schleswig-Holstein in Höhe von 3.000 Euro.

671 04 (MG 06)	244	**Verwaltungskostenerstattung**	**1,0** 0,0	**1,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 06	**5,0** 2,0	**8,0**

07 Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Leistungen an Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene nach den Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG).

631 06 (MG 07)	244	**Erstattungen an den Bund**	**4.700,0** 3.668,4	**4.100,0**

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 631 06

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil des Landes an der Entschädigungslast von Bund und Ländern im Rahmen der Verteilungsvorschrift des § 172 BEG.

Weniger wegen des Rückgangs der Zahl der Leistungsempfänger.

681 08 (MG 07)	244	**Einmalige Leistungen**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für einmalige Härteausgleichsleistungen nach dem BEG.

681 09 (MG 07)	244	**Heilverfahren, Krankenversorgung, Pflegeversicherung**	**20,0** 11,5	**20,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt für Heilverfahren, Krankenversorgung für nicht verfolgungsbedingte Leiden sowie Pflegeversicherung für Krankenversorgungsberechtigte.

681 11 (MG 07)	244	**Renten und laufende Beihilfen**	**600,0** 540,1	**540,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Hinterbliebenenrenten, Beschädigtenrenten, Berufsschadensrenten, Versorgungsschadensrenten, Beihilfen gem. § 171 (3) BEG sowie laufende Härteausgleichsbeihilfen.

Weniger wegen Anpassung an die Ist-Entwicklung.

		Summe der Maßnahmegruppe 07	**5.320,0** 4.220,0	**4.660,0**
		Summe der Ausgaben	**39.312,1** 38.992,1	**39.106,8**

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Abschluss		
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	**214,0** 274,1	**264,0**
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**2.932,1** 3.289,5	**3.056,1**
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	**0,0** 0,0	**0,0**
		Gesamteinnahmen	**3.146,1** 3.563,6	**3.320,1**
41 - 49		Personalausgaben	**13.728,1** 15.233,2	**13.581,3**
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	**5.042,1** 4.767,9	**5.321,4**
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**20.521,9** 18.984,1	**20.184,1**
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	**20,0** 6,9	**20,0**
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	**0,0** 0,0	**0,0**
		Gesamtausgaben	**39.312,1** 38.992,1	**39.106,8**
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	**-36.166,0** -35.428,5	**-35.786,7**

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Das Kapitel 10 04 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

01 Erstattungen von Zuschüssen für Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur

Ausgaben

01 Förderung von Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur

02 Angebote zur Unterstützung im Alltag

09 Einrichtungen für die gesundheitliche Prävention - Schwerpunkt: Ernährung, Bewegung, betriebliche Gesundheitsförderung

Die Einnahmen bei Tit. 359 01 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei allen Titeln der Hauptgruppen 5 bis 8 verwendet werden.

Einnahmen

111 02 313 **Gebühren für den Arbeitsschutz** — **230,0** / 209,9 — **230,0**

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Gebühren im Bereich des medizinischen Arbeitsschutzes nach der Berufskrankheitenverordnung	2.000
2.	Gebühren und tarifliche Entgelte für Dienstleistungen im Bereich des technischen und sozialen Arbeitsschutzes und für Ausnahmegenehmigungen nach dem Arbeitszeitgesetz	228.000
	Summe	**230.000**

112 01 313 **Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten** — **1.420,0** / 1.245,2 — **1.420,0**

Erläuterungen:

Geldbußen bei Verstößen gegen soziale Arbeitsvorschriften, überwiegend aus dem Fahrpersonalrecht und Geldbußen gem. § 121 SGB XI wegen Nichtabschluss einer privaten Pflegeversicherung.

119 02 236 **Erstattungen aus Zuwendungen für Angebote zur Unterstützung im Alltag** — **0,0** / 0,7 — **0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.
Einnahmen sind für Ausgaben in der Maßnahmegruppe 02 zu verwenden.

119 99 219 **Vermischte Einnahmen** — **1,0** / 0,2 — **1,0**

182 03 235 **Darlehensrückflüsse** — **6,1** / 11,2 — **0,0**

Weggefallen.

Erläuterungen:

Die Darlehen zur Errichtung von Alten- und Pflegeheimen sind getilgt.

231 02 314 **Zuweisungen des Bundes für das Projekt "Vernetzungsstelle Schulverpflegung"** — **0,0** / 17,0 — **0,0**

Weggefallen.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 686 07 (MG 09).

232 02 224 **Erstattung der Freien und Hansestadt Hamburg für den PDK-Nord** — **152,3** / 0,0 — **101,5**

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 232 02

Erläuterungen:

Die Prüfungen gem. § 274 SGB V und § 46 Abs. 6 SGB XI werden seit 2017 vom PDK-Nord durchgeführt. Der PDK-Nord ist eingerichtet von den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern bei der Freien und Hansestadt Hamburg. Hierzu erfolgt übergangsweise eine Personalgestellung durch das Land Schleswig-Holstein. Von der Freien und Hansestadt Hamburg werden die Personalkosten für 2 Prüferinnen / Prüfer für die Zeit bis zum 31.08.2018 erstattet.
Vgl. Titel 632 02.

236 01	224	**Erstattung der Kosten des Prüfdienstes für Prüfungen nach § 274 SGB V**	**0,0** 80,6	**0,0**

Weggefallen.

Erläuterungen:

Siehe Tit. 232 02.

359 01	851	**Entnahme aus der Rücklage Kap. 1004**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 919 01.

01 Erstattungen von Zuschüssen für Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur

Erläuterungen:

Im Zuge der Abrechnung der Investitionsaufwendungen und sonstigen Zuwendungen nach den landesrechtlichen Regelungen zur Durchführung des Pflege-Versicherungsgesetzes kann es zu Erstattungen der Kreise und kreisfreien Städte und von sonstigen Zuschussempfängern (z.B. Verbände der Träger von Pflegeeinrichtungen) kommen.
Vgl. Maßnahmegruppe 01 (Ausgaben).

233 01 (MG 01)	235	**Von Kreisen und Gemeinden**	**0,0** 402,1	**0,0**
281 01 (MG 01)	235	**Von Sonstigen**	**0,0** 13,0	**0,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 01	**0,0** 415,1	**0,0**
		Summe der Einnahmen	**1.809,4** 1.979,9	**1.752,5**

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **1.104,1** / 1.278,9 — **1.210,3**

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **698,4** / 928,4 — **686,5**

526 01 227 **Gerichts- und ähnliche Kosten** — **0,0** / 0,0 — **0,0**

Übertragen nach 10 01 - 526 01

526 03 313 **Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse** — **1,3** / 0,3 — **1,3**

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Ausschuss gem. § 4 des Heimarbeitsgesetzes	500
2.	Landesausschuss gem. § 55 Jugendarbeitsschutzgesetz	300
3.	Landespflegeausschuss gem. § 92 SGB XI	500
	Summe	**1.300**

526 04 011 **Zukunftslabor zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme** — **0,0** / 0,0 — **250,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	500
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	250
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	250
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Es ist die Einrichtung eines Zukunftslabors vorgesehen, in dessen Rahmen die Umsetzbarkeit neuer Absicherungsmodelle, z.B. ein Bürgergeld, ein Grundeinkommen oder die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, diskutiert und bewertet werden sollen.

526 06 011 **Landeswahlbeauftragte/-beauftragter für die Durchführung der Wahlen zu den Organen der Sozialversicherung** — **7,0** / 0,2 — **2,0**

Erläuterungen:

Die allgemeinen Wahlen in der Sozialversicherung finden alle 6 Jahre statt.
Die Mittel dienen der Nachbereitung der Wahlen im Jahr 2017.

531 04 313 **Jahresbericht der Arbeitsschutzbehörde sowie Beratung und Aufklärung im Arbeits- und Gesundheitsschutz** — **10,0** / 4,8 — **10,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2018 EUR
1.	Jahresbericht der Arbeitsschutzbehörde S.-H.	2.000
2.	Aufklärung und Beratung im Arbeits- und Gesundheitsschutz	8.000
	Summe	**10.000**

533 05 314 **Analysenverfahren** — **6,0** / 0,0 — **6,0**

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 533 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Untersuchungen, Messungen und das Einholen von Gutachten zur Beurteilung von Gesundheitsgefährdungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von Unfallsituationen sowie Kosten zur Prävention / Aufklärung von Gesundheitsgefährdungen.

546 01 313 **Gesundheitsziel "Förderung der betrieblichen Gesundheitsvorsorge" / Initiative GESA ("Gesundheit am Arbeitsplatz")** — **10,0** / 0,0 — **10,0**

Erläuterungen:

GESA (Gesundheit am Arbeitsplatz) ist ein seit 2002 bestehendes Netzwerk zur Förderung der betrieblichen Gesundheitsvorsorge. Gemeinsam mit Partnern aus den Bereichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft und Praxis arbeitet GESA unter Federführung des MSGJFS daran, mehr Betriebe und Behörden im Land davon zu überzeugen, die Vorteile von mehr Gesundheit am Arbeitsplatz zu nutzen.
Die bewährten Strukturen des GESA-Netzwerks entwickeln sich zu einer Kommunikationsebene für die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben im staatlichen Arbeitsschutz (§20a ArbSchG) und der Betrieblichen Gesundheitsförderung (PrävG). Die Umsetzung der sog. "Begleitprozesse" der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) wird in Schleswig-Holstein nur mithilfe dieser bewährten Strukturen gelingen. Die Unternehmen in Schleswig-Holstein werden weiterhin durch das GESA-Netzwerk bei der Umsetzung der betrieblichen Gesundheitsförderung unterstützt.
Der Finanzbedarf bezieht sich auf sämtliche Kosten, die aufgrund der vernetzten Zusammenarbeit mit externen Institutionen und den Kooperationspartnern im Kontext der GDA und der Nationalen Präventionsstrategie (Setting Arbeitsplatz) zugunsten von Gesundheit an Arbeitsplätzen in SH entstehen. Darüber hinaus werden ab 2017 stärker als bisher Strukturen bei Kooperationspartnern unterstützt, die der Umsetzung des Präventionsgesetzes, bezogen auf das Setting Arbeitswelt, dienen.

632 01 313 **Erstattung von Verwaltungskosten an andere Länder für gemeinsame Verwaltungseinrichtungen** — **31,7** / 20,9 — **31,7**

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2018 EUR
1.	Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)	18.200
2.	Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA)	13.500
	Summe	**31.700**

632 02 224 **Erstattung an die Freie und Hansestadt Hamburg für den PDK-Nord** — **108,7** / 0,0 — **57,3**

Erläuterungen:

Die Prüfungen gem. § 274 SGB V und § 46 Abs. 6 SGB XI werden seit 2016 vom PDK-Nord durchgeführt. Der PDK-Nord ist eingerichtet von den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern bei der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Kosten des PDK-Nord sind bis zur endgültigen Abrechnung nach 5 Jahren durch jährliche Abschlagszahlungen der beteiligten Länder an die Freie und Hansestadt Hamburg zu begleichen. Dabei sind unterjährige Einnahmen des PDK-Nord durch Prüfkostenerstattungen der geprüften Institutionen von den Abschlagszahlungen im Folgejahr abzuziehen.

Kosten PDK-Nord:

Personalkosten	260.000 €	
Sachkosten	66.000 €	
	326.000 €	davon 1/3 Anteil S.-H. = 108.666,67 € abzüglich erwarteter Erstattungen aus 2017 = 57.223,00 €.

636 02 223 **Zuschuss an die Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft (BG Verkehr) zu den Unfallversicherungsbeiträgen der Kleinbetriebe der Küstenfischerei** — **241,4** / 259,0 — **241,4**

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der gemäß § 163 SGB VII für die Unfallversicherung der Kleinbetriebe der Küstenfischerei an die Berufsgenossenschaft für Transport und Verkehrswirtschaft (BG Verkehr) zu zahlende Zuschuss.

671 03 223 **Beitrag an die Unfallkasse Nord** — **8.332,1** / 7.657,1 — **8.332,1**

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 671 03

Erläuterungen:

Das gesetzliche Unfallversicherungsrecht (SGB VII) ist eine Säule der Sozialversicherung. Für die gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge besteht gem. § 150 Abs. 1 SGB VII alleinige Beitragspflicht für den Unternehmer/Arbeitgeber. Die Beiträge werden vom MSGJFS für alle Arbeiter und Angestellten des Landes aufgebracht.
Die Unfallkasse Nord ist durch Landesverordnung vom 12. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 619) mit Wirkung vom 1. Januar 2008 errichtet worden. Sie ist der gemeinsame Unfallversicherungsträger für die schleswig-holsteinischen Kommunen, das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg.
Die Beiträge beinhalten die gesetzlichen Unfallversicherungsleistungen des Landes, insbesondere für betroffene Mitarbeiter/innen des Landes, Schüler/innen, Studierende und Kinder in Kindergärten gemäß §§ 1 und 2 SGB VII.
Veranschlagt sind:
- Aufwendungen zur Durchführung der Aufgaben der Unfallverhütung gemäß §§ 14 ff. SGB VII,
- persönliche und sächliche Verwaltungskosten,
- Durchführung der unfallversicherungsrechtlichen Betreuung für die Verwaltung und Betriebe des Landes (§ 128 SGB VII),
- Unfallentschädigungsleistungen für den gesamten Landesbereich gemäß §§ 26 ff. SGB VII (Kosten der ärztlichen Behandlung, Übergangsgeld, Unfallrenten, ergänzende Leistungen der Rehabilitation usw.),
- Mitgliedsbeitrag der Unfallkasse Nord an die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV).

684 04 313 **Beiträge und Ähnliches an Vereine und Gesellschaften** **2,4** **2,4**
2,2

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Deutsches Institut für Normierung (DIN)	300
2.	Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (BASI)	1.100
3.	Aktionsbündnis zur Sicherung des arbeitsmedizinischen Nachwuchses	1.000
	Summe	**2.400**

684 05 236 **Förderung von Verbänden und Vereinen für die Ausbildung in der Altenpflege** **7.308,0** **10.800,0**
6.043,7

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	6.510
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	2.604
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	2.604
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	1.302
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt sind Zuwendungen an die Träger von Einrichtungen für die Ausbildung von Altenpflegekräften nach § 5 des Gesetzes zur Durchführung des Altenpflegegesetzes und zur Ausbildung in der Altenpflegehilfe vom 12. Juni 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 152). Die Förderung soll sicherstellen, dass genügend Altenpflegekräfte für den steigenden Bedarf bei den ambulanten sozialen Diensten und Einrichtungen für ältere Menschen ausgebildet werden.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Ausbildung in der Altenpflege und Altenpflegehilfe vom 08. Dezember 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1822).

Ziel:
Bedarfsgerechte Betreuung und Pflege von Hilfsbedürftigen in ihrer häuslichen Umgebung und anderen Pflegeeinrichtungen (z.B. Kurzzeit- und Tagespflege).

Kennzahlen:
Auszubildende in der Altenpflege: rd. 2.700,
davon werden vom Land gefördert: bis zu 2.000 Schulplätze (einschließlich bis zu 370 Schulplätze in der Altenpflegehilfeausbildung und bis zu 20 Plätze für den Dualen Pflegestudiengang an der Universität Lübeck).

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 05

			2018 EUR
1.		In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	3.657.600
2.		Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	2.436.000
		Summe	**6.093.600**

Mehr wegen Erhöhung der Anzahl der geförderten Ausbildungsplätze und Erhöhung des monatlichen Förderbetrages von 310 auf 450 Euro.

685 01	313	**Ausgleichssumme an die Unfallkasse Nord für die übertragenen Aufgaben des Arbeitsschutzes**	**6.658,9** 6.130,3	**7.573,5**

Erläuterungen:

Ausgleichszahlungen an die Unfallkasse Nord gem. Landesverordnung zur Änderung der Behördenbezeichnung der Staatlichen Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Schleswig-Holstein und zur Festlegung von Ausgleichszahlungen an die Unfallkasse vom 01. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 10) sowie Gesetz über die Errichtung einer unteren Landesbehörde bei der Unfallkasse Schleswig-Holstein zum Vollzug der Aufgaben des staatlichen Arbeitsschutzes vom 10. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 478).

Mehr wegen einer Überprüfung und grundlegenden Neuregelung der Abrechnungsmodalitäten im Hinblick auf die personelle Ausstattung unter Berücksichtigung allgemeiner Personalkostensteigerungen.

919 01	851	**Zuführung an die Rücklage Kap. 1004**	**0,0** 0,0	**0,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 des Kapitels 1004 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 359 01.

01 Förderung von Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur

Darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 233 01 MG 01 und 281 01 MG 01 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Investitionskostenförderung der Pflegeinfrastruktur in der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege sowie für die Förderung von ergänzenden Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung aufgrund des Ausführungsgesetzes zum Pflege-Versicherungsgesetz (Landespflegegesetz - LPflegeG) vom 10.2.1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 227) i.d. Fassung vom 16.03.2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 96), der Landesverordnung zur Durchführung des Landespflegegesetzes (Landespflegegesetzverordnung - LPflegeGVO) vom 19.6.1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 521) i.d. Fassung vom 16.03.2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 96) sowie der Landesverordnung zur Anerkennung und Förderung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag (Alltagsförderungsverordnung - AföVO) vom 10. Januar 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 9). Gemäß § 4 Abs. 4 LPflegeG trägt das Land im Regelfall 39 v.H. der Fördermittel. Die Kreise und kreisfreien Städte tragen 61 v.H. dieser Aufwendungen. Hiervon ausgenommen sind insbesondere Maßnahmen nach Buchstabe c und d, an denen sich das Land mit anderen Finanzierungsanteilen beteiligt oder diese gemeinsam mit den Pflegekassen finanziert.

Den veranschlagten Landesmitteln liegt folgendes Fördervolumen zugrunde:

a) Objektbezogene Investitionskostenförderung:
ambulante Pflege
Gesamtaufwendungen (Land, Kreise und kreisfreie Städte) 7.135,4 T€
davon Landesanteil (39 v.H.) 2.782,8 T€
+ Schuldendiensthilfe für Pflegebereiche der
AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein mbH und SCHLEI-Klinikum Schleswig FKSL GmbH (Kostentragung Land) 853,3 T€
= Gesamtaufwendungen Land (Summe a) 3.636,1 T€

b) Individuelle Investitionskostenförderung:
Kurzzeitpflege, Tagespflege, vollstationäre Pflege (Pflegewohngeld)
Gesamtaufwendungen (Land, Kreise und kreisfreie Städte) 46.407,2 T€
davon Landesanteil - 39 v.H.- (Summe b) = 18.098,8 T€

c) Ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung (insbesondere Errichtung und Betrieb von Pflegestützpunkten in allen Kreisen und kreisfreien Städten, Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur, zur Förderung ehrenamtlicher Strukturen insbesondere in der ambulanten Hospizversorgung und zur Qualitätsentwicklung in der Pflege)
= Gesamtaufwendungen (Land, Kreise und kreisfreie Städte) 2.750,0 T€
davon Landesanteil (Summe c) = 1.720,0 T€

d) Investitionskostenförderung zur Schaffung weiterer stationärer Hospizplätze (Kostentragung Land: 500,0 T€)

Gesamtaufwendungen Land (Summen a bis d) = 23.954,9 T€
davon entfallen auf

Tit. 533 01, 633 01, 682 02, 683 02, 684 02	1.720,0 T€
Tit. 883 01	20.881,6 T€
Tit. 893 01	500,0 T€
Tit. 661 01	853,3 T€

533 01 (MG 01)	235	**Werkverträge für die Erbringung von Dienstleistungen**	**150,0** 49,4	**150,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Vergabe von Aufträgen an Dritte, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung des Demenzplans für Schleswig-Holstein, für Maßnahmen zur Stärkung der häuslichen Pflege und zur Entbürokratisierung der Pflegedokumentation sowie für das Pflegeportal Schleswig-Holstein.

633 01 (MG 01)	235	**Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur**	**1.000,0** 764,5	**1.000,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung, insbesondere für die Errichtung und den Betrieb von Pflegestützpunkten in allen Kreisen und kreisfreien Städten, zur Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur, zur Förderung ehrenamtlicher Strukturen und zur Qualitätsentwicklung in der Pflege.

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 633 01

Ziel:
- Vermeidung oder Überwindung von Pflegebedürftigkeit, Erhalt einer selbständigen Lebensführung und Stärkung der häuslichen Pflege
- Verbesserung der Informations- und Beratungsangebote für Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf
- Entlastung pflegender Angehöriger
- Weiterentwicklung und Vernetzung bestehender Hilfe- und Versorgungsangebote
- Weiterentwicklung der Qualität der pflegerischen Versorgung
- Weiterentwicklung hospizlicher Versorgungsstrukturen

Kennzahlen:
- Einrichtung und Betrieb von bis zu 15 Pflegestützpunkten
- 4 Fachtagungen für rd. 600 Teilnehmerinnen/Teilnehmer
- 5 Modellprojekte
- Erstschulung von jährlich ca. 20 neuen sowie Fortbildung von rd. 150 aktiven Beraterinnen und Beratern zur Weiterentwicklung der Mitwirkung in Einrichtungen
- eine Landeskoordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit, rd. 55 ambulante Hospizinitiativen, 66 stationäre Hospizplätze

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie über die Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung nach § 7 des Landespflegegesetzes vom 02. August 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 732) sowie der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote, Modellvorhaben zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte und Versorgungsstrukturen, ehrenamtlicher Strukturen und der Selbsthilfe nach § 45 c und § 45 d SGB XI in Schleswig-Holstein vom 29. Februar 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 235).

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	930.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	0
	Summe	**930.000**

661 01 (MG 01) 312 **Schuldendiensthilfen an die HELIOS Fachklinik Schleswig GmbH und die AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein mbH** — **1.048,4** / 1.090,3 — **853,3**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Für die Durchführung von Baumaßnahmen konnten die Fachkliniken jährlich Kredite bis zur Höhe von 2.867 T€ aufnehmen, deren Schuldendienst vom Land getragen wird. Mit dem Verkauf der Fachkliniken und der damit einhergehenden Privatisierung werden neue Maßnahmen nicht mehr gefördert. Die Schuldendiensthilfe wird bis zum Jahr 2024 abgewickelt.

682 02 (MG 01) 235 **Zuschüsse für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur an öffentliche Einrichtungen** — **10,0** / 0,0 — **10,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Vgl. Erl. zu Tit. 633 01 MG 01.

683 02 (MG 01) 235 **Zuschüsse für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur an private Unternehmer/Unternehmensverbände** — **10,0** / 3,6 — **10,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Vgl. Erl. zu Tit. 633 01 MG 01.

684 02 (MG 01) 235 **Zuschüsse für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur an Wohlfahrtsverbände pp.** — **550,0** / 451,6 — **550,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Vgl. Erl. zu Tit. 633 01 MG 01.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 02

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	281.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	0
	Summe	**281.000**

883 01 (MG 01) 235 **Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionskostenförderung** — **21.005,5** 18.997,5 — **20.881,6**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	1.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	200
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	200
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	200
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	400

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu MG 01.
Veranschlagt für die Investitionskostenförderung in der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege mit dem Ziel der Entlastung pflegebedürftiger Menschen von Investitionskostenanteilen.
Zuständig für die Durchführung der Investitionsförderung sind die Kreise und kreisfreien Städte.

Von den veranschlagten Landesmitteln entfallen rd. 90 % auf gesetzliche Ausgaben für die individuelle Investitionskostenförderung, insbesondere Pflegewohngeld bei vollstationärer Pflege (für rd. 8.400 Pflegebedürftige), die übrigen Mittel entfallen auf pauschale Investitionskostenzuschüsse an (rd. 460) ambulante Pflegedienste im Rahmen der Vereinbarung nach § 6 Abs. 2 LPflegeG.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	200.000
	Summe	**200.000**

893 01 (MG 01) 235 **Zuschüsse für Investitionen zur Verbesserung der Hospizversorgung** — **500,0** 0,0 — **500,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	2.500
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	500
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	500
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	500
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	1.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die Schaffung weiterer stationärer Hospizplätze (Beschluss des Landtages - Drs. 18/4240).

Summe der Maßnahmegruppe 01 — **24.273,9** 21.356,9 — **23.954,9**

02 Angebote zur Unterstützung im Alltag

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 1004 - 119 02 überschritten werden.

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Erläuterungen:

Förderung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag, der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen, des Ehrenamts sowie der Selbsthilfe nach §§ 45 a, 45c, 45d SGB XI in Schleswig-Holstein. Die Landesförderung wird durch einen Zuschuss in gleicher Höhe aus Mitteln der Pflegeversicherung ergänzt.
Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von 100 von Angeboten zur Unterstützung im Alltag mit durchschnittlich jeweils 2,5 T€. Ehrenamtliche Strukturen zur Unterstützung im Alltag sowie Selbsthilfestrukturen tragen dazu bei, dass pflegende Angehörige entlastet werden und Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf länger in ihrer eigenen Häuslichkeit verbleiben können. Dies entspricht nicht nur dem Wunsch der Betroffenen und ihrer Angehörigen, sondern führt zu Einsparungen bei den Sozialleistungen.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie vom 29. Februar 2016 (Amtsbl. Schl.-H. 2016, S. 235).

682 03 (MG 02)	236	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen**	**10,0** 9,4	**10,0**
		Erläuterungen: Zuwendungstitel (Förderprogramm)		
683 03 (MG 02)	236	**Zuschüsse an private Unternehmen und Unternehmensverbände**	**120,0** 107,4	**120,0**
		Erläuterungen: Zuwendungstitel (Förderprogramm)		
684 03 (MG 02)	236	**Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände und Vereine**	**120,0** 100,1	**120,0**
		Erläuterungen: Zuwendungstitel (Förderprogramm)		
		Summe der Maßnahmegruppe 02	**250,0** 216,9	**250,0**

09 Einrichtungen für die gesundheitliche Prävention - Schwerpunkt: Ernährung, Bewegung, betriebliche Gesundheitsförderung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

537 01 (MG 09)	314	**Aufklärung, Beratung und Qualifizierung in der gesundheitlichen Prävention**	**13,0** 1,2	**13,0**

Erläuterungen:

Qualitätssicherung ist in der gesundheitlichen Prävention unerlässlich. Hierzu zählen einheitliche Beratungsstandards und Empfehlungen, Fortbildungen für Beratungskräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie wissenschaftlich fundiertes Informationsmaterial.

		2018 EUR
1.	Förderung einzelner Initiativen und Maßnahmen zur Evaluation und Qualitätssicherung im Rahmen landes- und bundesweiter Aktionen und Aktionspläne	9.000
2.	Förderung von Fachveranstaltungen	4.000
	Summe	**13.000**

686 06 (MG 09)	314	**Maßnahmen für die gesundheitliche Prävention**	**101,0** 107,0	**141,0**
		Erläuterungen: Zuwendungstitel		

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 686 06

Veranschlagt für spezielle Maßnahmen der gesundheitlichen Prävention.

Thematische Schwerpunkte der gesundheitlichen Prävention werden aufgrund der gesellschaftlichen Relevanz und den sich daraus ergebenden nationalen (z.B. Gesundheitsziele und Präventionsprogramme auf Bundesebene, Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie) sowie landespolitischen Themen (z.B. Umsetzung von Bundes- und Landesgesundheitszielen, von Bundesprogrammen, der Gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie) vorgegeben:
- Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche - Schwerpunkt Prävention von Übergewicht und Adipositas
- Verbesserung der Qualität der Schulverpflegung in Zusammenarbeit mit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung (VeSch)
- Verringerung der koronaren Herzerkrankungen, Diabetesprävention bei übergewichtigen älteren Menschen und Menschen mit Herzerkrankungen
- Gesundheitsförderung (Ernährung und Bewegung) für ältere Menschen und Senioren
- Verbesserung und/oder Sicherung der Qualität des Verpflegungsangebots in Kindertagesstätten und Tagespflegeeinrichtungen in Zusammenarbeit mit
  der Koordinierungsstelle Gemeinschaftsverpflegung.

Ziel:
Gesundheitliche Risiken durch präventive Maßnahmen frühzeitig erkennen und vermeiden.

Kennzahlen:
a) Vernetzungsstelle Schulverpflegung:
- 4 Workshops
- 3 Fortbildungen
- 15 Vorträge
- 10 Präsentationen auf Veranstaltungen

b) Koordinierungsstelle Gemeinschaftsverpflegung:
- 8 Fortbildungsveranstaltungen (180 Teilnehmer) z.B. zur Lebensmittelhygiene
- 2 Vorträge
- 8 Moderationen
- 40 Fachberatungen/Beratungsgespräche

Mehr aufgrund eines hohen Beratungsbedarfs in der Gemeinschaftsverpflegung im Bereich der Betriebe und Pflegeeinrichtungen.

686 07 (MG 09)	314	**An Träger für das Projekt "Vernetzungsstelle Schulverpflegung" aus Bundesmitteln**	**0,0** 12,0	**0,0**

Weggefallen.

Summe der Maßnahmegruppe 09	**114,0** 120,2	**154,0**
Summe der Ausgaben	**49.157,9** 44.019,8	**53.573,4**

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Abschluss		
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	**1.657,1** 1.467,2	**1.651,0**
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**152,3** 512,7	**101,5**
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	**0,0** 0,0	**0,0**
		Gesamteinnahmen	**1.809,4** 1.979,9	**1.752,5**
41 - 49		Personalausgaben	**1.802,5** 2.207,3	**1.896,8**
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	**197,3** 55,9	**442,3**
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**25.652,6** 22.759,1	**29.852,7**
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	**21.505,5** 18.997,5	**21.381,6**
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	**0,0** 0,0	**0,0**
		Gesamtausgaben	**49.157,9** 44.019,8	**53.573,4**
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	**-47.348,5** -42.039,9	**-51.820,9**

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Das Kapitel 10 05 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

01 Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI

Ausgaben

01 Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI

02 Initiative Inklusion

10 Berichte über soziale Lagen der Bevölkerung in Schleswig-Holstein

65 Sozialgesetzliche Leistungen

Die Einnahmen bei Tit. 359 01 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei allen Titeln der Hauptgruppen 5 bis 8 verwendet werden.

Einnahmen

119 02 286 **Erstattungen sozialgesetzlicher Leistungen** — **8,0** / 7,2 — **7,6**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind alle Einnahmen im Zusammenhang mit sozialgesetzlichen Leistungen.

119 04 253 **Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen der Bundesinitiative Inklusion** — **0,0** / 0,0 — **0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für eventuelle Rückzahlungen aus bewilligten Zuwendungen einschl. Zinsforderungen gem. VV Nr. 8 zu § 44 LHO i.V.m. §§ 116, 117, 117 a LVwG.

119 99 236 **Vermischte Einnahmen** — **50,0** / 49,9 — **50,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind im Wesentlichen zu erstattende Zinsleistungen für zu früh oder zu Unrecht abgeforderte Zuwendungen nach § 44 Landeshaushaltsordnung.

182 02 291 **Tilgungseinnahmen aus dem sozialen Bereich** — **0,1** / 0,2 — **0,1**

Erläuterungen:

	Darlehenszweck	Darl.forderung am 31.12.2016 €	Veranschlagt sind Tilgung €
1.	Verbesserung der Wohnverhältnisse und sonstige Hilfen für Tuberkulosekranke (Abwicklung Altfälle)	1.180	153
Zusammen		**1.180**	**153**

231 01 282 **Bundesbeteiligung nach § 46 a SGB XII** — **264.648,1** / 239.217,3 — **271.708,3**

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 633 10.

231 02 253 **Zahlungen des Bundes für die Initiative Inklusion** — **341,0** / 358,2 — **74,0**

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für die MG 1005 - 02 zu verwenden.

Vgl. Erläuterungen zu MG 02.

231 03 281 **Bundeserstattung nach § 136 SGB XII** — **0,0** / 0,0 — **3.647,5**

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 231 03

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz ‚Äì BTHG) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3234) wurde mit der Neufassung des § 136 SGB XII eine neue Erstattungsregelung eingeführt. Sie dient der finanziellen Kompensation der den Ländern und Kommunen durch das BTHG entstehende Mehrkosten für
1.die Verschiebung des Inkrafttretens des Mehrbedarfs für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in Werkstätten auf den 01.01.2020,
2.die Verdoppelung des Arbeitsförderungsgeldes zum 01.01.2017 und
3.die Erhöhung des Schonvermögenfreibetrags zum 01.04.2017.

Für die Jahre 2017 bis 2019 erstattet der Bund den Ländern für jeden Leistungsberechtigten nach dem Vierten Kapitel SGB XII, der zugleich Leistungen der Eingliederungshilfe in einer stationären Einrichtung erhält, je Kalendermonat, sofern dieser mindestens 15 Tage in einem Kalendermonat einen Barbetrag erhalten hat, einen Betrag in Höhe von 14 % der Regelbedarfsstufe 1. Die Fälligkeit der vom Bund zu leistenden Erstattungszahlungen bestimmt sich nach § 136 Abs. 4 SGB XII.

Nach der Systematik des § 136 SGB XII handelt es sich um einen pauschalierten nachträglichen Ausgleich für Land und Kommunen an anderer Stelle entstandene Mehrausgaben. Da es sich dabei um den Ausgleich bereits durch Land und Kommunen finanzierter Leistungen der Sozialhilfe handelt, sind entsprechend des kommunalen Finanzierungsanteils an der Sozialhilfe (vgl. § 7 AG-SGB XII), 21 % der Bundeserstattung an die örtlichen Träger der Sozialhilfe weiterzuleiten. Der Betrag für jeden örtlichen Träger der Sozialhilfe bemisst dabei nach der Zahl seiner Leistungsberechtigten nach § 136 Abs. 1 SGB XII. Eine entsprechende gesetzliche Regelung soll in das AG-SGB XII im Rahmen der anstehenden Änderung aufgenommen werden.

Dem für 2018 zu veranschlagenden Ansatz liegt folgende Berechnung zugrunde:
31.118 (leistungsberechtigte Personen im Meldezeitraum Januar bis Juni 2017) x 2 (Hochrechnung auf 12 Monate) + 0,63% (durchschnittliche Entwicklung der Zahl der Empfänger stationärer Eingliederungshilfeleistungen in den Jahren 2014 bis 2016) x 58,24 € (14% von 416 €, Höhe der Regelbedarfsstufe 1 ab 01.01.2018). Davon sind 21% an die örtlichen Träger der Sozialhilfe weiterzuleiten (s. Tit. 1005 - 633 11).

359 01	851	**Entnahme aus der Rücklage Kap. 1005**	**0,0** 857,6	**0,0**

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 919 01.

389 01	891	**Erstattung sächlicher Verwaltungsausgaben**	**45,2** 68,7	**45,9**

Erläuterungen:

Haushaltstechnische Verrechnungen innerhalb des Landeshaushalts (pauschalierte Personalnebenkosten, Verwaltungsgemeinkosten und Sachkosten für den Leiter der Geschäftsstelle der Schiedsstellen).
Vgl. Tit. 989 01 MG 01.

01 Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Erstattungsbeträge, die nach den Landesverordnungen über die Schiedsstellen nach § 80 SGB XII vom 30. November 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 770) und § 76 SGB XI vom 24. März 1995 (GVOBl. Schl.-H. S. 125), zuletzt geändert durch Art. 9 LVO vom 16. März 2015 (GVOBl. Schl.-H. S.96), erhoben werden.
Vgl. 1005 - MG 01 (Ausgaben).

111 04 (MG 01)	291	**Gebühren für die Inanspruchnahme der Schiedsstellen**	**32,4** 6,9	**58,6**
233 01 (MG 01)	291	**Erstattung von Verwaltungsausgaben von Gemeinden und Gemeindeverbänden**	**30,0** 0,0	**0,0**
261 01 (MG 01)	291	**Erstattung von Verwaltungsausgaben**	**20,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen für Verwaltungsausgaben von Verbänden, privaten Stellen und Pflegekassen.

Summe der Maßnahmegruppe 01	**82,4** 6,9	**58,6**

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Summe der Einnahmen	**265.174,8** 240.566,0	**275.592,0**

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**
885,0 805,9 **862,5**

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**
591,9 589,7 **706,8**

526 03 286 **Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse**
3,0 0,2 **3,0**

Erläuterungen:
Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung von SGB XII und AG-SGB XII.

533 01 286 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**
0,0 28,1 **0,0**

Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titelgruppe 65.

Erläuterungen:
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 04 291 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen für die Umsetzung des Gesamtkonzepts der Politik für Menschen mit Behinderung**
430,0 274,0 **430,0**

Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titelgruppe 65.

Erläuterungen:
Veranschlagt sind die Kosten für Modellvorhaben und -Projekte, die die Leitorientierung Inklusion in besonderer Weise voranbringen und den Leitgedanken der Inklusion in die Gesellschaft tragen. Im Mittelpunkt stehen Projekte zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, soweit sie den Geschäftsbereich des MSGJFS betreffen.

633 01 291 **Erstattungen von pauschalierten Personal- und Sachkosten**
165,0 137,9 **173,3**

Gegenseitig deckungsfähig mit der Titelgruppe 65.

Erläuterungen:
Im Zuge der Kommunalisierung der Sozialhilfe sind den Kommunen (Kreise, kreisfreie Städte, kommunale Spitzenverbände, KOSOZ) neben den eigentlichen Betreuungsaufgaben für SGB XII-Berechtigte weitere Aufgaben des überörtlichen Sozialhilfeträgers übertragen worden, die bis dato das Land wahrgenommen hatte. Die daraus resultierenden Verwaltungskosten sind den Kommunen entsprechend den jeweiligen gesetzlichen Regelungen bzw. entsprechenden Vereinbarungen zu erstatten.

		2018 EUR
1.	Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen	39.300
2.	Aufgaben nach § 142 Satz 2 SGB IX (Erteilung des Einvernehmens im Werkstätten-Anerkennungsverfahren) und gem. § 12 Abs. 6 Werkstattverordnung (Überprüfung der Arbeitsergebnisse und deren Verwendung)	108.600
3.	Aufgaben nach § 179 SGB V (Abrechnung der Rentenversicherungsbeiträge, die der Bund den Trägern von WfbM's erstattet)	23.300
4.	Mitgliedschaft in den Fachausschüssen I, II, III und IV der BAGüS	2.100
	Summe	**173.300**

633 02 291 **Landesblindengeld**
10.421,6 9.806,0 **10.421,6**

Gegenseitig deckungsfähig mit der Titelgruppe 65.

Erläuterungen:
Das Land gewährt den Zivilblinden nach Maßgabe des Gesetzes über Landesblindengeld (Landesblindengeldgesetz) ein Blindengeld.
Nach dem Stand vom 31. Dezember 2016 erhalten 3.524 Zivilblinde Leistungen.

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

633 03 286 **Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsstrukturen in der Eingliederungshilfe** — **500,0** / 0,0 — **500,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit der Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt insbesondere für ein Modellprojekt mit dem Kreis Nordfriesland zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe.

Darüber hinaus sollen ab dem 1. Januar 2018 die Mittel zur Umsetzung der Regelung zur Erprobung und Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsstrukturen nach der Reform der Eingliederungshilfe durch das Bundesteilhabegesetz zur Verfügung stehen und Anreize für Projekte zur Entwicklung inklusiver Angebote der Eingliederungshilfe setzen.

633 05 286 **Erstattung von Ausgaben der örtlichen Träger der Sozial- und Jugendhilfe zum angemessenen Schulbesuch** — **7.804,1** / 7.231,0 — **6.934,6**

Einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Das Land hat sich in einer mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffenen Vereinbarung dazu verpflichtet, den Kreisen und kreisfreien Städten bis zur Einführung der Schulischen Assistenz an den weiterführenden Schulen einen finanziellen Ausgleich zu leisten, der jährlich um 10 % zu steigern ist. Dafür werden von den örtlichen Sozial- und Jugendhilfeträgern zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung und/oder sonderpädagogischem Förderbedarf Hilfen weitergewährt, die dem Kernbereich der pädagogischen Arbeit zuzuordnen sind. Daneben erhielten die Kreise und kreisfreien Städte im Haushaltsjahr 2017 für das Schuljahr 2017/2018 im Zuge des Kommunalpakets III einen zusätzlichen finanziellen Ausgleich für Schulbegleitungen im Grundschulbereich.

633 10 282 **Erstattungen an Kreise und Gemeinden in Verbindung mit §§ 41 ff. SGB XII** — **264.648,1** / 239.217,3 — **271.708,3**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Seit dem Jahr 2014 beteiligt sich der Bund gemäß § 46a SGB XII in Höhe von 100 % an den im jeweiligen Kalenderjahr entstandenen Nettoausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Bundesbeteiligung wird den Kreisen und kreisfreien Städten in Höhe der von ihnen geltend gemachten Nettoausgaben zur Verfügung gestellt. (Vgl. Tit. 231 01).

633 11 281 **Erstattungen an Kreise und Gemeinden in Verbindung mit § 136 SGB XII** — **0,0** / 0,0 — **766,0**

Ausgaben dürfen bis zu 21 v.H. der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 03 geleistet werden.

Erläuterungen:

Siehe Tit. 1005 - 231 03.

662 01 236 **Schuldendiensthilfen für Zuschüsse an freie Wohlfahrtsträger zum Bau von Behinderteneinrichtungen und Wohnheimen für Behinderte** — **392,5** / 407,7 — **320,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Mit Ablauf des Jahres 2006 werden keine weiteren Schuldendiensthilfen mehr gewährt. Die Ansätze dienen der Abwicklung.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	320.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	0
	Summe	**320.000**

671 03 286 **Verwaltungskosten für die Durchführung des SGB XII** — **0,6** / 0,6 — **0,6**

Gegenseitig deckungsfähig mit der Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die an die Deutsche Rentenversicherung Bund zu zahlenden Verwaltungskosten für den Sozialhilfedatenabgleich.

684 01 236 **Zuschüsse an Familienentlastende Dienste (FED)** — **190,9** / 190,9 — **190,9**

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 01

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Zuschuss des Landes zu den Personal- und Sachkosten der hauptamtlichen Koordinierungskräfte der FED.

Ziel:
Die landesweite Sicherstellung eines qualifizierten Beratungsangebots für Familien mit einem behinderten Angehörigen, unabhängig von Alter und Einkommen sowie der Schwere der Behinderung.

Kennzahlen:
2.300 betreute Familien
295.000 geleistete Betreuungsstunden

684 02 291 **Zuschüsse und Beiträge an Vereine und Verbände** **133,8** **148,8**
106,9

Die Ausgaben in Höhe von 23.000 € zugunsten des Blinden- und Sehbehindertenvereins sind gesperrt. Die Leistung dieser Ausgaben bedarf der Einwilligung des Finanzausschusses.

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Gehörlosenverband Schleswig-Holstein	90.000
2.	Blinden- und Sehbehindertenverein Schleswig-Holstein e.V.	23.000
3.	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe	35.800
	Summe	**148.800**

Mehr wegen Nr. 3. Der Beitrag an den Deutschen Verein steigt um 15,0 T€, um die Arbeits- und Funktionsfähigkeit zu sichern bzw. zu erhöhen.

684 03 235 **Zuschüsse für Beratungsstellen der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe** **682,0** **682,0**
680,5

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Veranschlagt sind die Zuschüsse des Landes für die Beratungsstellen der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe.

		2018 EUR
1.	Beratungsstellen der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe	592.000
2.	Rechtsfürsorge e.V. (Resohilfe)	90.000
	Summe	**682.000**

Ziel:
Erhalt und Absicherung des ambulanten Beratungs- und Betreuungsnetzes zur Vermeidung von stationären Unterbringungen.

Kennzahlen:
22 Beratungsstellen

684 04 236 **Zuschüsse für soziale Zwecke an die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände** **2.000,0** **2.000,0**
2.000,0

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	8.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	2.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	2.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	2.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	2.000

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 04

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Veranschlagt ist der im Sozialvertrag I festgelegte Betrag. Der aktuelle Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2018. Es werden im Rahmen von Zielvereinbarungen Projekte aus den Bereichen “Ehrenamtliche Mitarbeit und Selbsthilfe“ gefördert. Dem Land wird für jedes im Rahmen von Zielvereinbarungen beschriebene Ziel jährlich ein zusammengefasster Bericht über dessen Erreichungsgrad vorgelegt.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	2.000.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	0
	Summe	**2.000.000**

684 08	291	**Zuschuss an die Norddeutsche Blindenhörbücherei e. V., Hamburg**	**69,0** 67,7	**69,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Zuschuss des Landes zu den Kosten der Norddeutschen Blindenhörbücherei Hamburg.
Rechtsgrundlage: Vereinbarung zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, der Hansestadt Bremen sowie den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

684 11	291	**Rehabilitations- und Behinderten-Sportverband Schleswig-Holstein e. V. - ohne Berechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) -**	**51,2** 51,2	**51,2**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt ist ein Zuschuss zu den Kosten des Sports für behinderte Menschen, die keine Ansprüche nach dem Bundesversorgungsgesetz und anderen Bestimmungen haben.

Ziel:
Erweiterung bzw. Aufrechterhaltung des Angebot der Behindertensportvereine im allgemeinen Behindertensport für diejenigen behinderten Menschen, die keinen eigenen Kostenträger haben.

Kennzahlen:
Gefördert werden 42 Vereine mit 1.731 Mitgliedern (Stand: 02/2016).

919 01	851	**Zuführung an die Rücklage Kap. 1005**	**0,0** 541,0	**0,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 des Kapitels 1005 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 359 01.

01 Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI

Ausgaben dürfen insgesamt bis zu 57.800 €, darüber hinaus bis zur Höhe der Mehreinnahmen in der Maßnahmegruppe 01 geleistet werden.
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Erläuterungen:

Mit Wirkung vom 01. Januar 2011 ist eine Schiedsstelle nach § 80 SGB XIII (vorher seit 01. Juli 1994 Schiedsstelle für Pflegesatzangelegenheiten nach § 94 BSHG (GVOBl. Schl.-H. S. 389) durch die Landesverordnung vom 30. November 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 770) gebildet worden. Diese Schiedsstelle ist zuständig für Streitigkeiten beim Abschluss von Pflegesatzvereinbarungen mit allen Einrichtungen im Sinne des § 80 SGB XII. Außerdem ist durch LVO vom 24. März 1995 eine Schiedsstelle nach dem Pflegeversicherungsgesetz gebildet worden (GVOBl. Schl.-H. S. 125), zuletzt geändert durch Art. 9 LVO vom 16. März 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 96). Diese Schiedsstelle ist zuständig für Entscheidungen nach § 75 Abs. 3 SGB XI (Rahmenverträge über die pflegerische Versorgung), § 85 Abs. 5 SGB XI (Pflegesatzvereinbarungen für stationäre Pflegeleistungen), § 87 SGB XI (Entgeltvereinbarungen für Unterkunft und Verpflegung) und § 89 Abs. 3 SGB XI (Vergütungsvereinbarungen für ambulante Pflegeleistungen).
Für beide Schiedsstellen ist eine Geschäftsstelle beim LAsD eingerichtet. Für die Entscheidungen der Schiedsstellen werden Gebühren erhoben; die Kosten der Schiedsstellen und der Geschäftsstelle werden anteilig erbracht.
Die Bezüge für den Leiter/die Leiterin der Geschäftsstelle sind bei Tit. 1003 - 428 01 veranschlagt.
Vgl. 1005 - MG 01 (Einnahmen).

526 04 (MG 01)	291	**Kosten der Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI - Aufwandsentschädigungen und Reisekosten**	**12,1** 3,1	**10,3**
527 04 (MG 01)	291	**Reisekostenvergütung für Reisen in Angelegenheiten der Geschäftsstelle der Schiedsstellen**	**1,2** 0,4	**1,2**
529 02 (MG 01)	291	**Zur Verfügung der Geschäftsstelle der Schiedsstellen**	**0,4** 0,1	**0,4**

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Vorsitzenden der Schiedsstellen.
Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen.
Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen.
Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.
Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

546 01 (MG 01)	291	**Vermischte Verwaltungsausgaben**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

989 01 (MG 01)	891	**Ersatz sächlicher Verwaltungskosten**	**45,2** 68,7	**45,9**

Erläuterungen:

Haushaltstechnische Verrechnungen innerhalb des Landeshaushalts (pauschalierte Personalnebenkosten, Verwaltungsgemeinkosten, Sachkosten).
Vgl. Tit. 389 01.

	Summe der Maßnahmegruppe 01	**58,9** 72,3	**57,8**

02 Initiative Inklusion

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 119 04, 231 02 und 359 01 geleistet werden.
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Zur Unterstützung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen hat das BMAS in Kooperation mit den zuständigen Ministerien der Länder die Initiative Inklusion gestartet (Laufzeit 2011 - 2018).

Ziele: Beratung und Information schwerbehinderter Schülerinnen und Schüler über ihre beruflichen Möglichkeiten und Unterstützung des Übergangs von der Schule in das Arbeitsleben (Handlungsfeld 1);
Unterstützung des erfolgreichen Einstiegs schwerbehinderter junger Menschen in eine betriebliche Berufsausbildung durch die Schaffung neuer Ausbildungsplätze (Handlungsfeld 2);
Integration schwerbehinderter Menschen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, in den allgemeinen Arbeitsmarkt (Handlungsfeld 3).

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

1. Handlungsfeld -Berufsorientierung

Die Förderung erstreckt sich auf Berufsorientierungsmaßnahmen, die in den Schuljahren 2011/2012 bis 2015/2016 beginnen. Die regional zuständigen Integrationsfachdienste führen die Berufsorientierungsmaßnahmen durch, die folgende Kernelemente enthalten:
Kompetenz- oder Potentialanalyse zu Maßnahmebeginn;
Praktika in Betrieben und Dienststellen des allgemeinen Arbeitsmarktes;
Einbindung aller Beteiligten in den Prozess der Berufsorientierung;
Begleitung des Übergangs in das Arbeitsleben, soweit dies im Einzelfall erforderlich ist.

Zielgruppe:
Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt autistisches Verhalten;
Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten Sehen und Hören (Hörgeschädigte, Sehgeschädigte);
Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung, die nicht durch das ÜSB-Projekt unterstützt werden.

2. Handlungsfeld -neue Ausbildungsplätze für schwerbehinderte junge Menschen in Betrieben und Dienststellen des allgemeinen Arbeitsmarktes

Für schwerbehinderte junge Menschen sollen bundesweit neue Ausbildungsplätze in Betrieben und Dienststellen geschaffen werden. Für jeden neuen Ausbildungsplatz können Arbeitgeber arbeitsplatzbezogene Förderungen erhalten. Gefördert werden können ebenfalls Maßnahmen zur Heranführung an eine betriebliche Ausbildung. Art und Höhe der Förderung werden einzelfallbezogen festgelegt.

3. Handlungsfeld -neue Arbeitsplätze für ältere schwerbehinderte Menschen

Für schwerbehinderte arbeitslose oder arbeitssuchende Menschen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, sollen bundesweit neue Arbeitsplätze (§ 73 SGB IX) in Betrieben und Dienststellen geschaffen werden. Arbeitgeber, die diese neuen Arbeitsplätze schaffen, können eine arbeitsplatzbezogene Förderung über die Dauer von bis zu drei Jahren erhalten. Art und Höhe der Förderung werden einzelfallbezogen festgelegt.

631 01 (MG 02)	253	**Erstattungen an den Bund**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
633 04 (MG 02)	253	**Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände**	**12,0** 5,0	**12,0**
		Erläuterungen: Zuwendungstitel		
683 01 (MG 02)	253	**Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen**	**329,0** 669,9	**62,0**
		Erläuterungen: Zuwendungstitel		
686 01 (MG 02)	253	**Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
		Summe der Maßnahmegruppe 02	**341,0** 674,9	**74,0**

10 Berichte über soziale Lagen der Bevölkerung in Schleswig-Holstein

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

526 02 (MG 10)	291	**Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.**	**70,0** 10,0	**50,0**

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 526 02

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	30
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	30
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Beauftragung externer Stellen (z.B. wissenschaftliche Institute, Gutachter) zur Datenerhebung und Aufbereitung im Rahmen der Sozialberichterstattung/Sozialplanung zum Beispiel für den Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Schleswig-Holstein.

547 01 (MG 10)	291	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 10	**70,0** 10,0	**50,0**

65 Sozialgesetzliche Leistungen

Gegenseitig deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe sowie mit Tit. 633 01, 633 02, 633 03 und 671 03.
Einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 533 01 und 533 04. Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 633 05.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen an die örtlichen Träger der Sozialhilfe für die Finanzierung der Leistungen nach dem SGB XII entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG - SGB XII). Hinzu kommen die vom Land für den entsprechenden Personenkreis zu tragenden Aufwendungen nach § 34 des Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen (PsychKG) vom 14. Januar 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 106) sowie Kosten in der Krankenversorgung für Unterhaltshilfeempfänger/innen nach dem Lastenausgleichsgesetz.
Ferner sind veranschlagt Leistungen des Landes für Flüchtlinge aus dem Ausland (Kontingentflüchtlinge) nach § 4 Absatz 2 des Landesaufnahmegesetzes vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), für evtl. Hilfen in der Geschlechtskrankenfürsorge aufgrund des Gesetzes über die Kostenträger nach dem Infektionsschutzgesetz vom 11. Dezember 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 364) und Aufwendungen für Hilfeempfänger/innen ohne gewöhnlichen Aufenthalt (§§ 106 ff. SGB XII).

Veranschlagte Beträge:

		2018 EUR
1.	An örtliche Träger der Sozialhilfe gem. §§ 9, 10 und 11 AG-SGB XII	746.897.500
2.	Kostenerstattungen (§§ 106 ff. SGB XII)	1.915.900
3.	Krankenversorgung für Berechtigte nach dem Lastenausgleichsgesetz	5.000
4.	Flüchtlinge aus dem Ausland (Kontingentflüchtlinge)	14.577.100
5.	Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	3.541.400
6.	Deutsche im Ausland	120.000
	Summe	**767.056.900**

631 65 (TG 65)	286	**Erstattungen an den Bund**	**100,0** 90,2	**120,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind im Wesentlichen die Ausgaben für Deutsche im Ausland (§§ 24, 132 SGB XII).
Vgl. Tit. 119 02.

632 65 (TG 65)	286	**Erstattungen an andere Länder**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Erstattungen nach den §§ 106 ff. SGB XII und §§ 102 ff. SGB X für Hilfeempfänger/innen in anderen Bundesländern.

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

633 65 (TG 65) 286 **Erstattungen an Kreise und Gemeinden** **731.291,1** 698.552,3 **763.395,5**

Erläuterungen:

Die Aufgaben des überörtlichen Trägers sind durch das AG-SGB XII mit Ausnahme der stationären und teilstationären Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten auf die örtlichen Träger übertragen worden.
Darüber hinaus erstattet das Land auch die der Sozialhilfe entsprechenden Aufwendungen nach § 34 des Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen (PsychKG) vom 14. Januar 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 106), in der Krankenversorgung für Unterhaltshilfeempfänger/innen nach dem Lastenausgleichsgesetz, die den örtlichen Trägern vom Land zu erstattenden Aufwendungen für Hilfeempfänger/innen ohne gewöhnlichen Aufenthalt (§§ 106 ff. SGB XII), in der Geschlechtskrankenfürsorge sowie für Flüchtlinge aus dem Ausland (Kontingentflüchtlinge).

681 65 (TG 65) 286 **Zuschüsse an die Empfängerinnen und Empfänger** **3.507,8** 3.593,2 **3.407,8**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Sozialhilfeaufwendungen für die Hilfen, für die der überörtliche Sozialhilfeträger weiterhin sachlich zuständig ist.

684 65 (TG 65) 286 **Erstattungen an das Diakonische Werk** **128,0** 116,3 **133,6**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	136
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	136
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die dem Diakonischen Werk vertragsgemäß zu erstattenden Kosten für die Durchführung von Aufgaben aus dem Bereich der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.

		2018 EUR
1.	Personal- und Sachkosten für die Durchführung der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII in Einrichtungen zur stationären oder teilstationären Betreuung	65.600
2.	Koordinierung der Wohnungslosenhilfe	38.000
3.	Winternotprogramm in den Kommunen	20.000
4.	Fortbildung in der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe	10.000
	Summe	**133.600**

Summe der Titelgruppe 65 **735.026,9** 702.352,0 **767.056,9**

Summe der Ausgaben **1.024.465,5** 965.245,8 **1.063.207,3**

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Abschluss		
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	**90,5** 64,2	**116,3**
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**265.039,1** 239.575,5	**275.429,8**
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	**45,2** 926,3	**45,9**
		Gesamteinnahmen	**265.174,8** 240.566,0	**275.592,0**
41 - 49		Personalausgaben	**1.476,9** 1.395,6	**1.569,3**
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	**516,7** 315,9	**494,9**
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**1.022.426,7** 962.924,6	**1.061.097,2**
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	**45,2** 609,7	**45,9**
		Gesamtausgaben	**1.024.465,5** 965.245,8	**1.063.207,3**
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	**-759.290,7** -724.679,8	**-787.615,3**

10 07 Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Das Kapitel 10 07 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

01 Vorschulische Sprachförderung

02 Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren

03 Zuwendungen für Fort- und Weiterbildung im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen im Rahmen der Qualitätsentwicklung

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb des Kapitels mit Ausnahme der Titel 422 01, 428 01, 633 04 und 684 03 sowie der Maßnahmegruppe 02.
Die Einnahmen bei Tit. 359 01 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei allen Titeln der Hauptgruppen 4 bis 8 verwendet werden.

Einnahmen

119 99	236	**Vermischte Einnahmen** **Erläuterungen:** Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	**0,0** 5,0	**0,0**
334 01	271	**Zuweisung des Bundes aus dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2013 bis 2014"** Weggefallen.	**0,0** 2.226,4	**0,0**
334 02	271	**Zuweisung des Bundes aus dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2015 bis 2018"** **Erläuterungen:** Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der MG 02 zu verwenden.	**8.000,0** 4.599,1	**5.601,6**
334 03	271	**Zuweisung des Bundes aus dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 bis 2020"** **Erläuterungen:** Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der MG 02 zu verwenden.	**0,0** 0,0	**9.955,5**
359 01	851	**Entnahme aus der Rücklage Kap. 1007** **Erläuterungen:** Vgl. Tit. 919 01.	**0,0** 0,0	**0,0**
		Summe der Einnahmen	**8.000,0** 6.830,5	**15.557,1**

10 07 Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Erläuterungen:

Weitere Haushaltsmittel in Höhe von 297,01 Mio. Euro werden 2018 als Finanzzuweisungen im Kapitel 1102 über den Titel 633 26 (MG 02) sowie die MG 04 den Kreisen und kreisfreien Städten zur Verfügung gestellt.

Ausgaben

422 01	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**194,9** 305,1	**191,6**
428 01	011	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**102,0** 160,8	**630,3**
533 01	271	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**0,0** 54,1	**576,0**

Erläuterungen:

Neustrukturierung der KiTa-Finanzierung. Mit Hilfe externer Begutachtung sollen valide Daten zur Kostenstruktur von Kindertageseinrichtungen erhoben und ausgewertet werden.

534 01	271	**Regiekosten für die Förderung im Bereich der Kindertageseinrichtungen und der Tagespflegestellen**	**2,5** 1,8	**2,5**

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Organisation von Sitzungen verschiedener Arbeitsgruppen, Reisekosten der Arbeitsgruppenmitglieder sowie für Fachliteratur.

535 01	271	**Elternbezogene Aktivitäten und Kosten für Tätigkeiten der Landeselternvertretung sowie der Kreiselternvertretungen**	**16,0** 11,5	**40,0**

Erläuterungen:

Nach § 17a Abs. 3 KiTaG trägt das Land die Kosten der Tätigkeiten der Landeselternvertretung sowie der Kreiselternvertretungen.
10,0 T€ für interne Veranstaltung und Öffentlichkeitsarbeit während der Dauer des Reformprozesses.

547 02	271	**Arbeitsmaterialien für die Qualitätsentwicklung im Bereich der Kindertagesstätten und der Tagespflegestellen**	**20,0** 45,0	**20,0**

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für Broschüren und Flyer, die den Kindertageseinrichtungen, Tagespflegestellen und Eltern als Arbeits- bzw. Begleitmaterial für die Umsetzung des Bildungsauftrages zur Verfügung gestellt werden.

633 01	271	**Zuschüsse an Kreise und kreisfreie Städte zu Qualifizierungsmaßnahmen für Kindertagespflegepersonen**	**18,0** 12,2	**150,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel.

Die Mittel sind vorgesehen für die Förderung von Kursen zur Grundqualifikation von Kindertagespflegepersonen. Diese Kurse werden von den Kreisen durchgeführt. Das Land gewährt Fördermittel.

Zur Sicherung der Qualität der Kindertagespflege wurden die Qualifizierungsanforderungen für Kindertagespflege stetig weiterentwickelt und vom Bundesverband für Kindertagespflege begleitet und unterstützt. Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erarbeitete das DJI das kompetenzorientierte Qualifizierungshandbuch Kindertagespflege (QHB), das seit Mai 2016 nun in aktueller Fassung vorliegt. Danach umfasst die Qualifizierung 300 UE. Die Unterrichtseinheiten haben sich damit nahezu verdoppelt. Die Kosten für die Kreise und kreisfreien Städte erhöhen sich somit. Es ist daher vorgesehen, dass das Land den Kreisen und kreisfreien Städten einen Zuschuss in Höhe von bis zu 50% der Gesamtkosten für die Grundqualifizierungsmaßnahme nach dem QHB, max. jedoch 10.000 Euro erstattet (15 x 10.000 € = 150.000 €).

633 04	271	**Zur Unterstützung von Integrationsangeboten an Familienzentren**	**2.000,0** 0,0	**2.000,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 684 03.

Erläuterungen:

Die Mittel sind seit 2017 vorgesehen für die Weiterentwicklung der Familienzentren zu Integrationszentren.

671 01	271	**Kostenerstattung für Kinder in der U3 Betreuung**	**23.409,0** 0,0	**24.204,6**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kostenerstattungen für Kindertagesbetreuung gemäß § 25 b KiTaG und gemäß der Verwaltungsvorschrift (Amtsbl. Schl.-H. S. 1776).

10 07 Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
684 03	271	**Unterstützungsmaßnahmen zum Thema Traumapädagogik und Integration von Kindern in Kindertageseinrichtungen (Hort, Krippe, Kindergarten)** Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 633 04. **Erläuterungen:** Veranschlagt sind Kosten für die Fort- und Weiterbildung, Beratung und Supervision im Bereich Traumapädagogik in Kindertageseinrichtungen.	**1.000,0** 642,5	**1.000,0**
919 01	851	**Zuführung an die Rücklage Kap. 1007** Ausgaben dürfen bis zur Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 des Kapitels 1007 geleistet werden.	**0,0** 0,0	**0,0**
	01	**Vorschulische Sprachförderung**		
427 02 (MG 01)	271	**Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte für SPRINT-Maßnahmen** **Erläuterungen:** Veranschlagt für die in Kindertageseinrichtungen durchgeführte Sprachintensiv-Förderung vor Schuleintritt. Es sollen zusätzliche Mittel zur Qualitätsentwicklung von Maßnahmen zur Sprachförderung eingesetzt werden. Insbesondere sind die Bedarfe von Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund gestiegen.	**450,0** 228,6	**950,0**
427 03 (MG 01)	271	**Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte für Maßnahmen der Sprachheilförderung** **Erläuterungen:** Veranschlagt für den Ausgleich der an Kindertageseinrichtungen geleisteten sprachlichen Präventionsarbeit.	**750,0** 919,8	**750,0**
547 01 (MG 01)	271	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben** **Erläuterungen:** Veranschlagt sind die sächlichen Kosten für die Ermittlung und Dokumentation des Förderbedarfs und der damit verbundenen Reisekosten sowie erforderlich werdende Mittel zur Fortbildung für Erzieher/-innen und Fachschullehrer/-innen in den Bereichen allgemeine Sprachförderung, phonologische Bewusstheit, Sprachstandfeststellung.	**50,0** 0,0	**50,0**
633 03 (MG 01)	271	**Zuweisungen für von Dritten durchgeführte Maßnahmen zur Sprachförderung** **Erläuterungen:** Veranschlagt für die in Kindertagesstätten durchgeführte Sprachintensiv-Förderung durch Dritte. Es sollen zusätzliche Mittel zur Qualitätsentwicklung von Maßnahmen zur Sprachförderung eingesetzt werden.	**750,0** 629,0	**930,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 01	**2.000,0** 1.777,4	**2.680,0**
	02	**Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren** Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 334 02 und 334 03 geleistet werden. **Erläuterungen:** Vorgesehen für Zuwendungen für die Schaffung neuer Betreuungsplätze sowie den Ausbau der Kindertagespflege und weiterer Unterstützungsangebote für Familien.		
631 01 (MG 02)	271	**Erstattungen an den Bund** **Erläuterungen:** Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	**0,0** 0,0	**0,0**
883 02 (MG 02)	271	**Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in Einrichtungen öffentlicher Träger - Bundesprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2015 - 2018"**	**8.000,0** 3.484,6	**5.601,6**

10 07 Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 883 02

Erläuterungen:

Der Bund stellt zusätzliche Mittel für den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung. Sie dienen der Schaffung von mindestens 350 zusätzlichen Betreuungsplätzen im Jahr 2018.

Siehe Einnahmetitel 334 02 und vgl. Tit. 893 02.

883 03 (MG 02)	271	**Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder in Einrichtungen öffentlicher Träger - Bundesprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 - 2020"**	**0,0** 0,0	**9.955,5**
		Erläuterungen: Der Bund stellt zusätzliche Mittel für den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung. Siehe Einnahmetitel 334 03 und vgl. Tit. 893 03.		
893 02 (MG 02)	271	**Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in Einrichtungen freier und privater Träger - Bundesprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2015 - 2018"**	**0,0** 3.340,9	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Siehe Tit. 883 02.		
893 03 (MG 02)	271	**Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder in Einrichtungen freier und privater Träger - "Bundesprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 - 2020"**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Siehe Tit. 883 03.		
		Summe der Maßnahmegruppe 02	**8.000,0** 6.825,5	**15.557,1**

03 Zuwendungen für Fort- und Weiterbildung im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen im Rahmen der Qualitätsentwicklung

633 05 (MG 03)	271	**Förderung des Modellprojektes "Inklusive KiTa"**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Vgl. Tit. 684 04.		
684 02 (MG 03)	271	**An Verbände der freien Wohlfahrtspflege**	**162,0** 88,7	**250,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	200
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	100
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	100
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt sind die Kosten für Qualitätsentwicklungen in Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen, insbesondere für Zuschüsse für die Umsetzung der Leitlinien zum Bildungsauftrag und die Förderung von Grundkompetenzen vor der Einschulung.

Der Bedarf an Fortbildung ist aufgrund der Zunahme an Kitaplätzen und demzufolge einem Anstieg der pädagogischen Fachkräfte deutlich gestiegen.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung von Veranstaltungen zur Qualifizierung, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen vom 17.08.2015 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1034).

10 07 Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 02

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeistbetrag 2018)	80.000
	Summe	**80.000**

684 04 (MG 03)	271	**Förderung des Modellprojektes “Inklusive KiTa“**	**0,0** 0,0	**500,0**
		Erläuterungen: Förderung des Modellprojektes “Inklusive KiTa“ durch Ermöglichung des Einsatzes von Heilpädagogen in den Modellregionen. Siehe auch Tit. 633 05.		
685 01 (MG 03)	271	**An Universitäten und Fachhochschulen**	**0,0** 40,0	**0,0**
686 01 (MG 03)	271	**An Stiftungen**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 03	**162,0** 128,7	**750,0**
		Summe der Ausgaben	**36.924,4** 9.964,6	**47.802,1**

10 07 Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Abschluss		
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	**0,0** 5,0	**0,0**
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	**8.000,0** 6.825,5	**15.557,1**
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	**0,0** 0,0	**0,0**
		Gesamteinnahmen	**8.000,0** 6.830,5	**15.557,1**
41 - 49		Personalausgaben	**1.496,9** 1.614,3	**2.521,9**
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	**88,5** 112,4	**688,5**
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**27.339,0** 1.412,4	**29.034,6**
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	**8.000,0** 6.825,5	**15.557,1**
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	**0,0** 0,0	**0,0**
		Gesamtausgaben	**36.924,4** 9.964,6	**47.802,1**
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	**-28.924,4** -3.134,1	**-32.245,0**

10 08 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Einnahmen		
119 02	236	**Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Übertragen nach 09 01 - 119 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung		
119 04	291	**Einnahmen aus Veranstaltungen, Fortbildungsmaßnahmen und Informationstagungen**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Übertragen nach 09 01 - 119 04 infolge Änderung der Geschäftsverteilung		
359 01	851	**Entnahme aus der Rücklage Kap. 1008**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Übertragen nach 09 01 - 359 03 infolge Änderung der Geschäftsverteilung		
		Summe der Einnahmen	**0,0** 0,0	**0,0**

10 08 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Ausgaben

422 01	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** Übertragen nach 10 12 - 422 01	**0,0** 0,0	**0,0**
428 01	011	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** Übertragen nach 10 12 - 428 01	**0,0** 0,0	**0,0**
526 99	236	**Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** Übertragen nach 09 02 - 526 99 infolge Änderung der Geschäftsverteilung	**0,0** 0,0	**0,0**
533 04	291	**Führung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im Landes-, Hochschul- und rechtsaufsichtlichen Bereich** Übertragen nach 09 01 - 533 03 infolge Änderung der Geschäftsverteilung	**0,0** 0,0	**0,0**
533 05	291	**Führung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich** Übertragen nach 09 01 - 533 05 infolge Änderung der Geschäftsverteilung	**0,0** 0,0	**0,0**
535 02	291	**Kosten für frauenpolitische Veranstaltungen und Informationen** Übertragen nach 09 01 - 535 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung	**0,0** 0,0	**0,0**
547 02	261	**Aktionsplan “Echte Vielfalt“** Übertragen nach 10 12 - 547 02 (MG 16)	**0,0** 0,0	**0,0**
547 03	236	**Einzelfallhilfen und Dolmetscherkosten für gewaltbetroffene Frauen** Übertragen nach 09 01 - 547 03 infolge Änderung der Geschäftsverteilung	**0,0** 0,0	**0,0**
684 07	236	**Förderung von Beratungsangeboten** Übertragen nach 09 01 - 684 07 infolge Änderung der Geschäftsverteilung	**0,0** 0,0	**0,0**
684 08	236	**Förderung einer Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich** Übertragen nach 09 01 - 684 08 infolge Änderung der Geschäftsverteilung	**0,0** 0,0	**0,0**
684 10	236	**Zuschuss an das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation e.V.** Übertragen nach 09 01 - 684 10 infolge Änderung der Geschäftsverteilung	**0,0** 0,0	**0,0**
684 11	236	**Zuschuss an den Landesfrauenrat** Übertragen nach 09 01 - 684 11 infolge Änderung der Geschäftsverteilung	**0,0** 0,0	**0,0**
684 12	263	**Förderung der landesweiten Emanzipationsarbeit des HAKI e.V. Kiel für lesbische, schwule, bi*, trans*, inter* und queere Menschen** Übertragen nach 10 12 - 684 27 (MG 16)	**0,0** 0,0	**0,0**
684 13	263	**Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekte von HAKI e.V. und der Beratungsstelle NaSowas** Übertragen nach 10 12 - 684 28 (MG 16)	**0,0** 0,0	**0,0**

10 08 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
684 14	261	**Förderung der landesweit tätigen Beratungs- und Organisationsstelle im Bereich der Schwulen- und Lesbenarbeit NaSowas**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Übertragen nach 10 12 - 684 29 (MG 16)		
684 15	235	**Zusätzliche Zuschüsse zur Förderung von Frauenfacheinrichtungen**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Übertragen nach 09 01 - 684 14 infolge Änderung der Geschäftsverteilung		
684 16	263	**Ausbau und Koordinierung des Projekts SuSe**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Übertragen nach 09 01 - 684 16 infolge Änderung der Geschäftsverteilung		
684 17	236	**Zuschuss an den Landesverband der Frauenberatungseinrichtungen**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Übertragen nach 09 01 - 684 17 infolge Änderung der Geschäftsverteilung		
684 18	261	**Aktionsplan “Echte Vielfalt“**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Übertragen nach 10 12 - 684 30 (MG 16)		
919 01	851	**Zuführung an die Rücklage Kap. 1008**	**0,0** 0,0	**0,0**
		Übertragen nach 09 01 - 919 02 infolge Änderung der Geschäftsverteilung		
		Summe der Ausgaben	**0,0** 0,0	**0,0**

10 08 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Abschluss		
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	**0,0** 0,0	**0,0**
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	**0,0** 0,0	**0,0**
		Gesamteinnahmen	**0,0** 0,0	**0,0**
41 - 49		Personalausgaben	**0,0** 0,0	**0,0**
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	**0,0** 0,0	**0,0**
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**0,0** 0,0	**0,0**
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	**0,0** 0,0	**0,0**
		Gesamtausgaben	**0,0** 0,0	**0,0**
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	**0,0** 0,0	**0,0**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Das Kapitel 10 12 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

08 Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII

Ausgaben

01 Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe durch Fachveranstaltungen sowie Maßnahmen der Qualifizierung und Fortbildung

02 Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen

03 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz

04 Familienförderung

05 Investive Maßnahmen in der Jugendhilfe

06 Präventive Maßnahmen, Finanzierungsbeteiligung gem. § 58 JuFöG

07 Unbegleitete minderjährige Ausländer

08 Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII

09 Fonds Frühe Hilfen über die Bundesstiftung Frühe Hilfen

11 Seniorenpolitische Maßnahmen

12 Förderung des “Freiwilligen Sozialen Jahres“

14 Bürgergesellschaft und allgemeine soziale Maßnahmen

15 Stiftung zur Anerkennung und Hilfe für Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 (BRD) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben

16 Förderung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

Die Einnahmen bei Tit. 359 01 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei allen Titeln der Hauptgruppen 5 bis 8 verwendet werden.

Einnahmen

112 01 232 **Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten** — **10,0** / 0,0 — **10,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Geldbußen gemäß § 14 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz wegen Verletzung der Mitwirkungspflicht.

119 02 236 **Einnahmen aus Veranstaltungen, Fortbildungsmaßnahmen und Informationstagungen** — **1,0** / 2,1 — **1,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen, die durch Eintrittsgelder bei Veranstaltungen und durch Tagungsgebühren bei Fortbildungs- und Informationstagungen sowie durch Beiträge zu den Verpflegungs- und Übernachtungskosten erwartet werden.
Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei der Veranstaltung, bei der die Mehreinnahmen entstanden sind, verwendet werden (vgl. Tit. 535 01 MG 01 und Tit. 546 01 MG 01).

119 04 291 **Erstattung von Zuwendungen aus dem Bereich Bürgergesellschaft** — **0,0** / 3,7 — **0,0**

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Maßnahmegruppe 14 zu verwenden.

119 99 236 **Vermischte Einnahmen** — **90,0** / 101,2 — **90,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Rückflüsse von Fördermitteln aus früheren Haushaltsjahren sowie Zinsen für zu früh abgerufene Investitionszuwendungen.

231 02 237 **Erstattungen des Bundes im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes** — **17.398,9** / 11.279,2 — **29.970,6**

Erläuterungen:

Gemäß § 8 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) trägt der Bund 40 v.H. der von den Kreisen und kreisfreien Städten nach dem Gesetz erbrachten Leistungen. Die Höhe der Einnahmen richtet sich nach den tatsächlichen Ausgaben (vgl. Tit. 633 01).

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
231 03	263	**Einnahmen aus der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung Fonds Frühe Hilfen über die Bundesstiftung Frühe Hilfen zur Weiterleitung an die Kreise und kreisfreien Städte** **Erläuterungen:** Zweckgebundene Einnahmen für Ausgaben bei Tit. 1012 - 633 10.	**1.496,1** 1.420,9	**1.496,1**
231 04	263	**Einnahmen aus der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung Fonds Frühe Hilfen über die Bundesstiftung Frühe Hilfen zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle** **Erläuterungen:** Zweckgebundene Einnahmen für Ausgaben in der MG 1012 - 09.	**120,0** 120,0	**120,0**
233 01	237	**Erstattungen der Kreise und kreisfreien Städte nach § 8 des Unterhaltsvorschussgesetzes** **Erläuterungen:** Nach § 7 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) sind die barunterhaltspflichtigen Elternteile zum Ersatz der vorschussweise erbrachten Unterhaltsleistungen heranzuziehen. Die Geltendmachung und Einziehung der Beträge erfolgt im Rahmen der Aufgabenübertragung durch das Schleswig-Holsteinische Ausführungsgesetz zum UVG durch die Unterhaltsvorschusskassen bei den Kreisen und kreisfreien Städten. Von dem Gesamtbetrag der Einnahmen hat das Land gemäß § 8 Abs. 2 UVG 40 v.H. an den Bund weiterzuleiten (vgl. Tit. 631 01).	**7.100,0** 7.646,6	**7.100,0**
233 03	263	**Erstattungen der Kreise und kreisfreien Städte im Rahmen der Abwicklung der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung Fonds Frühe Hilfen über die Bundesstiftung Frühe Hilfen** **Erläuterungen:** Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	**0,0** 13,4	**0,0**
234 01	265	**Einnahmen aus dem Fonds "Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975"** **Erläuterungen:** Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 534 06 zu verwenden.	**117,6** 117,6	**117,6**
234 02	291	**Einnahmen aus der Stiftung Anerkennung und Hilfe** **Erläuterungen:** Siehe Kap. 1012 - MG 15 (Ausgaben).	**144,0** 0,0	**151,2**
281 02	266	**Erstattungen von Jugendhilfeleistungen**	**2,0** 21,5	**2,0**
282 01	261	**Zuschüsse vom Deutsch-Französischen Jugendwerk** **Erläuterungen:** Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 02 MG 03 zu verwenden. Es ist nur der außerschulische Bereich veranschlagt.	**20,0** 23,4	**20,0**
282 02	261	**Zuschüsse vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk** **Erläuterungen:** Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 03 MG 03 zu verwenden. Es ist nur der außerschulische Bereich veranschlagt.	**20,0** 8,9	**20,0**
282 03	261	**Zuschüsse des Bundes für Maßnahmen der deutsch-israelischen Jugendarbeit** **Erläuterungen:** Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 05 MG 03 zu verwenden. Es ist nur der außerschulische Bereich veranschlagt.	**10,0** 10,4	**10,0**
282 04	261	**Zuschüsse des Bundes für Maßnahmen der deutsch-tschechischen Jugendarbeit** **Erläuterungen:** Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 06 MG 03 zu verwenden. Es ist nur der außerschulische Bereich veranschlagt.	**10,0** 2,6	**10,0**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
282 05	261	**Zuschüsse des Bundes für Maßnahmen der deutsch-russischen Jugendarbeit** **Erläuterungen:** Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 07 MG 03 zu verwenden. Es ist nur der außerschulische Bereich veranschlagt.	**10,0** 11,9	**10,0**
359 01	851	**Entnahme aus der Rücklage Kap. 1012** **Erläuterungen:** Vgl. Tit. 919 01.	**0,0** 0,0	**0,0**
381 01	891	**Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum ersten Glücks-spieländerungsstaatsvertrag (Erster GlüÄndStV AG)** **Erläuterungen:** Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 1012-633 05 und Tit. 1012-684 03 zur Finanzierung der Verbraucherinsolvenzberatung zu verwenden. Vgl. Tit. 1111-981 04 MG 02.	**2.853,2** 2.773,7	**2.897,4**
	08	**Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII** **Erläuterungen:** Veranschlagt sind die Gebühren und Umlagebeträge, die nach der Schiedsstellenverordnung vom 13.12.2000 (GVOBl. SH S. 678), zuletzt geändert 16.03.2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 96), erhoben werden sollen. Vgl. MG 08 (Ausgaben).		
111 02 (MG 08)	266	**Gebühren für die Inanspruchnahme der Schiedsstelle**	**6,0** 0,0	**6,0**
233 02 (MG 08)	266	**Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch öffentliche Träger** **Erläuterungen:** Die nicht durch Gebühren gedeckten Kosten der Schiedsstelle sind dem Land gem. Schiedsstellenverordnung durch Umlage zu erstatten. Veranschlagt ist der Umlageanteil der Verbände der öffentlichen Jugendhilfeträger.	**3,0** 0,0	**3,0**
261 01 (MG 08)	266	**Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch freie Träger** **Erläuterungen:** Die nicht durch Gebühren gedeckten Kosten der Schiedsstelle sind dem Land gem. Schiedsstellenverordnung durch Umlage zu erstatten. Veranschlagt ist der Umlageanteil der Verbände der freien und privaten Einrichtungsträger.	**3,0** 0,0	**3,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 08	**12,0** 0,0	**12,0**
		Summe der Einnahmen	**29.414,8** 23.557,1	**42.037,9**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**
1.120,0 1.494,0 **1.130,4**

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**
1.863,7 1.421,6 **1.711,9**

526 01 232 **Gerichts- und ähnliche Kosten**
17,0 0,0 **50,0**

Erläuterungen:

a) Kosten von Widerspruchs- und Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz.
b) Gerichts-, Verfahrens- und ggfs. Rechtsberatungskosten der Abt. 3 und des Landesjugendamtes.

Mehr wegen anhängiger Verfahren i.S. Heimaufsicht.

526 03 261 **Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse**
3,2 1,5 **15,0**

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für die Arbeit des Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) in Form von Sitzungen und Arbeitsgruppen (Ersatz der Auslagen und Entschädigung) sowie die Konzeption, Planung und Umsetzung von Veranstaltungen zur Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe zur Unterstützung der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe in den Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins.

Zukünftig finden 5 statt 4 Sitzungen des LJHA statt. Außerdem ist für das Jahr 2018 die Durchführung einer Veranstaltungsreihe zum Thema “Qualitätsdialoge in der stationären Kinder- und Jugendhilfe“ vorgesehen. Aufgrund dieser und möglicher weiterer Fachveranstaltungen sowie der erhöhten Sitzungsanzahl entsteht ein erheblicher Mehrbedarf.

527 06 261 **Erstattung von Auslagen für Vorstellungsreisen Dritter (z.B. Jugendempfang beim Bundespräsidenten)**
0,9 0,0 **0,9**

529 04 261 **Zur Verfügung des Landesjugendamtes und des Landesjugendhilfeausschusses**
0,5 0,5 **1,5**

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen.
Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen.
Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.
Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

Zukünftig sollen 5 statt 4 Sitzungen des LJHA stattfinden.

533 02 236 **Beratung männlicher Opfer von sexueller und häuslicher Gewalt**
120,0 58,9 **120,0**

Erläuterungen:

Ab Mitte 2016 wurden an drei Standorten in Schleswig-Holstein ein Modellvorhaben von Männersprechstunden für männliche Opfer sexueller und häuslicher Gewalt ab 16 Jahren in bestehenden Beratungseinrichtungen eingerichtet. Es sind Personalkosten und Kosten für eine begleitende Evaluation veranschlagt.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	120.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	0
	Summe	**120.000**

533 04 236 **Leistungen im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung**
0,0 0,0 **0,0**

Übertragen nach 09 01 - 533 07 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

534 06 265 **Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Ausführung der Verwaltungsvereinbarung zur Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis1975**
117,6 117,6 **117,6**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 534 06

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zugesagten Einnahmen bei Tit. 234 01 geleistet werden.

631 01 237 **Erstattungen an den Bund im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes** **2.603,4** 2.548,9 **2.840,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe von 40 v.H. der Einnahmen bei Tit. 233 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Kreise und kreisfreien Städte haben die barunterhaltspflichtigen Elternteile gem. § 7 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) i.V.m. § 2 des Gesetzes zur Ausführung des UVG vom 14.01.1980 (GVOBl. Schl.-H. S.60) zum Ersatz der vorschussweise erbrachten Unterhaltsleistungen heranzuziehen. Die eingezogenen Beträge sind in voller Höhe an das Land abzuführen. Von dem Gesamtbetrag der Einnahmen hat das Land gemäß § 8 Abs. 2 UVG 40 v.H. an den Bund weiterzuleiten (vgl. Tit. 233 01).

631 02 263 **Erstattungen an den Bund im Rahmen der Abwicklung der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung Fonds Frühe Hilfen über die Bundesstiftung Frühe Hilfen** **0,0** 13,4 **0,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 233 03 geleistet werden.

632 01 266 **Kosten der "Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle (GZA)"** **136,0** 118,8 **141,0**

Erläuterungen:

Nach bundesgesetzlicher Regelung im Gesetz über die Vermittlung der Annahme als Kind und über das Verbot der Vermittlung von Ersatzmüttern -Adoptionsvermittlungsgssetz- in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.12.2001 (BGBl. I 2002 S. 354), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 10.12.2008 (BGBl. I S. 2403), ist die Adoptionsvermittlung Aufgabe des örtlich zuständigen Jugendamtes und des Landesjugendamtes, das dafür eine zentrale Adoptionsstelle einrichten muss, für die § 13 Adoptionsvermittlungsgesetz eine personelle Mindestausstattung vorschreibt. Aus verwaltungsökonomischen Gründen und aus Gründen der sonst zu geringen Auslastung beteiligt sich das Land an einer zusammen mit den Ländern Bremen, Hamburg und Niedersachsen gemeinsam errichteten zentralen Adoptionsstelle in Hamburg.

633 01 237 **Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes** **46.487,4** 33.837,5 **74.926,6**

Erläuterungen:

Nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) erhalten Kinder unter 18 Jahren nach der Reform des UVG vom 1. Juli 2017 aus öffentlichen Mitteln Unterhaltsleistungen bis zur Höhe des Mindestunterhalts nach § 1612 a BGB, wenn sie im Bundesgebiet bei einem alleinstehenden Elternteil leben und vom anderen Elternteil nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt mindestens in Höhe des für Kinder derselben Altersgruppe maßgeblichen Mindestunterhalts bekommen.
Die Durchführung des UVG wurde durch das Schleswig-Holsteinische Gesetz zur Ausführung des UVG vom 14.01.1980 (GVOBl. Schl.-H. S. 60) den Kreisen und kreisfreien Städten zur Erfüllung nach Weisung übertragen. Die Ausgaben nach dem Gesetz werden gem. § 8 Abs. 1 UVG zu 40 v.H. vom Bund und zu 60 v.H. vom Land getragen (vgl. Tit. 231 02).

633 05 236 **Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für nach dem AGInsO anerkannte geeignete Stellen (Verbraucherinsolvenzberatung) und Präventionsmaßnahmen** **700,0** 778,0 **700,0**

Die Tit. 1012 - 633 05 und 684 03 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 381 01 überschritten werden. Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 1012-684 03.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Zur Förderung der nach dem Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung als "geeignete Stellen" anerkannten Schuldnerberatungsstellen in kommunaler Trägerschaft.
Vgl. Tit. 684 03.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung von "geeigneten Stellen im Sinne von § 305 Insolvenzordnung" (InsO) vom 21. Mai 2015 (Amtsbl. Schl.-H. 2015 S. 998).

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 633 05

			2018 EUR
1.		In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.		Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	700.000
		Summe	**700.000**

633 06	265	**Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte für die Mehrausgaben im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes**	**3.000,0** 3.000,0	**3.000,0**

Erläuterungen:

Mit dem Letter of Intent vom 09.12.2013 über den Ausgleich finanzieller Mehrbelastungen bei den Kommunen hat sich das Land zur Zahlung von jährlich 3 Mio. Euro für die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes verpflichtet.

633 08	265	**Erstattung von Kosten der Jugendhilfe bei fehlendem gewöhnlichen Aufenthalt**	**400,0** 238,1	**1.044,0**

Erläuterungen:

Die Kostenerstattung nach § 89, §§ 89 a, b, c und e SGB VIII erfolgt an örtliche Träger im Land Schleswig-Holstein, wenn für deren Zuständigkeit der tatsächliche Aufenthalt der Hilfeempfänger maßgeblich ist. Der Ansatz kann nur geschätzt werden.

Es besteht ein erheblicher Bearbeitungsstau aus den Jahren 2016 und 2017. Es gibt zur Zeit 72 vorliegende Fälle. Der Durchschnittssatz pro Fall beträgt 14.500 €.

633 10	263	**Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte im Zusammenhang mit der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung Fonds Frühe Hilfen über die Bundesstiftung Frühe Hilfen**	**1.496,1** 1.420,9	**1.496,1**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zugesagten Einnahmen bei Tit. 231 03 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Bundesinitiative Frühe Hilfen ist 2012 gestartet und war durch die entsprechende Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung bis zum 31.12.2017 befristet. Die auf Dauer eingerichtete Bundesstiftung Frühe Hilfen löst die Bundesinitiative zum 01.01.2018 ab.

634 02	265	**Zuschuss an den Fonds "Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975"**	**0,0** 1.073,2	**0,0**

Weggefallen.

636 01	291	**Erstattungen an Krankenkassen nach Abschnitt 5 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG)**	**1.153,1** 942,2	**1.147,3**

Erläuterungen:

Das Land hat den vorleistenden Krankenkassen seit dem 1. Januar 1996 die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche gem. § 22 SchKG zu erstatten. Den Erstattungsanspruch regelt die Vereinbarung zur Kostenerstattung bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen.
Siehe auch Tit. 671 01.

671 01	291	**Erstattung von Verwaltungskosten an Krankenkassen nach Abschnitt 5 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG)**	**92,3** 73,6	**91,8**

Erläuterungen:

Vgl. Erl. zu Tit. 636 01.

671 04	265	**Leistungen im Rahmen des Ergänzenden Hilfesystems für Opfer von sexuellem Kindesmissbrauch**	**40,0** 0,0	**40,0**

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für Leistungen im Rahmen des Ergänzenden Hilfesystems für Opfer von sexuellem Kindesmissbrauch im Verantwortungsbereich von Landeseinrichtungen der Jugendhilfe im Zeitraum vom 23. Mai 1949 bis 30. Juni 2013. Nach den Empfehlungen im Abschlussbericht des Runden Tisches sexueller Kindesmissbrauch soll Betroffenen schnelle und unbürokratische Hilfe, insbesondere Therapien, in Form von Sachleistungen bis zu einer Höhe von 10.000 Euro gewährt werden.

684 02	266	**Beiträge und Ähnliches an Vereine und Verbände**	**17,0** 15,7	**18,7**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 02

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)	2.200
2.	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF)	2.050
3.	Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe e.V. (AFET)	1.430
4.	Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ)	510
5.	Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)	12.100
6.	Bund Deutscher Stiftungen	400
	Summe	**18.690**

Mehr wegen Nr. 5.

684 03 236 **Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände und weitere soziale Einrichtungen für nach dem AGInsO anerkannte geeignete Stellen (Verbraucherinsolvenzberatung) und Präventionsmaßnahmen** — **4.516,8** / 3.838,8 — **4.516,8**

Die Tit. 1012 - 633 05 und 684 03 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 381 01 überschritten werden. Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 1012-633 05.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Veranschlagt sind insbesondere Personalkostenzuschüsse. Die zum 01. Juli 2014 in Kraft getretene Novellierung der InsO hat den Umfang der durch die geeigneten Stellen zu leistende Arbeit erheblich gesteigert.
Vgl. Tit. 633 05.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung von “geeigneten Stellen im Sinne von § 305 Insolvenzordnung“ (InsO) vom 21. Mai 2015 (Amtsbl. Schl.-H. 2015 S. 998).

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtlcihe Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	4.516.800
	Summe	**4.516.800**

919 01 851 **Zuführung an die Rücklage Kap. 1012** — **0,0** / 0,0 — **0,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 des Kapitels 1012 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 359 01.

01 Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe durch Fachveranstaltungen sowie Maßnahmen der Qualifizierung und Fortbildung

535 01 (MG 01) 236 **Kosten für Veranstaltungen und Informationen** — **49,0** / 18,7 — **49,0**

Der Ansatz darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 02 für die Veranstaltung, bei der die Mehreinnahmen entstanden sind, überschritten werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Durchführung von eigenen Veranstaltungen und Kooperationsveranstaltungen in Form von Informationsveranstaltungen, Fachtagungen, Seminaren, Workshops etc. sowie für Publikationen in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

546 01 (MG 01) 266 **Kosten für Fortbildung und Qualifizierung im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendhilfe, Landesjugendhilfeplanung** — **60,2** / 47,2 — **60,2**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 546 01

Der Ansatz darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 02 für die Veranstaltung, bei der die Mehreinnahmen entstanden sind, überschritten werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind
- Ausgaben für gesetzlich vorgeschriebene Fortbildungsmaßnahmen, die das Land als überörtlicher Träger der Jugendhilfe gem. § 85 Abs. 2 Ziff. 8 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendhilfe durchführt. Die Fortbildungsmaßnahmen finden in Form von Fachtagungen, Fachkonferenzen und Schulungen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt und können auch die Herausgaben von Fachpublikationen und Informationen beinhalten.
- Ausgaben für die Förderung und Fortentwicklung der Landesjugendhilfeplanung gem. § 80 SGB VIII und § 56 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) durch Gutachten, Expertisen, Fachveranstaltungen und Projekte im Rahmen von Fachplanungen.

Vorgesehen für:

		2018 EUR
1.	die Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen	24.000
2.	die Landesjugendhilfeplanung	2.000
3.	Fachkongresse und Fortbildungsmaßnahmen von Dritten, an deren Durchführung ein Landesinteresse besteht und das Land als Kooperationspartner mit eingebunden wird	34.200
	Summe	**60.200**

		Summe der Maßnahmegruppe 01	**109,2** 65,9	**109,2**

02 Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe

526 04 (MG 02) 266 **Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** — **170,2** 13,9 — **170,2**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Vergabe von Gutachten u. ä. im Bereich Kinderschutz.

534 01 (MG 02) 263 **Sächliche Verwaltungsausgaben im Rahmen der Information von Eltern** — **34,0** 19,0 — **34,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erstellung und den Versand von Informationsbroschüren für Eltern über das Zusammenleben mit neugeborenen Kindern gem. § 4 Abs. 1 des Gesetzes zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein vom 29. Mai 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 270) und für die Informationsmaterialien von Beratungsstellen.

535 02 (MG 02) 266 **Kosten für interdisziplinäre Fortbildung und Qualifizierung** — **70,0** 38,0 — **70,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Maßnahmen der Fortbildung und Qualifizierung gem. § 6 des Gesetzes zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein vom 29. Mai 2008 (GVOB. Schl.-H. S. 270).

632 02 (MG 02) 263 **Beteiligungen Schleswig-Holsteins an gemeinsamen Institutionen der Länder im Bereich der Jugendhilfe, insbesondere des Jugendschutzes** — **50,3** 46,3 — **50,3**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 632 02

Erläuterungen:

		2018 EUR
1.	Kosten für die Altersfreigabeentscheidungen durch die Ständigen Vertreter der obersten Landesjugendbehörden bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK)	13.000
2.	Kosten für die Altersfreigabeentscheidungen durch die Ständigen Vertreter der obersten Landesjugendbehörden bei der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK)	6.000
3.	Kosten der Überprüfung der Angebote von Telemedien und der Unterstützung der obersten Landesjugendbehörden bei deren Aufgaben sowie Beratung und Schulung bei Telemedien / Gemeinsame Stelle jugendschutz.net	14.600
4.	Kosten des Fachkräfteportals Kinder- und Jugendhilfe	5.000
5.	Beteiligung an den Overhead-Kosten der virtuellen Beratungsstelle BKE (Internetberatung für Jugendliche und Eltern - Online Beratung-)	10.000
6.	Beteiligung an den Kosten der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz	1.700
	Summe	**50.300**

633 07 (MG 02) 291 **Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Frühe Hilfen für Familien** — **1.050,0** / 449,9 — **1.050,0**

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für Maßnahmen gem. § 7 Abs. 3 i.V.m. § 8 des Gesetzes zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein vom 29. Mai 2008 (GVOBl. Schl.-H. S.270).

Der bisherige Förderbetrag in Höhe von bis zu 30.000 € pro Kreis und kreisfreier Stadt ist in 2017 um 20.000 € erhöht werden, um die schwangeren Flüchtlingsfrauen und Mütter mit zusätzlichen oder erweiterten Angeboten zu unterstützen. Darüber hinaus ist der Ansatz um jeweils 20.000 € pro Kreis und kreisfreier Stadt erhöht worden, für Angebote Früher Hilfen, die zu einer engeren Vernetzung von Jugendhilfe und Gesundheitswesen beitragen.

Richtlinie für die Förderung von Kommunen für frühe und rechtzeitige Hilfen und Leistungen für Eltern und Kinder (Landesprogramm “Schutzengel vor Ort“) vom 14. Dezember 2015 (Amtsbl. Schl.-H. 2016 S. 8).

und

Richtlinie für die Förderung von Kommunen für Angebote Früher Hilfen für Flüchtlinge und für vernetzte Angebote von Jugendhilfe und Gesundheitswesen (Landesprogramm Frühe Hilfen für Flüchtlinge und Vernetzung Jugendhilfe und Gesundheitswesen) vom 25. Juli 2017 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1126).

684 04 (MG 02) 266 **Zuschüsse zu Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Kinderschutzgesetzes** — **75,0** / 45,7 — **75,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Die Mittel sind veranschlagt für Maßnahmen zur Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein vom 29. Mai 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 270), insbesondere für Maßnahmen nach § 4 KiSchG.

Ziel:
Bildung, Beratung und Unterstützung von Familien.

Kennzahlen:
3 modellhafte Projekte jährlich.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	45.000
	Summe	**45.000**

684 18 (MG 02) 263 **Förderung des PETZE Instituts für Gewaltprävention** — **60,0** / 0,0 — **128,5**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 18

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Die Mittel sind veranschlagt für Maßnahmen gem. § 5 des Gesetzes zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein vom 29. Mai 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 270), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2015 (GVOBl. Schl.-H. S. 415).

Ziel:
Prävention von sexuellem Missbrauch

Kennzahlen:
4 Projekte des Petze-Instituts jährlich

		Summe der Maßnahmegruppe 02	**1.509,5** 612,8	**1.578,0**

03 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz

634 01 (MG 03)	261	**Gemeinschaftsaktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder"**	**80,0** 80,0	**80,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt sind Mittel für einen Fonds zugunsten der Aktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder". Der Fonds setzt sich zusammen aus Landesmitteln, Mitteln des Deutschen Kinderhilfswerks e.V. und eingeworbenen Spenden.
Unterstützt werden insbesondere Maßnahmen der Gemeinschaftsaktion sowie Maßnahmen der Mitbestimmung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungsprozessen im Zuge der Umsetzung des § 47 f der Gemeindeordnung.
Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Grundsätze der Förderung der Gemeinschaftsaktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder" vom 17. Januar 2005.

Ziel:
Ziel der Gemeinschaftsaktion ist, die Alltagssituation von Kindern zu verbessern, auf günstige Lebensverhältnisse und Umweltbedingungen für Kinder sowie auf eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft in Schleswig-Holstein hinzuwirken.

Kennzahlen:
25 Maßnahmen.

681 01 (MG 03)	261	**Zuschüsse für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements**	**695,0** 729,3	**695,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Erstattung des durch die Inanspruchnahme der Freistellung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit entstandenen Bruttoverdienstausfalles gemäß § 23 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Januar 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 8).

Kennzahlen: 713 Anträge, 6.764 Maßnahmetage, 4.745 Freistellungstage (Ehrenamtstage)

681 02 (MG 03)	261	**Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes**	**20,0** 23,4	**20,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Das Deutsch-Französische Jugendwerk gewährt nach Maßgabe besonderer Förderrichtlinien aus einem Gemeinschaftsfonds, der sich aus Mitteln der beiden Regierungen speist, Zuschüsse für die in Artikel 2 des Abkommens über das Deutsch-Französische Jugendwerk vom 26. April 2005 aufgeführten Maßnahmen.
Die Mittel sind veranschlagt für die Durchführung außerschulischer deutsch-französischer Jugendbegegnungen (vgl. Tit. 282 01).

681 03 (MG 03)	261	**Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes**	**20,0** 8,9	**20,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 02 geleistet werden.

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 681 03

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk gewährt nach Maßgabe besonderer Förderrichtlinien aus einem Gemeinschaftsfonds, der sich aus Mitteln der beiden Regierungen speist, Zuschüsse für die in Art. 2 des Abkommens über das Deutsch-Polnische Jugendwerk vom 17.Juni 1991 aufgeführten Maßnahmen.
Die Mittel sind veranschlagt für die Durchführung außerschulischer deutsch-polnischer Jugendbegegnungen (vgl. Tit. 282 02).

681 05 (MG 03) 261 **Maßnahmen im Rahmen der deutsch-israelischen Jugendarbeit** — **10,0** / 10,4 — **10,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 282 03 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Die Mittel sind veranschlagt für Sondermaßnahmen außerschulischer deutsch-israelischer Jugendbegegnungen gem. Nr. III 3.4.1.3 Abs. 1 Buchst. b) und c) der Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) vom 16.01.2012.

681 06 (MG 03) 261 **Maßnahmen im Rahmen der deutsch-tschechischen Jugendarbeit** — **10,0** / 2,6 — **10,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 282 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Die Mittel sind veranschlagt für Sondermaßnahmen außerschulischer deutsch-tschechischer Jugendbegegnungen gem. Nr. III 3.4.1.3 Abs 1 b) und c) der Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) vom 16.01.2012.

681 07 (MG 03) 261 **Maßnahmen im Rahmen der deutsch-russischen Jugendarbeit** — **10,0** / 11,9 — **10,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 05 geleistet werden

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Die Mittel sind veranschlagt für Sondermaßnahmen außerschulischer deutsch-russischer Jugendbegegnungen gem. Nr. III 3.4.1.3 Abs. 1 b) und c) der Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) vom 16.01.2012.

684 05 (MG 03) 261 **Zuschüsse für die Landesarbeitsgemeinschaft der offenen Kinder- und Jugendarbeit** — **0,0** / 0,0 — **25,0**

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für eine hauptamtlich geführte “Landesarbeitsstelle der offenen Kinder- und Jugendarbeit“, die gemeinsam vom Land und von den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten finanziert wird. Sie sollen sollen projektbezogen zunächst für zwei Jahre eingesetzt werden.

684 07 (MG 03) 261 **Zuschüsse für die Internationale Jugendarbeit** — **73,0** / 46,2 — **73,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Mittel sind gemäß § 13 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158) in Anlehnung an die Richtlinien des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP) vom 16.01.2012 veranschlagt für die Förderung von internationalen Jugendbegegnungen, internationalen Maßnahmen mit Fachkräften der Jugendhilfe und Sondermaßnahmen der internationalen Jugendarbeit.

Ziel:
Die Kooperation zwischen jungen Menschen aus Schleswig-Holstein und dem Ausland ist intensiviert.

Kennzahlen:
35 Maßnahmen mit insges. 1.000 TN, davon 500 weiblich und 500 männlich.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung des internationalen Jugendaustausches vom 26. November 2012 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1288). Verlängerung der Geltungsdauer vom 04. Dezember 2015 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1470).

684 08 (MG 03) 261 **Zuschuss für Bauspielplatz Roter Hahn e.V.** — **20,0** / 0,0 — **20,0**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 08

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Ziel:
Die handlungsorientierten Angebote im außerschulischen Bildungsbereich des Geschichtserlebnisraumes Lübeck sind konzeptionell weiterentwickelt.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	20.000
	Summe	**20.000**

684 09 (MG 03)	261	**Zuschüsse zur institutionellen Förderung der auf Landesebene anerkannten Jugendverbände**	**1.101,0** 1.065,8		**1.156,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Ziel:
Die Vielfalt und unterschiedliche fachliche Ausrichtung der Träger gewährleistet ein umfassendes Angebot für Kinder und Jugendliche.

Kennzahlen:
30 Jugendverbände (davon 15 mit 17 Jugendbildungsreferentinnen und- referenten), 3.700 Bildungsangebote, 220 Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Mittel sind veranschlagt zur Förderung der Jugendverbände gemäß §§ 12 Abs. 1, 74 SGB VIII und 3 20 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05. Februar 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Januar 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 8).

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie für die institutionelle Förderung der auf Landesebene anerkannten Jugendverbände (Verbandsrichtlinie) vom 23. März 2017 (Amtsbl. Schl.-H. S. 502).

684 10 (MG 03)	261	**Zuschüsse an den Landesjugendring**	**360,0** 360,0		**470,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Ziel:
Die Beratung und fachliche Weiterentwicklung der Jugendverbandsarbeit ist gewährleistet. Eine jugendpolitische Interessenvertretung ist vorhanden.

Kennzahlen:
24 Mitgliedsverbände und 24 Anschlussverbände auf Landesebene, 15 Kreis- und Stadtjugendringe.

Die Mittel sind veranschlagt gemäß §§ 9 Ziff. 3, 12 Abs. 2 und 74 SGB VIII i.V.m. §§ 2, 10 und 20 des Jugendförderungsgesetzes (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Januar 2017 (GVOBl.-Schl.-H. S. 8), zur institutionellen Förderung des Landesjugendringes Schleswig-Holstein e.V..

Vorgesehen für:

		2018 EUR
1.	den Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V.	391.900
2.	das an den Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V. angeschlossene Ostsee-Jugendbüro	78.100
	Summe	**470.000**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 10

zu 1.) Förderung des Landesjugendringes Schleswig-Holstein e.V.
Die Mitteln sind u.a. vorgesehen für:

		2018 EUR
1.	die Mädchenarbeit landesweit und in der Jugendverbandsarbeit	85.400
2.	die Zentralstellenfunktion für die bundeseinheitliche Card für Jugendleiterinnen und Jugendleiter (JULEICA) und Qulitätssicherung und Weiterentwicklung der JULEICA	55.500
3.	die Geschäftsführung für die LAG Mädchen und junge Frauen nach § 78 SGB VIII und Unterstützung der LAG Jungen	27.250
4.	den Betrieb des beim Landesjugendring angesiedelten Schleswig-Holsteinischen Jugendservers	9.000
	Summe	**177.150**

Mit der erhöhten Förderung von 110,0 T€ übernimmt der Landesjugendring weitere Aufgaben in den Bereichen Abwicklung der Juleica, Beratung Verdienstausfall und landesweite Mädchen- und Jungenarbeit.

684 16 261 **Zuschüsse zur institutionellen Förderung von überregionalen freien Trägern** **558,5** 557,8 **558,5**
(MG 03)

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Ziel:
Kinder und Jugendliche nutzen eine Vielfalt an Bildungsangeboten und erwerben individuelle und soziale Kompetenzen. Kindern, Jugendlichen und Eltern stehen qualifizierte Beratungs- und Hilfsangebote bei Gewalt gegen Kinder zur Verfügung.

Kennzahlen:
9 Landesarbeitsgemeinschaften und Verbände der kulturellen Jugendbildung,
1 Dachverband (Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Schleswig-Holstein e.V.),
2 überregionale Träger des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.

Die Mittel sind veranschlagt gemäß §§ 4, 9, 14, 73 und 74 SGB VIII i.V.m. §§ 2, 21, 26, 27 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05. Februar 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Januar 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 8), für die institutionelle Förderung von überregionalen freien Trägern in der Jugendhilfe.

		2018 EUR
1.	Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, Landesarbeitsgemeinschaften und Verbände der kulturellen Jugendbildung	206.900
2.	Aktion Kinder- und Jugendschutz	180.000
3.	Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.	171.600
	Summe	**558.500**

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinien für die institutionelle Förderung von überregional tätigen Trägern in der Jugendhilfe vom 10. Dezember 2015 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1509).

685 01 261 **Ferienwerk Schleswig-Holstein** **450,0** 242,0 **450,0**
(MG 03)

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Mittel sind veranschlagt für Maßnahmen gemäß § 11 Abs. 3 SGB VIII i.V.m. § 19 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05. Februar 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Januar 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 8).

Kennzahlen: 200 Maßnahmen mit 2.800 teilnehmenden Kindern.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung von Ferien- und Freizeitmaßnahmen mit Kindern und Jugendlichen (Jugendferienwerksrichtlinie) vom 20. Juni 2017 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1061).

Summe der Maßnahmegruppe 03	**3.407,5** 3.138,3	**3.597,5**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

04 Familienförderung

671 03 (MG 04) 236 **Erstattungen an Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz** — **3.030,9** / 2.258,9 — **2.995,0**

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen an Beratungsstellen gemäß § 4 SchKG, § 2 Abs. 1 SchwKGBerStFöG, §§ 1 und 4 BeratStKostVO.

100,0 T€ für einen vorübergehenden flüchtlingsbedingten Beratungsbedarf in den örtlichen Beratungsstellen.

684 12 (MG 04) 263 **Zuschüsse für Angebote zur Bildung, Beratung und Unterstützung von Familien und anderen Lebensgemeinschaften** — **952,4** / 917,7 — **900,6**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Ziel:
Ein plurales Bildungs-, Beratungs- und Informationsangebot für Familien ist sichergestellt.

Kennzahlen:
zu Nr. 1: 31 Familienbildungsstätten
zu Nr. 2: 5 Beratungsstellen für Familien und Alleinerziehende mit besonderen Beratungsbedarfen
zu Nr. 3: 360 Veranstaltungen mit insgesamt 6.500 Teilnehmenden und 250 E-Mail Anfragen
zu Nr. 4: 1/2 Personalstelle und bis zu 3 Fortbildungsmaßnahmen

Die Mittel sind gem. §§ 16 - 18 und § 74 Abs. 1 SGB VIII veranschlagt zur Sicherstellung eines pluralen Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebots von Familien und anderen Lebensgemeinschaften. Gefördert werden die laufenden Personal- und Sachkosten der landesweit tätigen Einrichtungen.

Vorgesehen für:

		2018 EUR
1.	die 31 Familienbildungsstätten (FBS) der freien Wohlfahrtsverbände	553.100
2.	die Förderung von speziellen Beratungsangeboten	147.500
3.	den Landesverband Pro Familia	170.000
4.	Landeskoordinierungsstelle wellcome	30.000
	Summe	**900.600**

Zu Nr. 1:
Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zu den Personal- und Sachausgaben der Familienbildungsstätten in Schleswig-Holstein (Förderrichtlinie - Familienbildungsstätten) vom 29. November 2010 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1114).

Summe der Maßnahmegruppe 04 — **3.983,3** / 3.176,6 — **3.895,6**

05 Investive Maßnahmen in der Jugendhilfe

883 03 (MG 05) 261 **Zuweisungen für Investitionen in Stätten der Jugendarbeit kommunaler Träger** — **81,0** / 13,3 — **81,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	243
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	81
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	81
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	81
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 883 03

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Mittel sind auf der Grundlage von § 74 Abs. 6 SGB VIII sowie § 22 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158) veranschlagt für Bau, Erwerb, Einrichtung und Bauerhaltung von Stätten der Jugendarbeit kommunaler Träger.
Aus den veranschlagten Mitteln werden diverse kleinere Projekte mit einem Zuwendungsbedarf bis 25,5 T€ finanziert.
Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Stätten der Jugendarbeit vom 24. September 2004 (Amtsbl. Schl.-H. S. 830); Verlängerung der Geltungsdauer vom 10. Dezember 2009 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1460) und vom 26. November 2012 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1293).

Ziel:
Kindern und Jugendlichen stehen jugendgerechte und zeitgemäße Stätten der Jugendarbeit in ausreichender Anzahl zur Verfügung. Strukturnachteile im Land sind ausgeglichen und besonders kleine und/oder ländliche Räume sind unterstützt.

Kennzahlen:
Ca. 4 Baumaßnahmen pro Jahr.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	81.000
	Summe	**81.000**

893 01 (MG 05)	263	**Zuschüsse für Investitionen in Familienbildungsstätten**	**60,0** 52,4		**60,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Mittel sind auf der Grundlage von § 16 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII und §§ 29 bis 31 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158) veranschlagt für den Neu-, Um- und Ausbau sowie die Modernisierung und Instandsetzung von Familienbildungsstätten.
Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zu Investitionen in Familienbildungsstätten in Schleswig-Holstein vom 03.06.2013 (Amtsbl. Schl.-H. S. 397).

Ziel:
Ein bedarfsgemäßes, zeitgemäßes und preiswertes Angebot für Familien, Kinder und Jugendliche im Bereich der Familienbildungsstätten ist sichergestellt.

Kennzahlen:
Deckung des Investitionsbedarfs bei zwei Familienbildungsstätten.

893 03 (MG 05)	261	**Zuschüsse für Investitionen in Stätten der Jugendarbeit freier Träger**	**324,0** 0,0		**324,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	1.296
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	324
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	324
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	324
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	324

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 893 03

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Mittel sind auf der Grundlage von § 74 Abs. 6 SGB VIII sowie § 22 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158) veranschlagt für Bau, Erwerb, Einrichtung und Bauerhaltung von Stätten der Jugendarbeit freier Träger.
Aus den veranschlagten Mitteln werden insbesondere die Modernisierung der Jugendbildungsstätte Niendorf in Timmendorfer Strand sowie 2 kleinere Baumaßnahmen gefördert.
Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Stätten der Jugendarbeit vom 24. September 2004 (Amtsbl. Schl.-H. S. 830); Verlängerung der Geltungsdauer vom 10. Dezember 2009 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1460) und vom 26. November 2012 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1293).

Ziel:
Kindern und Jugendlichen stehen jugendgerechte und zeitgemäße Stätten der Jugendarbeit in ausreichender Anzahl zur Verfügung.

Kennzahlen:
Ca. 3 - 4 Projekte pro Jahr.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 **EUR**
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	324.000
	Summe	**324.000**

893 05 (MG 05)	261	**Zuschüsse für Investitionen in Jugendherbergen**		**185,0** 0,0	**185,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	555
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	185
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	185
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	185
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Ziel:
Kindern, Jugendlichen und Familien stehen bedarfsgerechte, zeitgemäße und preiswerte Unterkünfte in Jugendherbergen zu Freizeit- und Bildungszwecken in ausreichender Anzahl zur Verfügung.

Kennzahlen:
1 Baumaßnahme (Modernisierung einer Jugendherberge) pro Jahr.

Vorgesehen zur verstärkten Förderung von Investitionsmaßnahmen bei Jugendherbergen des DJH-Landesverbandes Nordmark e. V. sowie zur Grundsanierung alter Jugendherbergen.
Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Stätten der Jugendarbeit vom 24. September 2004 (Amtsbl. Schl.-H. S. 830); Verlängerung der Geltungsdauer vom 10. Dezember 2009 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1460) und vom 26. November 2012 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1293).

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 893 05

			2018 EUR
1.		In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.		Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	185.000
		Summe	**185.000**

893 06 (MG 05) 291 **Zuschüsse für Investitionen in Frauenfacheinrichtungen** — **0,0** / 0,0 — **0,0**

Übertragen nach 09 01 - 893 06 infolge Änderung der Geschäftsverteilung

Summe der Maßnahmegruppe 05 — **650,0** / 65,7 — **650,0**

06 Präventive Maßnahmen, Finanzierungsbeteiligung gem. § 58 JuFöG

633 02 (MG 06) 266 **Zuweisungen für präventive Maßnahmen örtlicher Jugendhilfeträger** — **1.145,0** / 639,9 — **645,0**

500,0 T€ übertragen nach Tit. 633 18 (MG 06).

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für den Ausbau der Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Grundlage für die Zuwendung ist die “Gemeinsame Empfehlung für die Vergabe von Mitteln zur Förderung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule“ des MJF vom 30.04.2004 (aktualisierte Fassung vom 01.10.2014). Die Kreise und Städte erhalten außerdem Mittel für die Förderung von Maßnahmen der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.

633 03 (MG 06) 266 **Beteiligung an Aufwendungen zum Schutz junger Menschen** — **463,5** / 366,8 — **463,5**

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für den Bedarf im Bereich der einzelfallunabhängigen Maßnahmen zur Absicherung der Kinderschutzzentren Kiel, Lübeck, Westküste und Segeberg mit je 96,7 T€ sowie zur Absicherung der Zufluchtstätte für Mädchen LOTTA mit 76,7 T€.

633 18 (MG 06) 266 **Förderung von Projekten für Kinder und Jugendliche mit besonderen Unterstützungsbedarfen und zur Verbesserung der Strukturen für Partizipation und Beschwerde in der Heimerziehung** — **0,0** / 0,0 — **500,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	1.000
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	500
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	500
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Gefördert werden vorrangig bis zu acht Projekte, welche die Entwicklung und Umsetzung effektiver Hilfen für Kinder und Jugendliche mit besonderen Unterstützungsbedarfen (sog. Grenzgänger) zum Ziel haben.
Ziel ist die Entwicklung und Umsetzung eines mit lokalen Verantwortungsträgern der öffentlichen und freien Jugendhilfe abgestimmten Konzeptes zur Verbesserung der Versorgungs- und Therapiemöglichkeiten in den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes Schleswig-Holstein für Kinder und Jugendliche mit besonderen Unterstützungsbedarfen.
Die Fördermaßnahmen sind 2018 zur Fortführung und Weiterentwicklung von Projekten und Projektstrukturen vorgesehen. Kreise, Städte und Ministerium stehen hier in engem Austausch, der 2018 fortgesetzt werden soll. Langfristig ist eine Verstetigung im Rahmen einer Förderrichtlinie geplant.

684 14 (MG 06) 266 **Zuschüsse für präventive Maßnahmen freier Träger** — **260,2** / 206,0 — **260,2**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 14

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Die Mittel sind vorgesehen für präventive Maßnahmen der freien Träger, Vereine und Verbände, insbes. für Leistungen nach den §§ 16 bis 18 SGB VIII, und zur Kofinanzierung von Bundes- und EU-Programmen. Es können auch Maßnahmen zur Betreuung von jugendlichen Intensivtätern und sonstige Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe gefördert werden.

		2018 EUR
1.	Kinder-, Jugend- und Elterntelefone	85.000
2.	Serviceagentur Ganztägig lernen - Deutsche Kinder- und Jugendstiftung	25.000
3.	Co-Finanzierung Rechtsextremismusprogramm des Bundes	25.000
4.	Co-Finanzierung von EU-Förderprogrammen	50.000
5.	Förderung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe	75.200
	Summe	**260.200**

		Summe der Maßnahmegruppe 06	**1.868,7** 1.212,7	**1.868,7**

07 Unbegleitete minderjährige Ausländer

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

526 05 (MG 07)	265	**Erstattung von Dolmetscher- und Übersetzerkosten**	**8,0** 0,9	**8,0**

Erläuterungen:

Die Heimaufsicht des Landesjugendamtes ist im Rahmen von örtlichen Prüfungen berechtigt, sich mit Kindern und Jugendlichen in Verbindung zu setzen und sie ggf. zu ihrer Situation in der Einrichtung und etwaigen einrichtungsbezogenen Beschwerden zu befragen. Die so gewonnenen Erkenntnisse sind für die Aufgabenerfüllung der Heimaufsicht wesentlich und damit zur Beurteilung von Beschwerden und Sachverhalten ein unverzichtbares Element. Aus den stark gestiegenen Zugangszahlen unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer in Schleswig-Holstein und deren regelmäßiger Unterbringung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe resultiert für den Aufgabenbereich der Heimaufsicht ein zusätzlicher Bedarf an Dolmetscher- und Übersetzungsleistungen zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben. Die Leistungen fallen anlassbezogen und in Abhängigkeit eingehender Beschwerden und Sachverhalte an.

633 15 (MG 07)	265	**Erstattung von Kosten der Hilfe zur Erziehung für unbegleitete minderjährige Ausländer und Asylbewerber**	**89.525,3** 71.630,8	**69.424,0**

Erläuterungen:

Ab dem 01.11.2015 tragen die Länder nach § 89 d Abs. 1 SGB VIII jeweils die Kosten für die im Land befindlichen unbegleiteten minderjährigen Ausländer. Für das Jahr 2019 wird von rd. 1.600 unbegleiteten minderjährigen Ausländern ausgegangen, für die Schleswig-Holstein kostenpflichtig ist.

Weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

684 13 (MG 07)	265	**Unterstützung für unbegleitete minderjährige Ausländer**	**100,0** 100,0	**0,0**

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Der Titel wurde zur Förderung von Projekten z. B. des Vormundschaftsvereins Lifeline e. V. eingerichtet. Der Verein wird inzwischen aus dem Titel 684 20 gefördert, Förderanträge anderer Träger liegen nicht vor.
Der Bedarf für diesen Fördertitel besteht daher nicht mehr.

684 20 (MG 07)	265	**Förderung von Vormundschaftsvereinen mit Erlaubnis gem. § 54 SGB VIII**	**100,0** 0,0	**105,0**

Erläuterungen:

Die Förderung von Vormundschaftsvereinen soll zu einer Entlastung bei den Kommunen führen, da dann weniger Amtsvormundschaften notwendig werden.

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

684 26 (MG 07) 265 **Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Pflege- und Gastfamilien und in anderen Formen der Betreuung**
157,6 / 157,7 | **0,0**

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Ursprünglich auf mindestens drei Jahre angelegtes Projekt der AWO zur Unterstützung der Jugendämter bei der Gewinnung und Qualifizierung von Gast- bzw. Pflegefamilien.
Nach Ablauf des ersten Projektjahres hat die AWO mitgeteilt, dass das Projekt nicht fortgesetzt werden soll, da der Bedarf der Jugendämter hinsichtlich Werbung und Schulung potentieller Gast- bzw. Pflegefamilien inzwischen gedeckt sei.

685 02 (MG 07) 265 **Maßnahmen der Beratung im Umgang mit traumatisierten unbegleiteten minderjährigen Ausländern**
300,0 / 37,5 | **400,0**

Erläuterungen:

Unbegleitete minderjährige Ausländer haben aufgrund ihrer speziellen Situation häufig einen (höheren) traumapädagogischen/-therapeutischen Betreuungsbedarf, bedürfen aber nicht zwangsläufig einer stationären Traumatherapie in der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP). Vor diesem Hintergrund sollen regionale psychiatrische/psychotherapeutische Beratungsangebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Jugendhilfeeinrichtungen geschaffen werden, um entsprechende psychische Krisen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländern frühzeitig zu erkennen, qualifiziert reagieren und so ggf. unnötige KJP-Einweisungen vermeiden zu können.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	300.000
	Summe	**300.000**

Summe der Maßnahmegruppe 07
90.190,9 / 71.926,9 | **69.937,0**

08 Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei MG 08 überschritten werden.

Erläuterungen:

Nach § 78 g SGB VIII sind in den Ländern durch Rechtsverordnung Schiedsstellen für Streit- und Konfliktfälle aus den Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen nach § 78 b SGB VIII einzurichten.
Für Schleswig-Holstein wird die Geschäftsstelle der Schiedsstelle vom MSGJFS gestellt. Die Kosten der Schiedsstelle und deren Geschäftsstelle sollen nach der Schiedsstellen-Verordnung vom 13.12.2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 678), zuletzt geändert 15.03.2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 52), durch Gebühren und Umlagen von den Verbänden der öffentlichen Jugendhilfeträger und der freien und privaten Einrichtungsträger gedeckt werden.
Vgl. MG 08 (Einnahmen).

526 02 (MG 08) 266 **Kosten der Schiedsstelle nach § 11 KJHSVO**
4,0 / 0,0 | **4,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Aufwandspauschale und die Reisekosten des vorsitzenden Mitglieds und des stellvertretenden vorsitzenden Mitglieds der Schiedsstelle.

546 02 (MG 08) 266 **Vermischte Verwaltungsausgaben**
1,0 / 0,0 | **1,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die sonstigen Verwaltungsausgaben der Geschäftsstelle.

Summe der Maßnahmegruppe 08
5,0 / 0,0 | **5,0**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

09 Fonds Frühe Hilfen über die Bundesstiftung Frühe Hilfen

Ausgaben dürfen insgesamt bis zur Höhe der zugesagten Einnahmen bei Tit. 231 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Auf Grundlage des Art. 1 § 3 Bundeskinderschutzgesetz (BKiSchG) hat der Bund eine Initiative aufgelegt, die die Förderung des Auf- und Ausbaus von Netzwerkstrukturen Früher Hilfen auf kommunaler Ebene unter besonderer Berücksichtigung von Familienhebammen und Ehrenamtsstrukturen zum Ziel hat. Sie ist per Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern näher ausgestaltet worden. Für Koordinierungsaufgaben auf Landesebene erhält Schleswig-Holstein vom Bund 120.000 Euro (Personal- und Sachkosten).

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie für die Förderung von Kreisen und kreisfreien Städten zur Umsetzung der Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen vom 11. Juli 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 598).

428 02 (MG 09)	263	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**90,0** 86,8	**90,0**
533 01 (MG 09)	263	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**10,0** 2,0	**10,0**
535 03 (MG 09)	263	**Kosten für interdisziplinäre Fortbildung und Qualifizierung**	**10,0** 14,9	**10,0**
547 01 (MG 09)	263	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**10,0** 4,6	**10,0**
631 04 (MG 09)	263	**Erstattungen an den Bund**	**0,0** 11,6	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für etwaige Rückzahlungen an den Bund.

Summe der Maßnahmegruppe 09	**120,0** 119,9	**120,0**

11 Seniorenpolitische Maßnahmen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für Maßnahmen und Projekte für die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen
- zur Aktivierung der Potentiale älterer Menschen,
- zur Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe sowie
- zur Unterstützung des solidarischen Miteinanders der Generationen.

Richtlinie zur Förderung von seniorenpolitischen Maßnahmen vom 22. Juli 2014 (Amtsbl. Schl.-H. S. 600).

531 03 (MG 11)	291	**Öffentlichkeitsarbeit**	**2,6** 0,0	**2,6**

Erläuterungen:

Präsentation und Dokumentation im Rahmen der Seniorenpolitik.

547 03 (MG 11)	291	**Veranstaltungen**	**11,0** 9,0	**11,0**

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für Veranstaltungen im Rahmen der Seniorenpolitik.

633 04 (MG 11)	219	**Zuschüsse an Kommunen für innovative und modellhafte Projekte**	**10,0** 0,0	**10,0**

Erläuterungen:

Weiterentwicklung der Seniorenpolitik durch die Unterstützung von innovativen, modellhaften und durch Kommunen initiierte Projekte.

684 22 (MG 11)	291	**Zuschüsse an Vereine, Verbände und freie Seniorinnen-/Senioren-Selbsthilfegruppen**	**85,0** 81,7	**85,0**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 22

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Weiterentwicklung des Programms “Landesnetzwerk seniorTrainer/in in Schleswig-Holstein“, seniorenpolitisches Internetportal, Projekte mit Bezug auf die demographische Entwicklung, Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen.

Ziele:
- Aktivierung der Potenziale älterer Menschen,
- Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe,
- Unterstützung des solidarischen Miteinanders der Generationen.

Kennzahlen:
mindestens eine mehrtägige Weiterbildung sowie 5 eintägige Fortbildungen.

684 23 (MG 11)	291	**Zuschüsse an den Landesseniorenrat**	**68,0** 68,0	**68,0**

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Zuschüsse an den ehrenamtlich tätigen Landesseniorenrat zur Unterstützung der politischen und parteiunabhängigen Teilhabe älterer Menschen, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung.

Ziel:
Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe älterer Menschen.

Kennzahlen:
- 1 Mitgliederversammlung
- mindestens 2 regionale Fachtagungen für Seniorenbeiräte
- mindestens 2 Schulungen für Seniorenbeiräte
- 1 Fortbildung für den Vorstand

	Summe der Maßnahmegruppe 11	**176,6** 158,7	**176,6**

12 Förderung des “Freiwilligen Sozialen Jahres“

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Trotz Einführung des neuen Bundesfreiwilligendienstes seit dem 01.07.2011 ist der Bedarf und die Nachfrage nach FSJ-Plätzen unvermindert hoch. Viele Träger haben ihre Platzzahlen erhöht, auch zur Kompensation der weggefallenen Zivildienststellen. Das FSJ ist ein bewährtes Erfolgsformat. Die Freiwilligen leisten mit ihrem sozialen Dienst einen wertvollen Beitrag für das Allgemeinwohl und gleichzeitig können die Jugendlichen das FSJ für sich persönlich als Bildungs- und Orientierungsjahr nutzen. Die pädagogische Begleitung macht das FSJ besonders attraktiv, weil so weitere Qualifikationen gewonnen werden, die auf dem Arbeitsmarkt von Vorteil sind. Das FSJ wirkt zumindest vorübergehend positiv gegen Jugendarbeitslosigkeit. Insbesondere für die sozialpflegerischen Berufe hat das FSJ grundlegende Bedeutung. Eine vergleichsweise große Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird mittlerweile über ein zuvor geleistetes freiwilliges soziales Jahr angeworben bzw. gewonnen.
Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres in Schleswig-Holstein (FSJ-Richtlinie) vom 17. Juli 2014 (Amtsbl. Schl.-H. S. 567).

Ziel:
Ausbau der vorhandenen FSJ-Landschaft zu einem qualitativ und quantitativen Angebot.

Kennzahlen:
Ab dem FSJ-Jahr 2013/2014 werden 792 FSJ-Plätze à 1.200 € gefördert werden.

682 01 (MG 12)	236	**Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen**	**76,8** 62,0	**76,8**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2018
Neuverpflichtung insgesamt	52
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	52
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 682 01

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	52.000
	Summe	**52.000**

683 01 (MG 12)	236	**Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen**		**230,4** 232,8	**230,4**

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	154
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	154
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	154.000
	Summe	**154.000**

684 17 (MG 12)	236	**Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen**		**643,2** 596,0	**697,2**

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	429
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	429
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Belastung des Haushaltsjahres 2018 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2017 stellt sich wie folgt dar:

		2018 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2018	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2017 (Fälligkeitsbetrag 2018)	429.000
	Summe	**429.000**

In 2018 ergibt sich ein einmaliger Mehrbedarf in Höhe von 54,0 T€ aus einer Nachzahlungsverpflichtung aus dem 4. Quartal 2016.

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Summe der Maßnahmegruppe 12	**950,4** 890,8	**1.004,4**

14 Bürgergesellschaft und allgemeine soziale Maßnahmen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe mit Ausnahme der Titel 633 14, 684 19 und 684 24.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Beim MSGJFS ist auf Beschluss der Landesregierung die Landesinitiative Bürgergesellschaft als zentrale Koordinierungs- und Ansprechstelle eingerichtet worden. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist, Konzepte zur Stärkung und Förderung freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln und so neue Impulse für die Verwirklichung der Bürgergesellschaft zu geben.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie über die Vergabe von Fördermitteln zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Schleswig-Holstein vom 26. März 2013 (Amtsbl. Schl.-H. S. 334).

Ziel:
Aufwertung des Stellenwertes des bürgerschaftlichen Engagements, Aufbau und Unterstützung einer breiten, engagementfreundlichen Infrastruktur, Steigerung der Engagementquote.

Kennzahlen:
Ermutigung einer Vielzahl von Akteuren, sich stärker als bisher für bürgerschaftliches Engagement zu öffnen (Abfrage der Zahl der Engagierten im Verwendungsnachweis).

531 05 (MG 14)	291	**Öffentlichkeitsarbeit**	**5,0** 0,2	**5,0**
533 03 (MG 14)	291	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**15,0** 11,4	**15,0**
547 05 (MG 14)	291	**Veranstaltungen**	**10,0** 1,6	**10,0**
633 12 (MG 14)	291	**Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements** **Erläuterungen:** Zuwendungstitel (Förderprogramm)	**4,3** 0,0	**4,3**
633 14 (MG 14)	291	**Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Einrichtung von Beratungsstellen "Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe"**	**1.000,0** 203,0	**1.000,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 684 19 und 684 24.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm).

Gefördert werden Personal- und Sachausgaben für kreisweite Beratungsstellen im Rahmen der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe. Ziel ist die regionale Vernetzung, Information und Qualifikation von Flüchtlingsinitiativen.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie über die Vergabe von Fördermitteln für die Einrichtung von Beratungsstellen für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein vom 04. August 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 811).

633 19 (MG 14)	291	**Zuweisungen zur Stärkung des Ehrenamtes und der Selbsthilfe im sozialen Bereich an Gemeinden und Gemeindeverbände** **Erläuterungen:** Zuwendungstitel (Förderprogramm)	**0,0** 0,0	**3,0**
681 08 (MG 14)	291	**Zuschüsse an sonstige Bereiche für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements** **Erläuterungen:** Zuwendungstitel (Förderprogramm)	**12,8** 0,4	**12,8**
683 03 (MG 14)	291	**Zuschüsse an private Unternehmen für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements** **Erläuterungen:** Zuwendungstitel (Förderprogramm)	**8,5** 0,0	**8,5**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

684 06 (MG 14) 291 **Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements** — **63,5** / 82,4 — **63,5**

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

684 15 (MG 14) 291 **Allgemeine soziale Maßnahmen wohlfahrtsverbandsunabhängiger Träger** — **50,6** / 19,6 — **50,6**

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung allgemeiner sozialer Maßnahmen wohlfahrtsverbandsunabhängiger Träger vom 29. September 2017 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1321).

Ziele:
- Schaffung und Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für eine möglichst selbständige und selbstbestimmte Lebensführung
- Verbesserung der Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe
- Schaffung von Chancengleichheit für die Bevölkerungsgruppen
- Erarbeitung und Weiterentwicklung von Maßnahmen für die jeweilige Zielgruppe

Kennzahlen:
10 bis 15 geförderte Einzelprojekte.

684 19 (MG 14) 291 **Förderung der Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge und mit Flüchtlingen** — **500,0** / 58,0 — **500,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 633 14 und 684 24.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm).

Gefördert werden Personal- und Sachkosten für die zusätzliche Koordinierungsarbeit von Organisationen im Rahmen des Engagements für Flüchtlinge und mit Flüchtlingen.

Richtlinie über die Vergabe von Fördermitteln für die Einrichtung von hauptamtlichen Stellen zur Koordinierung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein vom 20. Juni 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 576).

684 21 (MG 14) 291 **Zuschüsse zur Stärkung des Ehrenamtes und der Selbsthilfe im sozialen Bereich an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen** — **47,5** / 19,0 — **44,5**

Flüchtlingsbedingt zusätzlich bereitgestellte Mittel sind nicht deckungsfähig. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.
3,0 T€ übertragen nach Tit. 633 19 (MG 14).

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Gefördert wird außerhalb des Sozialvertrages (Tit. 1005 - 684 04) auf der Grundlage der Richtlinie zur Stärkung der ehrenamtlichen Mitarbeit und Förderung von Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich vom 01. November 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 207).

684 24 (MG 14) 291 **Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen für die Einrichtung von Beratungsstellen "Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe"** — **1.000,0** / 32,6 — **1.000,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 633 14 und 684 19.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm).

Gefördert werden Personal- und Sachausgaben für die zusätzlichen Beratungsstellen kreisweit agierender Organisationen im Rahmen der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe. Ziel ist die regionale Vernetzung, Information und Qualifikation von Flüchtlingsinitiativen.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie über die Vergabe von Fördermitteln für die Einrichtung von Beratungsstellen für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein vom 04. August 2016 (Amtsbl. Schl.-H. S. 811).

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Summe der Maßnahmegruppe 14	**2.717,2** 428,2	**2.717,2**

15 Stiftung zur Anerkennung und Hilfe für Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 (BRD) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben

Erläuterungen:

Gegenstand der geplanten Stiftung “Stiftung zur Anerkennung und Hilfe für Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 (BRD) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben (Stiftung Anerkennung und Hilfe)“ ist - in Anlehnung an die beiden Heimkinderfonds Ost und West - die Bereitstellung eines Hilfssystems für Menschen, die als Kinder oder Jugendliche in der Zeit von 1949 bis 1975 (BRD) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben und noch heute unter den Folgen leiden. Betroffene aus stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und stationären psychiatrischen Einrichtungen sollen eine einmalige pauschale Geldleistung in Höhe von 9.000 Euro erhalten. Sofern Betroffene Arbeit in erheblichem Umfang ohne Einzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen geleistet haben, sollen sie abhängig von der Dauer der Arbeit zusätzlich eine Rentenersatzleistung in Höhe von 3.000 Euro bzw. 5.000 Euro erhalten.
Die Anteile der einzelnen alten Länder werden nach dem Königsteiner Schlüssel von 1989 ermittelt. Danach entfallen auf das Land Schleswig-Holstein 4,148 %, also insgesamt 2.081.560 € zahlbar in Raten über die kommenden 5 Jahre verteilt, d.h.
in 2017: 25 % (rd. 520.390 €),
in 2018: 15 % (rd. 312.234 €),
in 2019: 25 % (rd. 520.390 €),
in 2020: 15 % (rd. 312.234 €) und
in 2021: 20 % (rd. 416.312 €).
Von der Stiftung werden die in den Bundesländern entstehenden Personal- und Verwaltungskosten erstattet. Für Schleswig-Holstein werden für die einzurichtende Anlauf- und Beratungsstelle Personalkosten für 2 Stellen und Sachkosten erstattet (vgl. Tit. 234 02).

428 03 (MG 15)	011	**Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**128,0** 0,0	**134,4**
534 07 (MG 15)	291	**Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Ausführung der Verwaltungsvereinbarung zur Stiftung Anerkennung und Hilfe**	**16,0** 0,0	**16,8**
634 03 (MG 15)	291	**Zuschuss an die Stiftung Anerkennung und Hilfe**	**520,3** 0,0	**312,3**
		Summe der Maßnahmegruppe 15	**664,3** 0,0	**463,5**

16 Förderung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

547 02 (MG 16)	261	**Aktionsplan “Echte Vielfalt“**	**60,0** 25,0	**60,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Fortführung von Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans (“Echte Vielfalt“).

684 27 (MG 16)	263	**Förderung der landesweiten Emanzipationsarbeit der HAKI e.V. Kiel für lesbische, schwule, bi*, trans*, inter* und queere Menschen**	**33,0** 0,0	**98,0**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 27

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	132
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	33
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	33
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	33
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	33

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Veranschlagt sind Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben (Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kosten für Veranstaltungen und Publikationen).

684 28 (MG 16)	263	**Förderung von Antidiskriminierungsprojekten**	**27,0** 0,0	**27,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	108
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	27
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	27
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	27
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	27

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Veranschlagt zur Entwicklung und Verstetigung von Antidiskriminierungs- und Aufklärungsprojekten (Schlau) durch die Beratungsstellen “Haki e.V.“ und “Na Sowas“.

684 29 (MG 16)	261	**Förderung der landesweit tätigen Beratungs- und Organisationsstelle im Bereich der Schwulen- und Lesbenarbeit NaSowas**	**36,0** 35,0	**36,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	144
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	36
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	36
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	36
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	36

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Veranschlagt sind Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben (Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kosten für Veranstaltungen und Publikationen).

684 30 (MG 16)	261	**Aktionsplan “Echte Vielfalt“**	**0,0** 0,0	**0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.
Vgl. Tit. 547 02.

684 31 (MG 16)	236	**Förderung einer Geschäftsstelle für die queere Community**	**0,0** 0,0	**48,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2018

Neuverpflichtung insgesamt	192
Davon fällig Haushaltsjahr 2019	48
Davon fällig Haushaltsjahr 2020	48
Davon fällig Haushaltsjahr 2021	48
Davon fällig Haushaltsjahr 2022 ff	48

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	

noch zu 684 31

Erläuterungen:

Veranschlagt für Personal- und Sachkosten. Die Geschäftsstelle soll wesentlich zur Stärkung der queeren Community führen und beim Aktionsplan “Echte Vielfalt“ sowie bei Antidiskriminierungs- und Bildungsprojekten unterstützen.

Summe der Maßnahmegruppe 16	**156,0** 60,0	**269,0**
Summe der Ausgaben	**170.393,6** 132.849,7	**179.501,3**

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2017 Ist 2016	Soll 2018
			T€	
		Abschluss		
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	**107,0** 107,0	**107,0**
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**26.454,6** 20.676,4	**39.033,5**
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	**2.853,2** 2.773,7	**2.897,4**
		Gesamteinnahmen	**29.414,8** 23.557,1	**42.037,9**
41 - 49		Personalausgaben	**3.201,7** 3.002,4	**3.066,7**
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	**805,2** 384,9	**851,8**
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	**165.736,7** 129.396,7	**174.932,8**
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	**650,0** 65,7	**650,0**
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	**0,0** 0,0	**0,0**
		Gesamtausgaben	**170.393,6** 132.849,7	**179.501,3**
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	**-140.978,8** -109.292,6	**-137.463,4**

.

10 13 Hochschulen

Das Kapitel 10 13 ist nach Kapitel 07 20 übertragen worden (mit Stellenplan).
Übertragung von 1013-682 28 MG 02 (1.133,0 T€) nach 1002-682 62 TG 62, ansonsten nach Kapitel 0720 infolge Änderung der Geschäftsverteilung.

10 14 Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Das Kapitel 10 14 ist nach Kapitel 07 23 übertragen worden (mit Stellenplan).

10 15 Leistungen für Schüler und Studierende

Das Kapitel 10 15 ist nach Kapitel 07 24 übertragen worden.

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2018

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					
			01 - 09 Steuern und steuerähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21 - 29 Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzierungseinnahmen	**Gesamteinnahmen**
			- T€ -					
10 01	Ministerium	2018		5,0				5,0
		2017		5,0				5,0
10 02	Gesundheit	2018		804,0	22.628,0	24.687,4	300,0	48.419,4
		2017		795,0	22.563,4	23.725,4	300,0	47.383,8
10 03	Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht	2018		264,0	3.056,1			3.320,1
		2017		214,0	2.932,1			3.146,1
10 04	Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)	2018		1.651,0	101,5			1.752,5
		2017		1.657,1	152,3			1.809,4
10 05	Soziale Hilfen und Behindertenpolitik	2018		116,3	275.429,8		45,9	275.592,0
		2017		90,5	265.039,1		45,2	265.174,8
10 07	Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	2018				15.557,1		15.557,1
		2017				8.000,0		8.000,0
10 08	Förderung der Gleichstellung	2018						0,0
		2017						0,0
10 12	Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt	2018		107,0	39.033,5		2.897,4	42.037,9
		2017		107,0	26.454,6		2.853,2	29.414,8
10 13	Hochschulen	2018						0,0
		2017						0,0
10 14	Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung	2018						0,0
		2017						0,0
10 15	Leistungen für Schüler und Studierende	2018						0,0
		2017						0,0
	Summe Haushalt	**2018**		**2.947,3**	**340.248,9**	**40.244,5**	**3.243,3**	**386.684,0**
	Summe Haushalt	**2017**		**2.868,6**	**317.141,5**	**31.725,4**	**3.198,4**	**354.933,9**
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	+78,7	+23.107,4	+8.519,1	+44,9	+31.750,1

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal-ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs-ausgaben	56 - 59 Schulden-dienst	61 - 69 Zuwendun-gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß-nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions-förderungs-maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie-rungs-ausgaben	**Gesamt-ausgaben**		
- T€ -									
6.868,1	1.098,3				13,0		7.979,4	2018	**10 01**
7.429,0	1.107,5				13,0		8.549,5	2017	
2.897,7	2.118,3		101.794,2		57.564,8	88,2	164.463,2	2018	**10 02**
2.933,3	750,3		99.210,9		65.660,9	88,2	168.643,6	2017	
13.581,3	5.321,4		20.184,1		20,0		39.106,8	2018	**10 03**
13.728,1	5.042,1		20.521,9		20,0		39.312,1	2017	
1.896,8	442,3		29.852,7		21.381,6		53.573,4	2018	**10 04**
1.802,5	197,3		25.652,6		21.505,5		49.157,9	2017	
1.569,3	494,9		1.061.097,2			45,9	1.063.207,3	2018	**10 05**
1.476,9	516,7		1.022.426,7			45,2	1.024.465,5	2017	
2.521,9	688,5		29.034,6		15.557,1		47.802,1	2018	**10 07**
1.496,9	88,5		27.339,0		8.000,0		36.924,4	2017	
							0,0	2018	**10 08**
							0,0	2017	
3.066,7	851,8		174.932,8		650,0		179.501,3	2018	**10 12**
3.201,7	805,2		165.736,7		650,0		170.393,6	2017	
							0,0	2018	**10 13**
							0,0	2017	
							0,0	2018	**10 14**
							0,0	2017	
							0,0	2018	**10 15**
							0,0	2017	
32.401,8	**11.015,5**		**1.416.895,6**		**95.186,5**	**134,1**	**1.555.633,5**	**2018**	
32.068,4	**8.507,6**		**1.360.887,8**		**95.849,4**	**133,4**	**1.497.446,6**	**2017**	
+333,4	+2.507,9	0,0	+56.007,8	0,0	-662,9	+0,7	+58.186,9		
Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2018							-1.168.949,5		
Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2017							-1.142.512,7		

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2018

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf			
		2018	2019	2020	2021	2022 ff.
		T€				
10 02	**Gesundheit**	62.098,0	9.075,0	12.212,0	18.163,0	22.648,0
10 04	**Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)**	10.510,0	3.554,0	3.554,0	2.002,0	1.400,0
10 05	**Soziale Hilfen und Behindertenpolitik**	8.166,0	2.166,0	2.000,0	2.000,0	2.000,0
10 07	**Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege**	200,0	100,0	100,0		
10 12	**Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt**	4.305,0	1.869,0	1.234,0	734,0	468,0
	Summe des Einzelplans	**85.279,0**	**16.764,0**	**19.100,0**	**22.899,0**	**26.516,0**

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2018

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					
			01 - 09 Steuern und steuerähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21 - 29 Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzierungsverfahren	**Gesamteinnahmen**
			- T€ -					
10 02	Gesundheit							
04	Gesundheitsförderung und Prävention	2018		0,0	0,0			0,0
		2017		0,0	0,0			0,0
65	Verletztenversorgung auf See	2018		0,0	153,1		0,0	153,1
		2017		0,0	153,1		0,0	153,1
10 03	Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht							
01	Erstattungen zu den Leistungen für Opfer von Gewalttaten	2018		240,0	1.564,9			1.804,9
		2017		190,0	1.431,1			1.621,1
10 04	Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)							
01	Erstattungen von Zuschüssen für Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur	2018			0,0			0,0
		2017			0,0			0,0
10 05	Soziale Hilfen und Behindertenpolitik							
01	Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI	2018		58,6	0,0			58,6
		2017		32,4	50,0			82,4
10 12	Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt							
08	Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII	2018		6,0	6,0			12,0
		2017		6,0	6,0			12,0
	Summe Haushalt	**2018**		**304,6**	**1.724,0**		**0,0**	**2.028,6**
	Summe Haushalt	**2017**		**228,4**	**1.640,2**		**0,0**	**1.868,6**

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2018

Kapitel Jahr MG/TG Bezeichnung	Ausgaben							
	41 - 49 Personal-ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs-ausgaben	56 - 59 Schulden-dienst	61 - 69 Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß-nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions-förderungs-maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzierungs-ausgaben	**Gesamt-ausgaben**
	- T€ -							
10 02 Gesundheit								
01 Gemeinschaftseinrichtungen der Länder im Bereich des Gesundheitswesens								
2018				1.002,8				1.002,8
2017				1.002,8				1.002,8
02 Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege								
2018	99,5	36,8						136,3
2017	99,5	36,8						136,3
03 Krankenhausfinanzierung								
2018				40.000,8		45.374,8		85.375,6
2017				40.000,8		45.450,9		85.451,7
04 Gesundheitsförderung und Prävention								
2018		50,0		100,0				150,0
2017		50,0		50,0				100,0
06 Maßnahmen zur Abwehr von Bioterrorismus und Bekämpfung hochansteckender, gefährlicher Krankheiten								
2018		1.160,0		2,0		0,0		1.162,0
2017		60,0		2,0		0,0		62,0
08 Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholabhängigen Straftätern/innen								
2018				42.643,3				42.643,3
2017				41.600,6				41.600,6
61 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs und Maßnahmen im Bereich der dezentralen Psychiatrie								
2018		44,6		3.994,0				4.038,6
2017		44,6		3.509,0				3.553,6
62 Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßnahmen								
2018		60,0		2.666,4				2.726,4
2017		59,5		2.548,0				2.607,5
63 Wirkungsuntersuchungen von Umweltchemikalien								
2018	0,0	0,0						0,0
2017	0,0	0,0						0,0
64 Sanierungsuntersuchungen								
2018		0,0						0,0
2017		0,0						0,0
65 Verletztenversorgung auf See								
2018		12,5		295,0		20,0	88,2	415,7
2017		12,5		295,0		20,0	88,2	415,7
66 Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften								
2018		0,0		148,0		0,0		148,0
2017		0,0		148,0		0,0		148,0
67 Krebsregister								
2018		3,0		1.360,4		0,0		1.363,4
2017		3,0		1.550,7		20,0		1.573,7
68 Gesundheitsberichterstattung								
2018		99,7				0,0		99,7
2017		76,7				0,0		76,7

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2018

Kapitel Jahr MG/TG Bezeichnung	Ausgaben							
	41 - 49 Personal-ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs-ausgaben	56 - 59 Schulden-dienst	61 - 69 Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß-nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions-förderungs-maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzierungs-ausgaben	**Gesamt-ausgaben**
	- T€ -							
69 Umweltmedizin, umweltbezogener Gesundheitsschutz, Bade- und Trinkwasserhygiene								
2018		165,0		1.124,0				1.289,0
2017		75,0		1.124,0				1.199,0
70 Klinisches Krebsregister								
2018	105,7	3,0		2.748,9		20,0		2.877,6
2017	105,7	3,0		2.682,9		20,0		2.811,6
10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht								
03 Leistungen nach Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG)								
2018				16,4				16,4
2017				16,4				16,4
04 Entschädigungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)								
2018				2.125,0				2.125,0
2017				2.130,0				2.130,0
05 Entschädigungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)								
2018				45,0				45,0
2017				45,0				45,0
06 Durchführung der Wiedergutmachung								
2018		2,0		6,0				8,0
2017		2,0		3,0				5,0
07 Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz								
2018				4.660,0				4.660,0
2017				5.320,0				5.320,0
10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung (Ernährung)								
01 Förderung von Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur								
2018		150,0		2.423,3		21.381,6		23.954,9
2017		150,0		2.618,4		21.505,5		24.273,9
02 Angebote zur Unterstützung im Alltag								
2018				250,0				250,0
2017				250,0				250,0
09 Einrichtungen für die gesundheitliche Prävention - Schwerpunkt: Ernährung, Bewegung, betriebliche Gesundheitsförderung								
2018		13,0		141,0				154,0
2017		13,0		101,0				114,0
10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik								
01 Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI								
2018		11,9					45,9	57,8
2017		13,7					45,2	58,9
02 Initiative Inklusion								
2018				74,0				74,0
2017				341,0				341,0
10 Berichte über soziale Lagen der Bevölkerung in Schleswig-Holstein								
2018		50,0						50,0
2017		70,0						70,0
65 Sozialgesetzliche Leistungen								
2018				767.056,9				767.056,9
2017				735.026,9				735.026,9

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2018

Kapitel Jahr MG/TG Bezeichnung	Ausgaben							
	41 - 49 Personal-ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs-ausgaben	56 - 59 Schulden-dienst	61 - 69 Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß-nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions-förderungs-maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzierungs-ausgaben	**Gesamt-ausgaben**
	- T€ -							
10 07	Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege							
01	Vorschulische Sprachförderung							
2018	1.700,0	50,0		930,0				2.680,0
2017	1.200,0	50,0		750,0				2.000,0
02	Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren							
2018				0,0		15.557,1		15.557,1
2017				0,0		8.000,0		8.000,0
03	Zuwendungen für Fort- und Weiterbildung im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen im Rahmen der Qualitätsentwicklung							
2018				750,0				750,0
2017				162,0				162,0
10 12	Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt							
01	Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe durch Fachveranstaltungen sowie Maßnahmen der Qualifizierung und Fortbildung							
2018		109,2						109,2
2017		109,2						109,2
02	Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen							
2018		274,2		1.303,8				1.578,0
2017		274,2		1.235,3				1.509,5
03	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz							
2018				3.597,5				3.597,5
2017				3.407,5				3.407,5
04	Familienförderung							
2018				3.895,6				3.895,6
2017				3.983,3				3.983,3
05	Investive Maßnahmen in der Jugendhilfe							
2018						650,0		650,0
2017						650,0		650,0
06	Präventive Maßnahmen, Finanzierungsbeteiligung gem. § 58 JuFöG							
2018				1.868,7				1.868,7
2017				1.868,7				1.868,7
07	Unbegleitete minderjährige Ausländer							
2018		8,0		69.929,0				69.937,0
2017		8,0		90.182,9				90.190,9
08	Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII							
2018		5,0						5,0
2017		5,0						5,0
09	Fonds Frühe Hilfen über die Bundesstiftung Frühe Hilfen							
2018	90,0	30,0		0,0				120,0
2017	90,0	30,0		0,0				120,0
11	Seniorenpolitische Maßnahmen							
2018		13,6		163,0				176,6
2017		13,6		163,0				176,6
12	Förderung des “Freiwilligen Sozialen Jahres“							
2018				1.004,4				1.004,4
2017				950,4				950,4

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2018

Kapitel Jahr MG/TG Bezeichnung	Ausgaben							
	41 - 49 Personal-ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs-ausgaben	56 - 59 Schulden-dienst	61 - 69 Zuwendun-gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß-nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions-förderungs-maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie-rungs-ausgaben	**Gesamt-ausgaben**
	- T€ -							
14 Bürgergesellschaft und allgemeine soziale Maßnahmen								
2018		30,0		2.687,2				2.717,2
2017		30,0		2.687,2				2.717,2
15 Stiftung zur Anerkennung und Hilfe für Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 (BRD) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben								
2018	134,4	16,8		312,3				463,5
2017	128,0	16,0		520,3				664,3
16 Förderung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt								
2018		60,0		209,0				269,0
2017		60,0		96,0				156,0
Summe 2018	**2.129,6**	**2.458,3**		**959.533,7**		**83.003,5**	**134,1**	**1.047.259,2**
Summe 2017	**1.623,2**	**1.265,8**		**946.372,1**		**75.666,4**	**133,4**	**1.025.060,9**

Anlage zum Kapitel 1003

Wirtschaftsplan 2018
des Sondervermögens
Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX)

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2015 T€	Ist 2016 T€	Soll 2017 T€	Soll 2018 T€
	Einnahmen				
111 01	Ausgleichsabgabe von privaten und öffentlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern	14.130,6	14.519,6	14.600,0	14.800,0
112 01	Geldbußen und Säumniszuschläge	47,3	41,9	48,0	48,0
162 01	Zinseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0
181 01	Rückflüsse aus Darlehen	1.236,6	1.161,4	1.400,0	1.600,0
232 01	Zuweisungen von Ländern	2.837,0	2.555,2	4.430,0	4.400,0
359 01	Entnahme aus der Rücklage	45.081,1	43.432,3	37.209,4	27.201,0
	Summe Einnahmen	**63.332,6**	**61.710,4**	**57.687,4**	**48.049,0**
	Ausgaben				
	Haushaltsvermerk: Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb des Sondervermögens.				
526 01	Kosten für Gutachten und Sachverständige für Projekte und Modellvorhaben	3,3	24,5	50,0	50,0
531 01	Aufklärungsmaßnahmen	42,6	61,6	100,0	100,0
533 01	Leistungsentgelte an die Integrationsfachdienste im Rahmen der Strukturverantwortung	2.534,3	2.912,8	3.000,0	3.000,0
533 02	Werkverträge/Leistungsentgelte an andere Träger (u.a. unterstützte Beschäftigung nach § 38 a Abs. 3)	271,9	616,5	500,0	650,0
533 03	Werkverträge/Leistungsentgelte an Träger von Modellvorhaben	3.350,7	4.192,2	4.250,0	4.250,0
534 01	Schulungsmaßnahmen	343,9	247,1	450,0	450,0
575 01	Zinsausgaben	0,0	0,0	226,4	160,0
631 01	Abführung an den Bund (Ausgleichsfonds)	2.744,4	2.892,6	2.920,0	2.920,0
632 01	Zuweisungen an andere Länder - Ausgleich zwischen den Integrationsämtern	0,0	0,0	0,0	0,0
633 01	Zuweisungen an Kommunen für Modellvorhaben	403,9	486,9	500,0	500,0
681 01	Zuschüsse an schwerbehinderte Menschen	645,1	721,7	800,0	800,0
683 01	Zuschüsse an Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber	5.234,5	6.879,7	7.000,0	8.000,0
683 02	Zuschüsse an Integrationsprojekte für Sachkosten	2.826,3	3.162,9	3.500,0	4.300,0
683 03	Prämien und Preise	30,0	50,0	30,0	50,0
684 01	Zuschüsse für Modellvorhaben	346,9	319,6	1.160,0	1.000,0
862 01	Darlehen an Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber für Investitionen	0,0	0,0	0,0	800,0
862 02	Darlehen an Integrationsprojekte für Investitionen	89,8	34,0	800,0	800,0
863 01	Darlehen an schwerbehinderte Menschen für Investitionen	0,0	0,0	0,0	0,0
892 01	Zuschüsse an Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber für Investitionen	494,6	750,2	3.000,0	3.000,0
892 02	Zuschüsse an Integrationsprojekte für Investitionen	391,7	740,6	2.000,0	2.000,0
893 01	Zuschüsse an schwerbehinderte Menschen für Investitionen	146,4	407,8	200,0	300,0
919 01	Zuführung an die Rücklage	43.432,3	37.209,4	27.201,0	14.919,0
	Summe Ausgaben	**63.332,6**	**61.710,4**	**57.687,4**	**48.049,0**

Stellenplan
Stellenübersichten

	Seite
Kap. 10 01 Ministerium	128
Kap. 10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht	133
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	136
Hebungen 2018	138
Umwandlungen 2018	139
Übertragungen 2018	140
kw-Vermerke	141
Neue Stellen 2018	143
Einsparungen 2018	144

10 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

			Stellenanzahl		Vom Soll 2017 waren am 01.02.2017 besetzt mit	
			2017	**2018**	beamteten Hilfskräften	Arbeit-nehmern
422 01						
	FESTE GEHÄLTER					
	Bes.Gruppe					
	B9	Staatssekretäre/-innen	2	**1**		
	B5	Ministerialdirigenten/-innen	3	**3** 3)		
	B2	Ministerialräte/-innen	5	**5**		
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
	Bes.Gruppe					
	A16	Ministerialräte/-innen	22	**17**		
	A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsgewerbedirektoren/-innen, Regierungsmedizinaldirektoren/-innen, Regierungschemiedirektoren/-innen, Regierungslandwirtschaftsdirektoren/-innen, Regierungsveterinärdirektoren/-innen	27	**24**		
	A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungswerberäte/-innen, Oberregierungslandwirtschaftsräte/-innen, Oberregierungschemieräte/-innen, Oberregierungsveterinärräte/-innen	10	**12**		
	A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	54	**50** 2)		
	A12	Amtsräte/-innen	47	**37**		
	A11	Regierungsamtmänner/-frauen, Gewerbeamtfrauen/-männer	12	**10**		
	A10	Regierungsoberinspektoren/-innen, Gewerbeoberinspektoren/-innen	7	**4**		
	A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	3	**3** 1)		
	A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	1	**1**		
	Summe :		193	**167**	0	0

1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.

2) 5 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. der Anlage 1, Fußnote 15 zur Besoldungsgruppe 13 zum SH BesG ausgestattet.

3) 1 Planstelle ist für die Dauer der Bestellung zur stellvertretenden Staatssekretärin oder zum stellvertretenden Staatssekretär mit einer widerruflichen Zulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.Gruppe B 5 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	am 01.04.2022	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers		(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A14	am 31.12.2023	Clearingstelle unbegleitete minderjährige Flüchtlinge		(aus HH 2016)
1 Stelle	A13 LG 2.1		mit Ausscheiden eines Personalratsmitgliedes gemäß § 12 Abs. 5 HG 1991		(aus HH 1993)
1 Stelle	A13 LG 2.1	am 01.08.2021	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers		(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A13 LG 2.1	am 01.06.2029	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers		(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A13 LG 2.1	am 01.04.2031	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers		(aus HH 2004/2005)

10 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1	Stelle	A13 LG 2.1	am 31.12.2019	Leitstelle gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen befristet auf 4 Jahre	(aus HH 2016)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1	Stelle	B2	in A16	B 2 nach A 16 mit Wegfall der Funktion und Ausscheiden des Stelleninhabers	(aus HH 2018)

Vermerke:

1	Stelle	A13 LG 2.1	Darf nur zu 50 v.H. der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden.	(aus HH 2004/2005)
1	Stelle	A12	Darf nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)

Nachrichtlich:

Freistellung mit Dienstbezügen für:
- die Stellen sind im Stellenplan enthalten -

				2017	**2018**
-	**Stiftung “Familie in Not“**				
	1	A 16	Ministerialräte/-innen	1	1
	2	A 13	Oberamtsräte/-innen	1	1
			Summe zu -	2	2
Zusammen				**2**	**2**

10 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	B9				1							-1	nach 0701-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
2	B5				1							0	nach 0701-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
3						1							Umwandlung von SD B 5 gem. § 14 Abs. 3 HG 2017
4	B2	1										0	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
5					1								nach 0701-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
6	A16	1										-5	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
7		1											i.R. der Stellenmittelfristplanung
8					6								nach 0701-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
9					1								nach 0901-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
10	A15	1										-3	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
11		2											i.R. der Stellenmittelfristplanung
12			1										10 v.H. Stellenreduzierung 2020 (Wirksamwerden des kw-Vermerks aus HH 2007/2008)
13					3								nach 0701-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
14					2								nach 0901-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
15	A14	2										+2	i.R. der Stellenmittelfristplanung
16	A13 LG 2.1	2										-4	i.R. der Stellenmittelfristplanung
17					6								nach 0701-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
18	A12	3										-10	i.R. der Stellenmittelfristplanung
19					10								nach 0701-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
20					3								nach 0901-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
21	A11	1										-2	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
22		1											i.R. der Stellenmittelfristplanung
23					3								nach 0701-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
24					1								nach 0901-42201; Änderung der Geschäftsverteilung
25	A10				3							-3	nach 0701-422 01; Änderung der Geschäftsverteilung
Summe:		15	1		41	1						-26	

neue Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle B2 in A16 B 2 nach A 16 mit Wegfall der Funktion und Ausscheiden des Stelleninhabers (aus HH 2018)

10 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl 2017	**2018**
428 01			
	Entgeltgruppe		
	SD B 5	2	**1**
	E15 Ü	5	**4**
	E15	7	**5**
	E14	7	**10**
	E12	26	**29**
	E11	10	**10**
	E10	7	**8**
	E9	11	**10**
	E8	11	**8**
	E6	18	**13**
	E5	19	**18**
	E3	1	**1**
	E2	1	**0**
	Praktikant	4	**4**
	Summe :	129	**121**

Stellen künftig wegfallend:

1	Stelle	E14	am 31.12.2019	Koordinierung Ehrenamt Flüchtlinge befristet auf 4 Jahre	(aus HH 2016)
1	Stelle	E12		mit Wegfall der Kostenerstattung	(aus HH 2003)
2	Stellen	E12	am 31.12.2023	Heimaufsicht - unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	(aus HH 2016)
2	Stellen	E12	am 31.12.2022	Neustrukturierung Kita befristet auf 5 Jahre	(aus HH 2018)
1	Stelle	E11	am 31.12.2019	Koordinierung Ehrenamt Flüchtlinge befristet auf 4 Jahre	(aus HH 2016)

Vermerke:

1	Stelle	E12	darf nur mit einer/einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2006)

10 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	SD B 5						1					-1	Umwandlung nach B 5 gem. § 14 Abs. 3 HG 2017
2	E15 Ü				1							-1	nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
3	E15	1										-2	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
4					3								nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
5	E14	2										+3	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
6		1											i.R. der Stellenmittelfristplanung
7	E12	2										+3	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
8		3											i.R. der Stellenmittelfristplanung
9					2								nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
10	E11	1										0	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral
11		2											i.R. der Stellenmittelfristplanung
12					2								nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
13					1								nach 0901 - 42801; Änderung der Geschäftsverteilung
14	E10				1							+1	nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
15								2					Beförderungspaket 2018
16	E9	1										-1	i.R. der Stellenmittelfristplanung
17					2								nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
18	E8				1							-3	nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
19									2				Beförderungspaket 2018
20	E6				4							-5	nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
21					1								nach 0901-42801 Änderung der Geschäftsverteilung
22	E5				1							-1	nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
23	E2				1							-1	nach 0701-428 01; Änderung der Geschäftsverteilung
Summe:		13			20		1	2	2			-8	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen E12 am 31.12.2022 Neustrukturierung Kita befristet auf 5 Jahre (aus HH 2018)

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl			Vom Soll 2017 waren am 01.02.2017 besetzt mit	
		2017	**2018**		beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01						
Bedarf an planmäßigen Beamtinnen und Beamten:						
FESTE GEHÄLTER						
Bes.Gruppe						
B3	Direktor/-in des Landesamtes für soziale Dienste	1	**1**			
B2	Ministerialräte/-innen	1	**1**			
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER						
Bes.Gruppe						
A16	Leitende Regierungsdirektoren/-innen, Leitende Medizinialdirektoren/-innen	3	**3**			
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsmedizinaldirektoren/-innen	13	**13**			
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsmedizinalräte/-innen	9	**9**			
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	9	**9**	2)		
A12	Amtsräte/-innen	16	**16**			
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	35	**35**			
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	22	**22**			
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	22	**21**	1)		
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	38	**38**			
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	10	**4**			
Summe :		179	**172**		0	0

1) 7 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet

2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. der Anlage 1, Fußnote 15 zur Besoldungsgruppe 13 zum SH BesG ausgestattet.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A9 LG 1.2				1							-1	nach 0505-42201 Rückübertragung der im HH 2016 für die Abwicklung des Kita-Geldes übertragenen Leihstellen
2	A7				6							-6	nach 0505-42201 Rückübertragung der im HH 2016 für die Abwicklung des Kita-Geldes übertragenen Leihstellen
Summe:					7							-7	

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A11	am 31.12.2017	zum 31.12.2017 - Wegfall der Leihstellen von 0505-42201 aus HH 2016 zur Erbringung der Einsparvorgabe 2018 der Steuerverwaltung (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020, urspr. Leihstellen A 9)		(aus HH 2016)

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2017	**2018**
428 01			
	Entgeltgruppe		
	E14	7	**7**
	E13	1	**1**
	E12	6	**6**
	E11	3	**3**
	E10	11	**11**
	E9	9	**9**
	E8	50	**50**
	E6	40	**40**
	E5	60	**60**
	E4	5	**5**
	E3	3	**3**
	Summe :	195	**195**

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen	E10	am 31.12.2021	mit Wegfall der Aufgabe Stiftung Anerkennung und Hilfe	(aus HH 2017)

Vermerke:

1 Stelle	E3	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2009/2010)

Stellen gesperrt:

1 Stelle	E8	darf nur mit 50 v.H. der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	E5	darf nur mit 50 v.H. der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden	(aus HH 2009/2010)

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2018

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03	428 01 428 TG		
1	2	3	4	5	6	7	8	9
10 01	Ministerium	**2018**	167	-	-	121	-	288
		2017	193	-	-	129	-	322
10 03	Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht	**2018**	172	-	-	195	-	367
		2017	179	-	-	195	-	374
Summe		**2018**	339	-	-	316	-	655
		2017	372	-	-	324	-	696

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2018

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-		**2018**	Ministerium	10 01
-	-	-	-		**2017**		
-	-	-	-		**2018**	Soziales Entschädigungs-	10 03
-	-	-	-		**2017**	recht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht	
-	-	-	-		**2018**		Summe
-	-	-	-		**2017**		

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Hebungen 2018

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
10 01	**Ministerium**				
			E8	E10	2
Summe	0	0	2	2	2

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Umwandlungen 2018

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
10 01	**Ministerium**						
			SD B 5	B5			1
Summe	0	0	1	1	0	0	1

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Übertragungen 2018

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
10 01	**Ministerium**				
nach **07 01**					
	B9	B9			1
	B5	B5			1
	B2	B2			1
	A16	A16			6
	A15	A15			3
	A13 LG 2.1	A13 LG 2.1			6
	A12	A12			10
	A11	A11			3
	A10	A10			3
			E15 Ü	E15 Ü	1
			E15	E15	3
			E12	E12	2
			E11	E11	2
			E10	E10	1
			E9	E9	2
			E8	E8	1
			E6	E6	4
			E5	E5	1
			E2	E2	1
nach **09 01**					
	A16	A16			1
	A15	A15			2
	A12	A12			3
	A11	A11			1
			E11	E11	1
			E6	E6	1
10 03	**Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht**				
nach **05 05**					
	A9 LG 1.2	A9 LG 1.2			1
	A7	A7			6
Summe	48	48	20	20	68

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

kw-Vermerke 2017

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushaltsplan der 1. Ausbringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
10 01	**Ministerium**						
422 01							
A15	1	2004/2005	am 01.04.2022 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers			1	
A15	1	2007/2008	am 01.08.2017 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	1			
A14	1	2016	am 31.12.2023 Clearingstelle unbegleitete minderjährige Flüchtlinge			1	Gemäß SteMi
A13 LG 2.1	1	1993	mit Ausscheiden eines Personalratsmitgliedes gemäß § 12 Abs. 5 HG 1991			1	
A13 LG 2.1	1	2004/2005	am 01.08.2021 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers			1	
A13 LG 2.1	1	2004/2005	am 01.06.2029 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers			1	
A13 LG 2.1	1	2004/2005	am 01.04.2031 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers			1	
A13 LG 2.1	1	2016	am 31.12.2019 Leitstelle gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen befristet auf 4 Jahre			1	
428 01							
E14	1	2016	am 31.12.2019 Koordinierung Ehrenamt Flüchtlinge befristet auf 4 Jahre			1	
E12	1	2003	mit Wegfall der Kostenerstattung			1	
E12	2	2016	am 31.12.2023 Heimaufsicht - unbegleitete minderjährige Flüchtlinge			2	Gemäß SteMi
E11	1	2016	am 31.12.2019 Koordinierung Ehrenamt Flüchtlinge befristet auf 4 Jahre			1	
10 03	**Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht**						
422 01							
A11	1	2016	am 31.12.2017 zum 31.12.2017 - Wegfall der Leihstellen von 0505-42201 aus HH 2016 zur Erbringung der Einsparvorgabe 2018 der Steuerverwaltung (10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020, urspr. Leihstellen A 9)		1(*)		Rückübertragung nach 0505-422 01

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2017 realisiert und im HH 2018 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2018 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2018 unverändert weiter ausgebracht

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

kw-Vermerke 2017

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts-plan der 1. Aus-bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
428 01							
E10	2	2017	am 31.12.2021 mit Wegfall der Aufgabe Stiftung Anerkennung und Hilfe			2	
Summe				1	1	14	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2017 realisiert und im HH 2018 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2018 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2018 unverändert weiter ausgebracht

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Neue Stellen 2018

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
10 01	**Ministerium**			
	B2		i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
	A16		i.R. der Stellenmittelfristplanung	1
	A16		i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
	A15		i.R. der Stellenmittelfristplanung	2
	A15		i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
	A14		i.R. der Stellenmittelfristplanung	2
	A13 LG 2.1		i.R. der Stellenmittelfristplanung	2
	A12		i.R. der Stellenmittelfristplanung	3
	A11		i.R. der Stellenmittelfristplanung	1
	A11		i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
		E15	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
		E14	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	2
		E14	i.R. der Stellenmittelfristplanung	1
		E12	i.R. der Stellenmittelfristplanung	3
		E12	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	2
		E11	i.R. der Stellenmittelfristplanung	2
		E11	i.R. der Stellenmittelfristplanung, budgetneutral	1
		E9	i.R. der Stellenmittelfristplanung	1
Summe	15	13		28

10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Einsparungen 2018

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
10 01	**Ministerium**			
	A15		10 v.H. Stellenreduzierung 2020 (Wirksamwerden des kw-Vermerks aus HH 2007/2008)	1
Summe	1	0		1